Nr. 78. 23. Jahrg.

**Abonnements-Bedingungen:**
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Insertions-Gebühr**
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 3. April 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Zwei Gewerkschaftsvorlagen.

London, 31. März.

Der Nutzen einer selbständigen Arbeiterpartei hat sich selten in so klarer Weise gezeigt wie in den letzten drei Tagen im englischen Parlament. Am 28. März brachte der Generalstaatsanwalt Sir John Lawson-Walton im Namen der Regierung die in der Thronrede versprochene Gewerkschaftsvorlage ein, um das Recht der Gewerkschaften festzustellen, das durch die richterlichen Urteile in den letzten Jahren erschüttert worden ist. Die Vorlage fand nicht die Zustimmung der Arbeiterabgeordneten, die deshalb am 30. März eine andere Gewerkschaftsvorlage einbrachten, die in zweiter Lesung mit 416 gegen 68 Stimmen angenommen wurde. Die Regierung ließ ihre eigene Vorlage im Stich, um sich der der Arbeiter anzuschließen!

Was wollen und was enthalten beide Vorlagen? Worin unterscheiden sie sich? Und was wird ihr Schicksal sein?

Beide Vorlagen enthalten je drei Paragraphen. Der erste bezieht sich auf das Streikpostenstehen (Picketing); der zweite betrifft das Gesetz der Verschwörung (Conspiracy); der dritte handelt von den Gewerkschaftskassen.

Vom Jahre 1876 bis 1901 herrschte über diese Punkte fast gar keine Meinungsverschiedenheit. Während eines Streiks durften die Arbeiter Posten vor dem vom Streik betroffenen Gebäude aufstellen und mit den Arbeitswilligen in Verkehr treten, ihnen Nachrichten überbringen und von ihnen Nachrichten entgegennehmen, d. h.: sie durften die Arbeitswilligen friedlich überreden, die Arbeit niederzulegen. Strafbar war nur eine den Verkehr hemmende Ansammlung von Streikposten oder eine böswillige Belästigung oder Mißhandlung der Arbeitswilligen. War die Ansammlung von Streikposten belästigend, so fiel sie unter das Verbot von Watching and Besetting, (des gesetzwidrigen Bewachens und Besetzens eines Gebäudes) woraufhin der Unternehmer sich an den Richter wenden konnte, der die Zurückziehung der Streikposten anordnete. Die Polizei trat dabei äußerst selten in Aktion; sie konnte bei Schlägereien die Teilnehmer sistieren, aber ohne richterliche Entscheidung nichts gegen die Streikenden unternehmen. Dieses ganze Vorgehen nennt man „Peaceful Picketing", (sprich: pießfull picketing), das heißt: friedliches Streikpostenstehen.

In den letzten Jahren wurde dieses Recht stark beschnitten. Es kam soweit, daß die Unternehmer jeden Streikposten, auch wenn er aus einer oder zwei Personen bestand, als belästigend empfanden und richterliche Verbote gegen die Streikposten erzielten. Die Arbeiter wußten nicht mehr, was erlaubt und was verboten sei. Ohne Picketing — sagen die Arbeiter — kann aber ein Streik nicht wirkungsvoll geführt werden.

Ferner kommt nun noch der juristische Begriff der „Verschwörung" in Betracht. Das Wort hat einen an Putsche erinnernden politischen Beigeschmack und entstammt der revolutionären Periode Englands. Gegenwärtig hat das Wort indessen eine ganz prosaische, geschäftsmäßige Bedeutung erlangt. Es wird angewandt auf eine „Verbindung von mehreren Personen: die Rechte anderer zu verletzen". In gewerkschaftlichen und irisch-agrarischen Prozessen spielt das Wort eine große Rolle. Für die Gewerkschaften bedeutet der so gedehnte Begriff der „Verschwörung" eine besondere Gefahr; denn eine oder mehrere Personen haben allerdings das Recht, die Zusammenarbeit mit diesem oder jenem Arbeiter zu verweigern; sie dürfen deshalb sogar die Arbeit niederlegen. Sind diese Personen nun aber organisiert, sind sie also mit einander verbunden, so kann eine solche Arbeitsniederlegung oder das gemeinsame Verlangen, den mißliebigen Arbeiter zu entlassen, als eine „Verschwörung" aufgefaßt und gerichtlich verfolgt werden! Mit anderen Worten: Was einer Einzelperson gestattet ist, das ist mehreren Personen, die derselben Organisation angehören, nicht gestattet und wird als eine „Konspiration" betrachtet! Es ist ohne weiteres klar, daß dadurch die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften gehemmt wird; denn Gewerkschaftler handeln gewöhnlich solidarisch und nach bestimmten Beschlüssen. Aber was die Arbeiter „Solidarität" nennen, das heißt in der juristischen Unternehmersprache „Verschwörung".

Bei alledem hätte sowohl die Einschränkung des Picketingrechts wie die Anwendung des Gesetzes gegen „Verschwörung" nicht viel zu bedeuten gehabt, wenn nicht im Jahre 1901 die Gewerkschaftskassen haftbar gemacht worden wären für Schäden, die den Unternehmern „bei ungesetzlich geführten Streiks" zugefügt werden. Vor dem Jahre 1901 (vor dem Taff-Vale-Entscheid) waren nur die einzelnen Gewerkschaftler für Vergehen bei Picketing und Arbeitsniederlegungen verantwortlich; sie wurden eventuell mit Gefängnis bestraft oder zu Geldstrafen verurteilt. Mit einem Male aber sollte die ganze Kriegsmunition, sollten die Geschütze des Feindes beschlagnahmt werden dürfen. Das hieß: dem Trade-Unionismus das Lebenslicht ausblasen.

Glücklicherweise sah es in der Praxis gar so schlimm nicht aus. Einem freien Volke gegenüber sind schlechte Gesetze nicht lange wirksam. Eine festgewurzelte Demokratie kommt bald zur Ueberzeugung, daß man gegen die Volksmassen nicht regieren kann. Aber die Ungewißheit der Lage und die Furcht vor kostspieligen Gesetzen wirkten einstweilen doch immerhin lähmend auf den Trade-Unionismus und zwangen die Arbeiter, sich mit politischen Waffen auszurüsten.

Nun machten sich innerhalb des Trade-Unionismus zwei politische Strömungen geltend: eine liberale und eine sozialistische. Die liberalen Arbeiterführer wie Bell und Burt meinten: Die kollektive Verantwortlichkeit, das heißt die Haftbarkeit der Kassen läßt sich nicht mehr beseitigen! — Aktiengesellschaften sind für Schadenersatz verantwortlich — warum sollen Gewerkschaften über das Gesetz gestellt werden?! Wir Liberalen wollen keinen Klassenkampf und keine Klassenvorrechte. Die Gefahr für unsere Fonds ist nicht groß, wenn nur das Picketingrecht befestigt und das Verschwörungsrecht beseitigt wird. Können Streiks gesetzlich geführt werden, so ist auch die kollektive Verantwortlichkeit eine geringe.

Der Trade-Unions-Kongreß vom Jahre 1904, dem Bell präsidierte, stimmte mit großer Mehrheit diesen liberalen Ansichten zu. Der Recht-Ehrenwerte Geheime Rat Burt, Führer der Bergleute und früherer Unterstaatssekretär, war derselben Meinung: „Nur keine Privilegien."

Dagegen sagten die Sozialisten: Nein, eine Trade-Union ist keine Aktiengesellschaft und kein Geschäftsunternehmen. Sie will nicht Profite machen, sondern die Schwachen gegen die Starken schützen. Ihre Fonds sind nicht Kapital, sondern Verteidigungsmittel. Nimmt man den Arbeitern die Verteidigungsmittel, so sind sie Sklaven. Die ganze Frage ist keine juristische, sondern eine soziale. Und wenn der Arbeiter alle gesetzlichen „Vorrechte" hätte, so wäre der Kapitalist doch der stärkere, da er die wirkliche Macht und das reale Vorrecht besitzt. Man soll deshalb auf eine ungehemmte Handhabung der proletarischen Verteidigungsmittel dringen und sich in keine Kompromisse einlassen. Die Kassen müssen außerhalb der Schußweite der kapitalistischen Kanonen bleiben.

Die am 28. März eingebrachte Regierungsvorlage ist im Sinne der liberalen Arbeiterführer gehalten. Sie gibt den Arbeitern ein gutes Picketingrecht; sie beseitigt den Verschwörungsparagraphen. Die Arbeiter sollen frei sein, Streikposten aufzustellen, mit den Arbeitswilligen friedlich zu unterhandeln, und die Gewerkschaften dürfen alles tun, was der Einzelperson gestattet ist. In diesen beiden Punkten stimmen die Regierung, die liberalen Arbeiterabgeordneten und die Sozialisten überein. Beide Vorlagen haben in diesen Punkten fast den gleichen Wortlaut.

Der Unterschied zeigt sich erst im dritten Paragraphen, der von den Kassen handelt. Die Regierung wollte eine partielle Verantwortlichkeit, d. h. die Gesamtgewerkschaft sollte mit ihren Kassen für Handlungen verantwortlich sein, die vom Vorstand und seinen Agenten ausgeführt oder ermächtigt wurden. Die Sozialisten wollten von einer Inanspruchnahme der Kassen nichts hören; sie verlangten Wiederherstellung des alten Rechts, wie es bis 1901 galt. Folgende Gegenüberstellung der beiden Texte des dritten Paragraphen wird den Unterschied veranschaulichen:

| Regierungsvorschlag. | Vorschlag der Arbeiterpartei. |
| --- | --- |
| § 3. Keine Handlung kann zu einer Schadenersatzklage den Anlaß geben, außer wenn eine solche Handlung vom Vorstand der Union ermächtigt war oder von Personen ausgeführt wurde, die vom Vorstand dazu autorisiert waren. | § 3. Es darf keine Regreßklage erhoben werden gegen eine Trade Union wegen Ersatzes von Schäden, die einer oder mehreren Personen im Laufe von gewerblichen Konflikten zugefügt wurden. |

Die Regierungsvorlage ward am 28. März in erster Lesung behandelt, aber der Protest der Arbeiterpartei, dem sich auch die liberalen Arbeiterabgeordneten anschlossen, hat seine Wirkung nicht verfehlt. Sogar im Ministerium waren einige Stimmen für die Arbeiterpartei laut geworden. Sir Henry Campbell-Bannerman, Bryce, Burns, Churchill, Lloyd George erklärten sich mit den Arbeitern einverstanden. Als nun die Arbeiterpartei durch den Abgeordneten Hudson am 30. März die Gewerkschaftsvorlage einbrachte, ließ die Regierung die ihrige fallen und erklärte sich für die der Arbeiter! Der Abstimmung enthielten sich am 30. ds. folgende Minister: Morley, Haldane, Grey, Fowler und Robson. Nur diese waren also für die Regierungsvorlage.

Es ist kein Zweifel, daß das Unterhaus die Vorlage annehmen wird. Aber das Oberhaus? Keir Hardie hat indes erklärt: „Die Arbeiter sind zum Kampfe gegen die Lords bereit. Wer der Gewerkschaftsvorlage im Wege steht, der wird hinweggeräumt!" —

## Die Revolution in Rußland.

### Ordnungsbestien.

Einem bürgerlichen Blatte, das gewöhnlich auf scharfmacherischem Standpunkte zu stehen pflegt, den „Leipz. Neuesten Nachr.", entnehmen wir folgende Schilderung der Bestialitäten der zarischen Soldateska:

„In den **Ostseeprovinzen** geht man nach wie vor mit furchtbarer Brutalität vor. Man zerstört noch immer Werte, indem man ganz unsinnigerweise Gehöfte niederbrennt oder sprengt und fährt mit der Anwendung der Prügelstrafe im weitgehendsten Maße fort. **Tausende Menschen, die zu Bettlern gemacht oder zu Krüppeln geschlagen sind, irren von Wut und Haß erfüllt in den Wäldern umher und verüben Diebstahl, Raub und Mord.** Sie schieben alle Unbill, die ihnen widerfahren, in ihrer Verblendung den Deutschen zu; leider gibt ihnen die Haltung der baltischen deutschen Blätter recht. Kein einziges von diesen Blättern, mit Ausnahme der „Libauschen Ztg.", hat Mannesmut und politischen Weitblick genug besessen, **um gegen die bestialischen Exekutionen Einspruch zu erheben.**

Einen geradezu ekelerregenden Eindruck machte es, als die baltischen Blätter den Brief eines deutschen Arztes triumphierend zum Abdruck brachten, in dem dieser behaupten zu können glaubte, daß 400 **Knutenstreiche überhaupt keine Strafe sei,** sondern von den Leuten lächelnd hingenommen wurden. Andere deutsche Aerzte, die sich gegen diese ungeheuerliche Behauptung wendeten, fanden für ihre Zuschriften in den deutschen Blättern keine Aufnahme und sie mußten sich an russische Zeitungen wenden. Die baltische deutsche Presse überschüttet einen jeden, der sich gegen die bestialischen Strafexekutionen wendet, mit Hohn, und erklärt sich demgemäß mit dem Vorgehen des vertierten Militärs solidarisch, und da wundert man sich dann, daß der **Deutschenhaß** unter den Letten schärfer ist als je, und man übersieht gleichzeitig, daß in Finnland, Schweden, Norwegen und Deutschland Hunderte lettische Revolutionäre leben, die mit Eintritt der warmen Jahreszeit ins Land zurückkehren und ihr gegen die Deutschen gerichtetes Vernichtungswerk wieder aufnehmen werden.

Wie das russische Militär bei den Strafexpeditionen vorgeht, darüber gibt ein Privatbrief eines Balten Auskunft, der mir schreibt: „Nach den Bestialitäten der Revolutionäre haben wir nun die der Truppen zu erdulden. Diese Kerle erfüllen meinen Hof mit dem entsetzlichen Geschrei der Geprügelten, **die oft bewußtlos liegen bleiben.** In der Herberge, in der die Offiziere wohnen, **schwimmt der Korridor von Blut.** Diesen jungen Leuten scheint es ein ganz besonderes Vergnügen zu machen, die Leute eigenhändig mit ihren Knuten zu bearbeiten. Ich habe mir eine derartige Vertierung nicht denken können. . . . **Die Kosaken stehlen wie die Raben, saufen wie die Schweine und verfolgen alle Frauenzimmer.** Der Oberst, mit dem ich eine ernste Auseinandersetzung hatte, zuckte lächelnd die Achsel, und hat sich später über meine „Sentimentalität" lustig gemacht. Erst als ich drohte, persönlich in Petersburg Beschwerde zu führen, hörten die Ausschreitungen auf; freilich sind wir nun mit dem Obersten und seinen Leutnants stark auseinander, was ich als eine wahre Wohltat empfinde. . . ."

**Im Tambowschen Gouvernement hatten die Bauern eines Dorfes,** in dem die bitterste Hungersnot herrschte, die Speicher eines reichen Kornhändlers geplündert. Nach einigen Tagen erschien in dem Dorfe der Polizeiwachtmeister Ryschow mit 13 Kosaken und ließ vier Bauern fürchterlich mit Nagaiken prügeln. Ryschow befahl, alles im Dorfe befindliche Getreide bis auf das letzte Korn dem Getreidehändler abzuliefern, und man tat das, so daß auch die wenigen wohlhabenderen Bauern, die sich an dem Raubzuge nicht beteiligt hatten, ihren ganzen Kornvorrat ablieferten. **Das Dorf war also dem Hungertode preisgegeben.** Es wurde darauf eine Gemeindeversammlung einberufen. Die Bauern entblößten das Haupt und fielen auf die Knie. Ryschow wählte jeden Zehnten, insgesamt 23 Bauern, und ließ sie mit Nagaiken schlagen, **bis sie das Bewußtsein verloren.** Ryschow trat die Geprügelten mit Füßen und schlug mit seiner Säbelscheide blindlings drein. Einen Bauern, der um Gnade flehte, schoß er durch den Kopf. Die Kleidungsstücke der Geprügelten eigneten sich die Kosaken an und verkauften sie.

Nach der Exekution kommandierte Ryschow: **„Auf die Knie!"** und die ganze Gemeinde warf sich nieder. Der Kosakenwachtmeister **spornte sein Pferd und jagte über die Liegenden hinweg,** während Ryschow und die Kosaken, von Raserei erfaßt, zu ihren Nagaiken griffen und dreinschlugen, bis sie nicht mehr die Arme heben konnten. Die Bauern mußten schließlich den Kosaken für die Exekution 230 Rubel bezahlen, und dann zogen sie sich in das Gemeindehaus zurück, wohin Bier, Branntwein und Aepfel geliefert werden mußten. **Am Abend befahl Ryschow, acht Mädchen zu stellen, die den Kosaken überliefert wurden."**

**Petersburg,** 31. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Nachricht hiesiger Blätter von einer Erkrankung des Grafen Witte ist reine Erfindung. Witte befindet sich vollkommen wohl und verspürt nichts von Müdigkeit.

Dem liberalen Blatte „Slowo" zufolge sollte Witte an hochgradiger Nervenabspannung leiden und sich mit ernstlichen Rücktrittsgedanken tragen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. April.

### Unbezahlte Ueberstunden.

Der Reichstag förderte gestern die Beratung der ordentlichen Ausgaben zum Militäretat nicht soweit, wie es sein etwas nervöser Präsident Graf Ballestrem gewollt hatte. Als nämlich beim Kapitel Militärwerkstätten der wildkonservative Abg. Pauli, der noch immer die Arbeiterstadt Spandau vertritt, in ungefähr zweistündiger Rede die zahlreichen Wünsche der Arbeiter und Unterbeamten zahm und ohne rechtes Zutrauen zu der Sache vorgetragen hatte, wollte nach 7½stündiger Sitzung abends um ½7 Uhr Graf Ballestrem unserem Genossen Zubeil noch zumuten, die Beschwerden, mit deren Vorbringung ihn das Vertrauen der Spandauer Arbeiter beauftragt hatte, noch am selben Tage zu erledigen, obwohl die Knauserigkeit und der Mangel an sozialem Geist bei der Militärverwaltung so groß sind, daß viele Stunden nicht ausreichen würden, um das ganze Maß der Ausbeutung, der diese Staatsarbeiter in den „Musterbetrieben" ausgesetzt sind, ausreichend zu schildern. Unsere Fraktion war nicht bereit, diese Durchpeitschung einer so wichtigen Position sich gefallen zu lassen, und da der Präsident trotz allen gütlichen Zuredens für eine Vertagung ebensowenig zu haben war, wie die anderen Fraktionen für die Unterstützung des vollkommen berechtigten Vertagungsantrages, so griff Genosse Singer zu dem klugen geschäftsordnungsmäßigen Aushilfsmittel, die Zurückweisung der ganzen Position an die Budgetkommission

zu beantragen, um bei der Abstimmung darüber die Beschlußunfähigkeit des überaus schwach besetzten Hauses zu bezweifeln. Das wirkte, und der Präsident sah sich nun selbst veranlaßt, den Vertagungsantrag zu stellen, glaubte aber dem Genossen Singer noch besonders einen Vorwurf daraus machen zu dürfen, daß dieser eine „Pression“ auf ihn ausgeübt hätte. Dabei mußte er selbst zugestehen, daß er bei der Abweisung des Vertagungsantrages von ganz falschen Voraussetzungen über die Länge der Paulischen Rede ausgegangen war. Graf Ballestrem wird also wohl nicht nur gegenüber seinen Grubenarbeitern, sondern auch gegenüber „seinen“ Reichstagsabgeordneten zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages erst gesetzlich gezwungen werden müssen. Vielleicht nimmt man diese Geschäftsordnungsänderung anläßlich der Diätenvorlage vor.

Die vorhergehende 7½stündige Beratung wurde von den bürgerlichen Rednern mit der Vorbringung einer unendlichen Zahl zum großen Teil überflüssiger und unbedeutender Einzelfälle vertrödelt. Eine Debatte größeren Umfanges knüpfte sich nur an die Forderung für eine Militärreitschule in Paderborn. Genosse Ledebour erinnerte die Reichstagsmehrheit an die vorjährige ausführliche Debatte über die Gefahren der „kleinen Garnisonen“ und deckte den schlauen Plan des Kriegsministers auf, der die regierende Partei, das Zentrum, dadurch für die Bewilligung dieser Reitschule gewonnen hatte, daß er sie gerade nach der alten westfälischen Bischofsstadt verlegte. Das gab dem Kriegsminister, dem Grafen Oriola, dem Standesgenossen Hertling und dem Abg. von Oldenburg Gelegenheit zu einem kleinen Entrüstungsrummel. Obwohl Genosse Ledebour mit großem Nachdruck hervorgehoben hatte, daß er sich in seinen Angaben über die drei W, denen die Offiziere sich in den kleinen Garnisonen hingeben — Wein, Weib und Würfel —, auf die Mitteilungen eines deutschen Offiziers gestützt hatte, brachten sie es doch fertig, es so hinzustellen, als ob Genosse Ledebour die deutsche Armee in ihrer Gesamtheit beleidigt hätte, bis er selbst gründlich mit diesem Unfug aufräumte. Herr von Oldenburg ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, die Exklusivität des deutschen Offizierskorps, die die preußische Armee vor hundert Jahren nach Jena geführt hat, in alle Himmel zu heben. Besonders freut ihn, daß der Brauch demokratischer Länder, auch den Unteroffizieren den Weg zu den höheren Befehlshaberstellen freizumachen, in Deutschland noch keinen Eingang gefunden hat. Schließlich wurde die Regierungsforderung für die Reitschule natürlich mit großer Mehrheit bewilligt, zumal auch die Freisinnigen in ihren beiden Fraktiönchen wieder einmal umfielen.

Aus der übrigen Debatte verdient nur noch die Anregung des Genossen Bebel hervorgehoben zu werden, daß jeder eingestellte Rekrut einen Schein vom Heimatsarzt über seinen Gesundheitszustand mitbringen und jeder Soldat auch beim Abgang vom Militär genau untersucht werden soll. Jetzt werden bekanntlich nach mehr als flüchtiger Untersuchung zahllose kranke junge Leute als diensttauglich eingestellt und nach kurzer Dienstzeit als Krüppel meist ohne jede Entschädigung entlassen. Die Regierung, der natürlich dieser Zustand sehr bequem ist, wich einer Antwort auf die Anregung Bebels aus.

Morgen wird die Beratung um 1 Uhr fortgesetzt.

## Die Durchpeitschung der Wahlgesetznovellen.

Welches Ansehens sich das Dreiklassenparlament erfreut, das lehrte am Montag ein Blick auf die für das Publikum reservierten Tribünen. Wenn in irgend einer anderen gesetzgeberischen Körperschaft eine Wahlrechtsdebatte zu erwarten ist, dann reihen sich die Wähler förmlich um Eintrittskarten. Anders im Junkerparlament. Noch nicht ein Dutzend Männlein und Weiblein hatten sich eingefunden, um den weisen Worten der „Volksvertreter“ zu lauschen, und auch von diesen zog es der größte Teil bald vor, im nahen Tiergarten den schönen Frühlingstag zu genießen.

Wir können es wahrlich niemand verdenken, wenn er darauf verzichtet, immer und immer wieder das gleiche zu hören. All das, was in der ersten Lesung gesagt, was in der Kommission breitgetreten ist, wurde noch einmal durchgekaut. Die Stellung der verschiedenen Parteien ist klar: Die beiden konservativen Parteien sind offene Gegner des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts, sie erblicken ihr Ideal in dem die Massen entrechtenden Dreiklassenwahlsystem, und machen daraus auch durchaus kein Geheimnis. Die Nationalliberalen erkennen die Mängel des Dreiklassenwahlsystems an, wollen aber von der Einführung des Reichstagswahlrechtes für die gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten nichts wissen und fordern ein verschwommenes Pluralwahlrecht, das neben dem Besitz auch die Bildung berücksichtigt, über dessen Gestaltung sie sich aber selbst noch nicht im klaren sind. Die beiden freisinnigen Parteien und das Zentrum behaupten, auf dem Boden des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auch für den preußischen Landtag zu sein, aber sie trauen sich selbst nicht über den Weg. Der Redner des Zentrums wies an der Hand der Akten des Landtages nach, daß im Jahre 1873, als der Liberalismus den Landtag beherrschte, ein Zentrumsantrag auf Ersatz des Dreiklassenwahlsystems durch das Reichstagswahlrecht nicht mal des Begräbnisses in einer Kommission gewürdigt, sondern ad calendas graecas vertagt wurde, die Freisinnigen dagegen können mit Recht den Herren vom Zentrum den Vorwurf machen, daß sie sogar von einer gerechteren Einteilung der Wahlkreise nichts wissen wollen und daß sie durch ihre Zustimmung zu dem zur Beratung stehenden Flickwerk zur Verewigung des elenden Dreiklassenwahlsystems beitragen.

In diesem Sinne bewegten sich die Reden der verschiedenen Fraktionsvertreter. Eine eigentliche „Wahlrechtsdebatte“ kann man die Erörterung auch bei den bescheidensten Anforderungen nicht nennen. Man lese nur die Ausführungen der Träger, Porsch, Krause, Broemel, Irmer u. a. im Parlamentsbericht nach, und man wird zugeben, daß sie jedes inneren Gehalts entbehren. Da stehen die Debatten, die kürzlich im Reichstage stattfanden, doch tausendmal höher, und das, trotzdem — oder unserer Ansicht nach gerade wegen der Zusammensetzung des Reichstages.

Das Resultat der Verhandlungen stand von vornherein fest. Das Flickwerk der Regierung wurde mit großer Mehrheit angenommen, alle Resolutionen, mochten sie nun eine andere Wahlkreiseinteilung, mochten sie die Einführung des Reichstagswahlrechtes oder eines Pluralwahlrechtes verlangen, wurden abgelehnt. Ja, sogar gegen die geheime Abstimmung für die Wahlmännerwahlen erklärte sich das Dreiklassenparlament.

Von größter Bedeutung ist dabei, daß ein Teil des Zentrums nicht für die Anträge stimmte, sondern mit den konservativen Reaktionären ging! Was werden die katholischen Arbeiter dazu sagen, die im Zentrum noch die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht erblicken? Dürfen ihnen die Zentrumsgranden ungestraft alles bieten? Unseren Parteigenossen in den Zentrumsbezirken erwächst die Aufgabe, den katholischen Arbeitern diesen Verrat bekannt zu geben, wenn ihn die Zentrumspresse vertuschen sollte!

Dann wird die Debatte wenigstens einen Erfolg zeitigen; sie wird einen weiten Kreis des Volkes darüber aufklären, daß Reformen von dem Junkerparlament nicht zu erwarten sind, daß sie die Arbeiterklasse zu einer kräftigen Agitation gegen das Dreiklassenwahl-Unrecht anspornen wird. Die Herren im Dreiklassenparlament wollen den Kampf; wir sind gerüstet, und auf die Dauer wird dies „Parlament“ dem Ansturm der Massen nicht Widerstand leisten können. Wenn auch wider Willen, haben die „Volksvertreter“ Preußens eine Aufklärungsarbeit vollbracht, deren Früchte das Proletariat ernten wird.

Die dritte Lesung findet schon am Dienstag statt. —

## Opfer des Kapitalismus.

Aus Geestemünde wird uns geschrieben:

Zu denjenigen Industriezweigen, die erst in der neueren Zeit eine Domäne des Kapitalismus geworden sind, gehört die Hochseefischerei. Bis vor etwa 10 oder 12 Jahren befand sich die deutsche Hochseefischerei noch in den Anfangsstadien der Entwickelung; heute repräsentiert sie einen wichtigen Faktor im Erwerbsleben des Volkes. Riesensummen sind darin angelegt, immer neue Kapitalskonzentrationen gehen vor sich. Die Rentabilität des Betriebes nimmt immer mehr zu, die Dividenden steigen!

Je mehr aber die Hochseefischerei sich entwickelte, je mehr der Kapitalismus sich derselben bemächtigte, desto mehr stellten sich jedoch auch alle die schönen **Begleiterscheinungen dieser Produktionsweise** ein: **die Ausbeutung der Menschen** und die **Vergrößerung der Gefahren bei der Arbeit.**

**Seit dem Jahre 1894, wo ein Dezembersturm 6 Fischdampfer** mit Mann und Maus verschlang — es waren dies überhaupt die ersten deutschen Fischdampfer, die dem Meere zum Opfer fielen —, ist fast kein Jahr vergangen, in dem nicht die Winterstürme der Fischereiflotte an der Unterweser schwere Verluste brachten. Ueber **30 Dampfer** sind seit der Zeit total verloren gegangen, an **300 Menschen** wurden mit ihnen Opfer der Fluten. Und das in kaum mehr als einem Jahrzehnt! Besonders schlimm war es im Februarsturm des Jahres 1903. Vier Dampfer mit 44 Mann Besatzung forderte dieser Sturm. Wie viel Angst, Not und Verzweiflung reden nicht diese Zahlen!

Seemannslos — so lautet die Phrase, mit der man sich in Reederkreisen über derartige Unglücksfälle hinwegsetzt. — Das Kapital muß „verdienen“, der Profit ist die Hauptsache. Zwar betragen die **Dividenden** schon jetzt **8 bis 10 Proz.**; das genügt aber noch nicht, bei weitem nicht. Und dann: **die Schiffe sind versichert.**

Auch der Sturm vor einigen Wochen hat der Unterweser-Fischereiflotte wieder erheblichen Schaden zugefügt. **Vier Dampfer gingen abermals total verloren — fast die gesamte Besatzung fand den Tod in den Wellen.**

So geht es fort, Jahr für Jahr, Winter für Winter. Ein einzelner Verlust regt die Bevölkerung fast gar nicht mehr auf; es müssen schon besondere Umstände damit verknüpft sein. Das aber ist der Fall bei einer Katastrophe, die vor acht Tagen bekannt geworden ist.

Es handelt sich um die Strandung des Dampfers **„Württemberg“**, der Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ gehörig. Die Strandung erfolgte bei Island, und aus welchen Ursachen sie erfolgte, das verdient als charakteristisches Zeichen der kapitalistischen Ausbeutungs- und Profitwut besonders festgenagelt zu werden. Die Hauptursachen der Fischdampfer-Katastrophen sind nämlich: **ungenügende Bemannung und Ueberladung des Dampfers**; ferner aber spielt dabei das unselige **Prozentsystem** eine große Rolle, auf Grund dessen bei vielen Gesellschaften die Schiffsführer angestellt sind. Je mehr Fische gefangen werden, desto größer und höher sind die Prozente, die für den Kapitän dabei abfallen. Den Löwenanteil an dem Fang hat natürlich der Reeder, und um den Egoismus des Schiffsführers zu reizen, hat die Gesellschaft im eigenen Interesse dieses System eingeführt, das nicht nur die Mannschaft zur Ueberanstrengung veranlaßt, sondern auch die Dampfer dazu verlockt, bei bevorstehendem Sturm zulange auf den Fischgründen in der Nähe der Küste zu bleiben, in der Erwartung, noch einen guten Fang machen zu können. Bevor sie dann das offene Meer erreichen, werden sie vom Sturme überrascht und ihr Untergang ist leicht besiegelt, namentlich, wenn das Netz noch nicht eingezogen ist, sich im Steuergeschirr verwickelt und dadurch das Schiff manövrierunfähig macht.

Der Fischdampfer „Württemberg“ ist direkt diesem System zum Opfer gefallen. Der Dampfer hatte, wie uns von durchaus zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, bei Island ergiebige Fischgründe angetroffen und der daraus für ihn entspringende Gewinn lockte den Kapitän so sehr, **daß er vier Tage und vier Nächte ununterbrochen fischen ließ.** Mit Ausnahme des Maschinenpersonals haben **weder Kapitän noch Mannschaft während dieser Zeit Schlaf gehabt. Die Leute haben also 96 Stunden hintereinander ohne Unterbrechung gearbeitet und waren daher total erschöpft.** Da — es war morgens gegen 5¼ Uhr und die Mannschaft eben zum Essen in das Logis gegangen — **erfolgte die Strandung.**

Glücklicherweise sind die Leute des „Württemberg“ vor dem Schicksal so vieler ihrer Leidensgenossen bewahrt geblieben. Es gelang ihnen, sich nach Stunden voller Strapazen, Angst und Qual zu retten. Und jetzt sind sie in ihre Heimat zurückgekehrt.

Vor dem Seeamt findet demnächst die Verhandlung über die Strandung des „Württemberg“ statt. Ob man auch diesmal den Spruch über den bekannten Leisten schlagen wird? Unmöglich ist es nicht. Der öffentliche Ankläger, der an Gerichtsstätte das System geißelt, soll noch gefunden werden. Wie dem jedoch auch sei, vor dem Richterstuhl der Menschlichkeit ist dieses System gerichtet. —

# Deutsches Reich.

### Diäten.

Nach einer Meldung der „Nordd. Allg. Ztg.“ hat das preußische Ministerium in seiner Sitzung am 31. März der Diätenvorlage des Reichskanzlers seine Zustimmung erteilt. Der Bundesrat dürfte sich in den nächsten Tagen ebenfalls mit der Vorlage beschäftigen, wobei vielleicht noch einmal der Versuch gemacht wird, die Diätengewährung mit reaktionären Bedingungen zu verkuppeln.

Wie das Bülowsche Diätenprojekt aussehen wird, weiß man noch nicht genau. Wahrscheinlich wird man einen Akkordlohn bewilligen, um den Parlamentariern eine allzu peinliche Gründlichkeit der parlamentarischen Arbeit zu verleiden.

Die endliche Nachgiebigkeit der Regierung ist ein „Sieg“, um den die Mehrheit des Parlaments jahrzehntelang „gekämpft“ hat. Den armen Schluckern unter den Abgeordneten zuliebe und um den Massen Sand in die Augen zu streuen, legte sich namentlich das Zentrum seit geraumem mit rednerischer Vehemenz für die Diäten ins Zeug. Hätte diese Partei ihren Kampf wirklich ernst gemeint, so hätten die verbündeten Regierungen schon längst nachgegeben.

Der Sozialdemokratie ist die Diätenfrage im Grunde sehr gleichgültig. Sie brachte es fertig, auch ohne Diäten eine entsprechende Zahl von Proletariervertretern ins Parlament zu bringen. Daß aber auf die soziale Zusammensetzung der Vertretung der bürgerlichen Parteien die Diäten ohne Bedeutung sind, beweisen ja die Fraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses. —

### Unberechtigte Einmischung.

Die vom Scharfmacherklüngel ausgehaltenen „Berliner Neuesten Nachrichten“ drohten kürzlich den bürgerlichen Blättern, die sich zeitweilig ein arbeiterfreundliches Mäntelchen umzuhängen belieben, mit Entzug der Inserate aus industriellen Kreisen, falls sich ihre Haltung bei Streiks nicht ändere. Das scheint gefruchtet zu haben. Aus Anlaß der Lohnbewegung der Braunkohlengräber im Zeitz-Weißenfelser Revier vollführt die in Betracht kommende Presse wahre Eiertänze. Obwohl sich die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände, also die Gesamtvertretung der deutschen Industrie, in den Streit zwischen den Braunkohlenwerken und den Arbeitern einmischt, spricht man den Arbeitern das Recht ab, durch ihre gewerkschaftliche Organisation ihre Interessen vertreten zu lassen, ja man erfindet wider besseres Wissen eine Einmischung der Sozialdemokratie. Das ist Blödsinn. Die Vertretung der Arbeiter ist Sache des Bergarbeiterverbandes. Daß dieser zur Vertretung befugt ist, steht umsoweniger außer Frage, als die Organisation schon im Jahre 1904 in den in Betracht kommenden Revieren 39 Zahlstellen zählte. Daß der Zeitz-Weißenfelser Bergwerksverein solidarisch vorgeht, hält man dagegen für ganz berechtigt; nur um den Schein zu retten, bemäkelt man auch nebenbei leichthin die Einmischung der politischen Gesamtvertretung der Arbeitgeberverbände. Solche Art der Parität ist nichts als Hohn gegenüber den Arbeitern und umsomehr verwerflich, als im mitteldeutschen Bergbau die Löhne am niedrigsten stehen, beispielsweise um fast 8 Proz. niedriger als im linksrheinischen Braunkohlenbergbau. —

**Vom „roten Scherl“** faselt die „Staatsbürger-Zeitung“. Gemeint ist der Genosse Singer, der angeblich mit Argusaugen darüber wacht, daß dem „Vorwärts“ kein Konkurrenzorgan erwächst, und der alle sozialistischen Zeitschriften, namentlich die revisionistischen, langsam aber sicher verschluckt, neuerdings wieder die „Kommunale Praxis“. Ihr Herausgeber bleibt zwar Dr. Südekum, aber Singer wird schon dafür sorgen, daß nichts Revisionistisches unterläuft. Genosse Südekum, dem die neue Regelung sicherlich nichts weniger als unangenehm ist, erscheint in bengalischer Beleuchtung als armer Expropriierter und unter Parteizensors-Aufsicht Gestellter.

Unsere Genossen mögen sich an diesem großen antisemitischen Phantasiegemälde erfreuen. Es ist der ergötzliche Beweis, daß sich kapitalistische Schmocks keinen anderen als kapitalistischen Preßbetrieb mit Blusmacherei, Verlegerherrschaft und Tintenkulitum vorzustellen vermögen.

Das Blatt der reichshauptstädtischen freisinnigen Intelligenz, das „Berliner Tageblatt“ zeigt natürlich dieselbe Beschränktheit, wie das Antisemitenorgan und druckt den antisemitischen Unsinn gutgläubig nach. Zu einer ganz besonderen Dummheit — das Antisemitenblatt meint, die stärkere Verbreitung der „Kommunalen Praxis“ ließe sich am besten durch Anwendung der Görlitzer Praxis erzielen — bemerkt das Mosseblatt sogar sehr weise:

„Der Hinweis auf die terroristische Görlitzer Praxis wird die Genossen ja einigermaßen unangenehm berühren.“ Mit Verlaub, das fällt uns gar nicht ein! Wir sind der Ueberzeugung, daß ein Sozialdemokrat sein Parteiorgan zu halten hat und daß die Görlitzer Genossen recht tun, wenn sie Leute, die diese elementarste Parteipflicht nicht erfüllen, nicht in der Parteiorganisation dulden. Daß der Freisinn das nicht begreift und von Terrorismus lallt, beweist nur seine totale politische Vertrottelung. —

## Kasernenfreuden.

Von Ende Dezember 1905 bis Ende März 1906 wurde die gerichtliche Aburteilung von 39 Soldatenquälern bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen 9 Jahre 1 Monat 20 Tage Gefängnis, 9 Monate 21 Tage mittlerer Arrest, 2 Monate 15 Tage gelinder Arrest, 18 Tage Stubenarrest, 4 Degradationen. Im ganzen beträgt der Freiheitsentzug 10 Jahre 2 Monate 14 Tage.

Auf Preußen treffen 5 Jahre 6 Monate Gefängnis, 6 Monate 13 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat gelinder Arrest, 10 Tage Stubenarrest, 3 Degradationen (18 Vorgesetzte, darunter 1 Offizier, und ferner 2 ältere Mannschaften); auf Bayern: 2 Jahre 7½ Monate Gefängnis, 1 Monat 13 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 15 Tage gelinder Arrest, 8 Tage Stubenarrest (6 Vorgesetzte, darunter 1 Assistenzarzt, und außerdem 4 ältere Mannschaften); auf Sachsen 1 Jahr 5 Tage Gefängnis, 1 Monat 25 Tage mittlerer Arrest, 1 Degradation (5 Vorgesetzte und 4 ältere Mannschaften).

Der bestrafte preußische Offizier ist der Leutnant v. Kretschmann vom 3. Eisenbahnregiment mit 10 Tagen Stubenarrest.

Bayern genießt dieses Mal den zweifelhaften Vorzug, daß es einen mißhandelnden Militärarzt, nämlich den Assistenzarzt Dr. Alois Heilmeier vom 1. Trainbataillon in München, mit 8 Tagen Stubenarrest aufzuweisen hat.

Wie selbstverständlich waren die Bestrafungen auch in diesem Vierteljahr meistens sehr mild. In Bayern scheint man jetzt auch zum Ausschluß der Oeffentlichkeit bei der Aburteilung von Soldatenmißhandlungen hinzuneigen.

Mit welchem Raffinement die Soldaten manchmal geschunden werden, bewies die Gerichtsverhandlung gegen den Sergeanten Friedrich Ahlers vom preußischen Infanterieregiment Nr. 138. Dieser schwarz-weiße Stellvertreter Gottes strafte zum Beispiel die Sachen seiner Leute im Zimmer herum und dann mußten seine Opfer, die er auch in anderer Weise schmählich traktierte, ihr Eigentum unter Absingen des Liedes „Was man aus Liebe tut“ usw. zusammensuchen. Es genügte ihm nicht die Schinderei an sich, sondern er suchte die Qualen, die er seinen Untergebenen bereitete, auch noch dadurch zu verschärfen, daß er die armen wehrlosen Soldaten zwang, sich selbst zu verhöhnen. Derartiges zeugt von einer Roheit und moralischen Verkommenheit, die ihresgleichen suchen. Hätte aber einer der Leute die Selbstbeherrschung verloren und den Sergeanten niedergeschlagen, so wäre er auf Jahre ins Gefängnis gekommen. Wir erinnern hier an den Musketier Gloy in Lübeck, der seinen Leutnant niederschlug, nachdem er von einem Unteroffizier derart drangsaliert worden war, daß er nicht mehr wußte, was er tat. Gloy erhielt 7 Jahre 9 Monate Gefängnis, während der Unteroffizier, der ihn gequält hatte, mit 38 Tagen mittlerem Arrest davonkam. Die eingangs erwähnten 39 Soldatenquäler haben im ganzen einen Freiheitsentzug erlitten, der die Strafe Gloys nur um 2 Jahre 5 Monate 14 Tage übersteigt. Und im letzten Quartal 1905 wurde über 30 Soldatenquäler nur ein Freiheitsentzug von 5 Jahren 6 Monaten 20 Tagen ausgesprochen, also um 2 Jahre 2 Monate 10 Tage weniger als über den einzigen zur Verzweiflung getriebenen Gloy. Und da wundert man sich über die Angriffe, denen die militärische Rechtspflege ausgesetzt ist! Herr Oberst Deimling hat im Reichstag gesagt, daß die Armee auch heute noch für Kaiser und Reich zu sterben wisse. Dann ist es aber doch eine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die Soldaten, die das Gros dieser Armee bilden, energisch vor unwürdiger Behandlung zu schützen. Von den Lobsprüchen hat der Soldat gar nichts. —

**Zum Stichwahlergebnis im Reichstagswahlkreise Kaiserslautern** bemerkt unser Ludwigshafener Parteiblatt, die „Pfälzische Post“: „Auf einen Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten hat in unserer Partei niemand gerechnet. Wir wußten genau, daß sich bei der Stichwahl das bekannte Wort von der einen reaktionären Masse bewähren wird. Der Bund der Landwirte trieb seine Leute dem ihm verwandten Nationalliberalen zu, der seine volksauspowernde Politik

im Reichstage fortzusetzen versprach, und das Zentrum, das nicht den Mut besaß, offen für den staatserhaltenden Liberalen einzutreten, leistete seiner Wahl durch die Parole der Wahlenthaltung Vorschub. . . .

Unsere Partei geht mit Ehren aus dem Kampfe hervor. Aus dem Erfolge, den uns die Hauptwahl in Gestalt eines Stimmenzuwachses brachte, schöpfen wir neuen Mut, neue Zuversicht für den nächsten Reichstagswahlkampf und für den nächsten Landtagswahlkampf. In vielen Orten haben wir durch unsere mühevolle, lebhafte Agitation die Saat gelegt, die uns für die Zukunft schöne Früchte bringen soll. Ueberall, wo wir hinkamen, wurden wir mit Freuden aufgenommen. Trotzdem der Kreis ein rein ländlicher ist, ist es gelungen, in vielen Orten festen Boden zu fassen. . . ." —

**Ein Skandal im Zentrum.** Der Zentrumsabgeordnete Fusangel hat behamtlich auf seine Immunität als Reichstagsabgeordneter verzichtet und sich selbst der Essener Staatsanwaltschaft angezeigt, um die Unrichtigkeit von allerlei Gerüchten zu erweisen, die ihm unlautere Handlungen vorwerfen. Gleichzeitig hat er aber auch eine Anzeige gegen das Gründerkonsortium des katholischen Preßvereins bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Dieser Verein scheint zum Teil aus der Buchdruckerei R. Berthold zu Essen hervorgegangen zu sein. Fusangel schreibt nun:

Es ist gerichtsnotorisch, daß die Gläubiger Bertholds keinen Pfennig erhalten haben und daß der größte Teil der sehr wertvollen Aktiven, darunter 10 000 M. bares Geld, angezahlt auf das Haus in Rüttenscheid, ferner sämtliche Druckmaschinen, die elektrischen Motoren, die Buchbindereieinrichtung usw. spurlos verschwunden sind. . . .

In einem Schreiben an die Zentrumspresse beteuert Fusangel, daß er mit dem gerichtlichen Austrag des Streits gern gewartet hätte bis nach dem Essener Katholikentage. Also muß er überzeugt sein, daß die schmutzige Wäsche, die in dem Prozeß gewaschen werden dürfte, der Zentrumspartei nicht gerade zur Ehre gereichen wird. —

**Freisinnige Stadtverordnete als Geschäftemacher.** In Mühlhausen i. Th. haben Mitglieder der städtischen Pfandhauskommission die bei der Auktion zurückgebliebenen Goldsachen aufgekauft und damit einen schwunghaften Handel betrieben. An diesen Geschäften, die nach einer Verordnung des Magistrats unstatthaft sind, hat sich leider auch ein Sozialdemokrat beteiligt. Als die Parteiorganisation davon erfuhr, forderte sie diesen sofort zur Niederlegung seines Mandats auf und wurde der Aufforderung auch alsbald Folge geleistet. Von der bürgerlichen Presse wurde dieser Vorfall natürlich in bekannter Manier gegen die sozialdemokratische Partei ausgeschlachtet. Plötzlich nahm die Hetze eine Wendung — nämlich als bekannt wurde, daß bürgerliche Stadtverordnete nicht nur in gleicher Weise in die Affäre verwickelt, sondern auch die Urheber der Verfehlungen sind. Jetzt erklärte die bürgerliche Presse mit einem Male, es handele sich um ganz einwandfreie Käufe. Und das Freisinnsorgan von Mühlhausen meinte sogar ziemlich unverblümt: „Erst kommt das Geschäft — dann die Politik!"

Neu ist ja nicht, daß die Freisinnigen, namentlich in den Stadtvertretungen, ausgiebig nach diesem Grundsatz handeln; aber daß ein Blatt den Mut hat, diesen Wahlspruch offen zu vertreten, ist immerhin wertvoll. —

### Wer blamiert?

Die Müller-Sagansche „Freie Deutsche Presse" verbreitet sich höchst eingehend über die angeblich undankbare Behandlung, die die Sozialdemokratie „ihren Schleppenträgern" zuteil werden lasse. Herr Dr. Theodor Barth predige Tag für Tag ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie — und der „Vorwärts" lohne das damit, daß er Barth einen „freisinnigen Eigenbrödler", einen „unverbesserlichen Illusionär" usw. nenne. Der „Vorwärts" sollte doch soviel Mitgefühl mit dem Manne haben, um ihn nicht in so grausamer Weise „vor der ganzen politischen Welt zu blamieren."

Das leitende Organ des männlichen Freisinns vermag also nicht einmal zu kapieren, daß nicht der „Vorwärts" Herrn Barth blamiert, sondern der Freisinn selbst, der Herrn Barth bei seinen Aufrüttelungsversuchen des freisinnigen Bürgertums so schnöde im Stich läßt, daß er in der Tat als Eigenbrödler und unverbesserlicher Illusionär erscheint. Herr Barth will das liberale Bürgertum zu kraftvollen Kundgebungen für die preußische Wahlreform aufpeitschen — und in Charlottenburg erscheinen — die Sozialdemokraten eingeschlossen — 150 Männlein, in Schöneberg gar ganze 50 Personen! Eine solche Haltung unserer liberalen Mannesseelen blamiert Herrn Barth allerdings „vor der ganzen politischen Welt!" —

### Kuriose Steuerweisheit.

Die Steuersucher im Reichstage haben der von ihnen abhängigen Presse augenscheinlich den Befehl gegeben, das Zigarettensteuergesetz, das, wie wir nachwiesen, eine Reichsprämie für Lohnabzüge ist, zu verteidigen. Am genialsten besorgt diese Verteidigung selbstverständlich die „Post". Sie behauptet, die Steuern würden vom Fabrikanten, den Arbeitern und Kleinhändlern getragen; die 2½ Pf.-Zigarette würde deshalb auch in Zukunft für 25 M. pro Tausend verkauft werden. Wenn diese Voraussetzung zuträfe, dann wäre schwer einzusehen, warum die Leute, die feinere Qualitätsware herstellen, schwerer getroffen werden sollen, als die Leute, die billigere Waren herstellen. Zahlt aber, wie die Schöpfer des Gesetzes behaupten, der Käufer die Steuer, dann kommt doch zu dem jetzigen Preise die Steuer hinzu. Für Zigaretten, die 25 M. pro tausend Stück kosten, sollen, wie das Gesetz sagt, 4 M. Steuer gezahlt werden. Werden diese 4 M. dem Käufer aufgebürdet, dann kostet die Zigarette 29 M. pro Tausend. Dadurch gelangt aber die Zigarette in die Steuerstufe von 6 M.; 25 und 6 sind aber nach Adam Riese 31; folglich müssen, da für Zigaretten, die im Kleinhandel über 30 M. pro Tausend kosten, die Steuer sich auf 10 M. erhöht, 10 M. Steuer bezahlt werden.

Die „Post" schreibt dann:

Und nun nenne doch mal der „Vorwärts" den „Genossen" ein Land, namentlich eine Republik, in der man so gut und billig rauchen kann, wie im Deutschen Reiche trotz der Steuer?! Es gibt natürlich keins, und der „Genosse" sieht das erst mit Schrecken, wenn er anderswohin kommt, wie vieles andere auch, namentlich, daß es dem Arbeiter am besten in Deutschland geht, weshalb er auch hübsch hier bleibt, so lange es geht."

Um keine zu hohen Anforderungen an das Begriffsvermögen der Postgelehrten zu stellen, begnügen wir uns damit, vier Grenzstaaten von Deutschland zu nennen, die niedrigeren Tabakzoll als Deutschland haben. Unter diesen vier Staaten ist auch eine Republik. Tabakblätter kosten Zoll:

| | | |
|---|---|---|
| in Deutschland . . . . . | 85 M. | pro 100 Kilo |
| „ der Schweiz . . . . . | 25 Fr. | „ „ „ |
| „ Belgien . . . . . | 55 „ | „ „ „ |
| und 15 Fr. Akzise für fremden Tabak | | |
| „ Holland . . . . . | 70 Cent | „ „ „ |
| „ Dänemark . . . . . | 23,42 M. | „ „ „ |

Wenn in Deutschland trotz des hohen Zolles relativ billige Zigarren zu haben sind, so ist dies darauf zurückzuführen, daß nirgends in der Welt Zigarrenarbeiter für solche Hungerlöhne arbeiten, wie sie deutsche Fabrikanten in Baden, in Westpreußen usw. bezahlen. —

**Große Taten im Kampfe gegen die** — Arbeiterturnvereine hat das Staatsministerium in Sachsen-Weimar vollbracht. Die Rektoren der Volksschulen sind durch einen Ministererlaß aufgefordert worden, die Fortbildungsschüler zu veranlassen, die Arbeiterturnvereine als Zöglinge zu meiden und, sofern sie solchen angehören, aus denselben auszutreten. Seit vierzig Jahren dürfen „Zöglinge" unbehelligt den bürgerlichen Turnvereinen angehören. Auch in Zukunft scheint das Ministerium nichts dagegen zu haben. Umsomehr wird damit aufs neue der Beweis erbracht, daß der weimarische Regierungsapparat in der Nadelstichpolitik gegen die Arbeiterbewegung vor keiner Blamage zurückschreckt. —

### Die Lieferung der Tanzhusaren.

Die vom Kaiser versprochenen Tanzhusaren hielten am Montag unter pomphaften Festkundgebungen eines begeisterten Bürgertums ihren Einzug in Krefeld. Der Kaiser selbst hatte Zeit gefunden, der Festlichkeit beizuwohnen und sich an dem Enthusiasmus zu weiden, den seine Tanzhusaren bei der militärfrommen Weiblichkeit der Krefelder Textilbarone hervorriefen. Zur Feier des Tages sang ein Chor von 1400 Schulkindern zwei sinnig gewählte Chöre: „Freude, schöner Götterfunken" (es ist darin ja vom Umschlingen und Küssen die Rede) und „Frisch auf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd" — ob die ominöse Strophe: „Was weinet die Dirn und zergrämet sich schier" auch vorgetragen wurde, wird nicht gemeldet. Der Kaiser schloß seine Ansprache nach der Schilderung des „Wolffschen Bureaus" mit den Worten:

„Der Stadt Krefeld habe ich an dem heutigen Tage mein Wort gehalten. Wenn ich mein Wort gebe, halte ich es auch. (Stürmische Hochrufe.) Der Stadt habe ich ihre Garnison gebracht und den jungen Damen ihre Tänzer. (Erneute stürmische Hochrufe.)" —

**Ein drakonisches Urteil** fällte das Kriegsgericht gegen den Soldaten Enkler vom 1. Ulanenregiment in Bamberg, der sich in der Trunkenheit zu Ausschreitungen hat hinreißen lassen. E. war an einem Sonntag in der Stadt und trank sich voll. Auf dem Heimwege zum Appell grüßte er die Unteroffiziere gar nicht oder nicht nach Vorschrift, was beim Appell dem Vizewachtmeister gemeldet wurde, der ihm die Ausgeheerlaubnis entzog. Der Wachtmeister wollte dann den Betrunkenen auf sein Zimmer führen; als er aber erklärte, er gehe wieder fort, verbrachte er ihn auf die Wache in Arrest. Im Arrestlokal rumorte er und stieß mit dem Kopf gegen die Wand, so daß man ihn untersuchen ließ, ob er nicht verrückt geworden sei. Den Wachunteroffizier, der sich nach ihm umschaute, stieß er vor die Brust. Nach bestehenden Verordnungen sollen Vorgesetzte betrunkenen Untergebenen möglichst aus dem Wege gehen, aber hier hat man ihn zu Widersetzlichkeiten geradezu gereizt. Enkler wurde zu 2 Jahren 2 Tagen Gefängnis verurteilt — eine furchtbare Strafe für eine im unzurechnungsfähigen Zustande begangene Tat und um so furchtbarer im Vergleich zu der gelinden Behandlung, die gewöhnlich Chargierten zuteil wird, wenn sie sich an Untergebenen vergreifen. —

**Die Affäre Hirschel.** Aufsichtsrat und Vorstand der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft für Oberhessen haben beschlossen, den Direktor Schlenke, der seinen Kollegen Hirschel, den antisemitischen hessischen Landtagsabgeordneten Hirschel, der Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung denunziert hat, bis zu seinem definitiven Austritt am 1. Mai zu beurlauben. Ebenso wurde Hirschel bis zur Erledigung der gerichtlichen Untersuchung beurlaubt. Bis jetzt soll sie, nach einer Korrespondenz der „Frankf. Ztg.", nichts Belastendes ergeben haben. —

**Ein kleines Zugeständnis.** Aus Burzen (Königr. Sachsen) wird berichtet: Unser Parteigenosse Noack, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, nahm dieser Tage als Schöffe an den Gerichtsverhandlungen teil. Er dürfte wohl der erste Arbeiterschöffe in Sachsen sein.

Es leben die Folgenden! Denn eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. —

### Ueber die neue südwestafrikanische Schlappe

wird noch gemeldet:

Am 26. März überfiel eine stärkere Hottentottenbande zwischen Ukamas und der Ostgrenze einen Transport von 6 leeren Wagen. Von dem nur 17 Mann starken Begleitkommando fielen der Führer des Transportes, Leutnant Keller, und 10 Reiter; schwer verwundet wurden 2, leicht verwundet 2 Reiter. Die Wagen wurden von den Hottentotten verbrannt, die Ochsen in südwestlicher Richtung abgetrieben. Nur 1 Mann der Bedeckung kehrte zu Fuß nach Ukamas zurück, von wo sofort 24 Mann der 7. Kompagnie 2. Feldregiments nach Nakab (an der Ostgrenze östlich Ukamas) entsandt wurden. Der gleichfalls benachrichtigte Hauptmann von Rappard ging mit 40 Mann am 27. früh von Ariam nach Nakab vor. Er stieß an der Ueberfallstelle auf dreißig bis vierzig Hottentotten, die nach kurzem Feuergefecht auf Nakab abzogen. Patrouille Rappard hatte keine Verluste, während vom Feinde 6 Tote und zahlreiche Blutspuren aufgefunden wurden. Nakab wurde am 28. März durch unsere Truppen besetzt. Eine Offizierspatrouille, die am 27. März von Ariam auf Gamsibkluft aufklärte, erhielt am Rande der Kluft Feuer. Ein Reiter wurde leicht verwundet.

## Ausland.

### Ungarn.

#### Milderung der Krise.

**Budapest**, 2. April. (W. H.) Der Minister des Innern hat alle von ihm erlassenen Verordnungen betreffend die Einschränkung des Versammlungsrechtes zurückgezogen. —

### Frankreich.

#### Wieder ein rebellischer Hauptmann.

**Paris**, 29. März. (Eig. Ber.) Die Serie der Trutzurteile geht weiter. Gestern wurde in Bordeaux der Infanteriehauptmann Coudere de Foulongue freigesprochen, der sich geweigert hatte, einem Polizeikommissär bei einer Kircheninventur Folge zu leisten. Der Hauptmann erklärte im Verhör, die Aufgabe der Armee sei der Schutz des Vaterlandes, aber nicht eine Arbeit von Dieben und Einbrechern. Der Präsident bemerkt dazu: „So achtungswert ihre religiösen Ueberzeugungen sind, so entschuldigen sie doch Ihr Verhalten nicht. Was würden Sie zu einem Soldaten sagen, der sich bei einem Streik weigerte, Ihre Befehle auszuführen und der sich hierbei auf seine Ueberzeugungen berief?! Dem Hauptmann fiel auf diese Frage keine Antwort ein! — Seine Standesgenossen im Kriegsgericht aber fanden: Ungehorsam bei einem Edelmann in Uniform sei doch etwas anderes als bei einem Proletarier in Uniform und sie sprachen den Herrn Hauptmann frei.

Von den Anklägern und Vorsitzenden der militärischen Gerichte bekommt man jetzt überhaupt manches vernünftige und für den Militarismus recht verfängliche Wort zu hören. So hat der Ankläger im Prozeß zu Nantes zu dem Hauptmann, der sich auf seine Christenpflicht berief, gesagt: „Ja, aber was werden Sie im Kriegsfall tun! Das Christentum verbietet doch auch, Menschen zu töten!"

### England.

#### Unfallentschädigung.

London, 28. März. (Eig. Bericht.)

Bis zum Jahre 1880 gab es in der englischen Fabrikgesetzgebung kein besonderes Gesetz über die Pflicht der Unternehmer, die von ihnen beschäftigten Arbeiter bei Unfällen zu entschädigen. Das Fabrik- und Werkstättengesetz vom Jahre 1878 enthielt zwar eine Art Bestimmung darüber, hatte aber in Wirklichkeit gar keinen Wert, solange das Prinzip der „gemeinschaftlichen Beschäftigung", wonach der Unfall auf die Nachlässigkeit irgend eines Mitbeschäftigten zurückgeführt werden konnte, den Unternehmer vor jeder Haftpflicht schützte.

Im Jahre 1880 nun nahm das Parlament ein besonderes Haftpflichtgesetz an, ohne jedoch jenes Prinzip der „gemeinschaftlichen Beschäftigung" zu beseitigen. Nebenbei bemerkt: Dasselbe Prinzip besteht noch zu Recht in den Vereinigten Staaten von Amerika und macht alle Bestimmungen über Unfallentschädigung illusorisch.

Erst im Jahre 1897 brachte Mr. Chamberlain die erste moderne Unfallentschädigungsvorlage ein, die dem alten Grundsatz der „gemeinschaftlichen Beschäftigung" ein Ende bereitete und den neuen Grundsatz niederlegte: daß der Unternehmer das Risiko für Arbeiterunfälle übernehmen müsse. Da das Gesetz nur ein Experiment war, so wurde es auf die gefährlichsten Betriebszweige beschränkt. Drei Jahre später wurde das Gesetz merkwürdigerweise auf zwei der ungefährlichsten Betriebszweige ausgedehnt: auf Ackerbau und Gärtnerei, so daß auch die ländlichen Arbeiter Unfallentschädigungen erhielten.

Die gestern vom Unterstaatssekretär des Innern, Herbert Gladstone, eingebrachte Vorlage konsolidiert die früheren Gesetze und dehnt sie auf fast alle Arbeiterkategorien aus, mit Ausnahme von Polizeibeamten, Ladengehülfen, Buchhaltern und Dienstpersonal. Im allgemeinen soll das neue Gesetz umfassen: Arbeiter in Fabriken und in Werkstätten, im Ackerbau, im Transportwesen, in Fischereien, schließlich im Postdienst. Ausgenommen sind Werkstätten, die nicht über fünf Arbeiter beschäftigen.

Die Minimalwartezeit zwischen Unfall und Entschädigung war bisher 14 Tage. Sie soll nunmehr nur eine Woche dauern. — Stirbt der Verunglückte, so zahlt der Unternehmer den Höchstbetrag von 500 M. Bei Verletzungen und Verlust der Arbeitsfähigkeit zahlt er den Höchstbetrag von 10 M. die Woche.

Die Vorlage fand im Prinzip allgemeine Zustimmung. Sowohl die Arbeitervertreter — es sprachen Barnes von den Mechanikern und Enoch Edwards von den Bergleuten — wie die Konservativen erklärten sich mit den Grundsätzen der Vorlage einverstanden, worauf diese, wie wir schon mitteilten, in erster Lesung angenommen wurde. —

**Keine Keilerei.** Wie „Daily Telegraph" von gut unterrichteter Seite aus Kairo erfährt, hat in der Alalah-Angelegenheit die Zurückziehung der türkischen Truppen von den umstrittenen Punkten begonnen. Voraussichtlich dürfte die ganze Streitfrage binnen kurzem Erledigung finden. —

## Norwegen.

### Verschlechterungen des norwegischen Bäckergesetzes.

Durch das Bäckergesetz von 1895 ist in den norwegischen Bäckereien die Nachtarbeit — von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens — sowie die Sonn- und Feiertagsarbeit verboten. Dieses Gesetz hat außerordentlich günstig auf die Arbeitsverhältnisse der Bäckergesellen eingewirkt. Nun hat jedoch das Odelsthing in der vorigen Woche einige Verschlechterungen dieses Gesetzes beschlossen, deren wichtigste die ist, daß mit der Teigbereitung schon um 5 Uhr begonnen werden kann. Die Bäckergesellen sehen darin einen ersten Schritt zur Wiedereinführung der Nachtarbeit, und die Vertreter der Arbeiterschaft im Parlament haben alles aufgeboten, um die Verschlechterungen abzuwehren. Genosse Eriksen und auch der radikale Abgeordnete Castberg wiesen für jeden sachlich Prüfenden überzeugend nach, daß derartige Veränderungen des Gesetzes durchaus nicht notwendig waren. Außerdem war auch die Mehrheit des Sozialkomitees des Storthings dieser Ansicht. Aber das Odelsthing entschied sich mit 51 gegen 35 Stimmen prinzipiell für die Vorschläge der Komiteeminderheit. Die Gründe, die für die Veränderungen angeführt wurden, waren äußerst fadenscheinig. Z. B. haben sich von den 200 Hotels und Pensionen in Kristiania nicht mehr als 27 dafür ausgesprochen (um ihren Gästen eine Stunde früher frische Semmeln liefern zu können)! Von den 1731 norwegischen Bäckermeistern haben sich 200 bis 300 dafür erklärt und alle anderen sich nicht geäußert. Tatsächlich kommen die Verschlechterungen des Gesetzes denn auch nur einigen großen Bäckereibesitzern zugute. Die Bäckergesellen wollen eventuell durch Selbsthülfe das zu wahren suchen, was bisher ihr gesetzliches Recht war.

Man versucht, den Bäckergesellen die Verschlechterungen dadurch annehmbarer zu machen, daß man den 17. Mai, den Verfassungstag, unter die Feiertage, an denen die Arbeit zu ruhen hat, aufnahm. Genosse Eriksen bemerkte dazu, daß, wenn ein neuer gesetzlicher Feiertag für die Bäcker eingeführt werden soll, es der 1. Mai sein müsse. Der Handels- und Industrieminister Arctander schien aber keine Ahnung davon zu haben, daß die Arbeiter derartiges wünschen.

Uebrigens sind die Veränderungen des Gesetzes noch nicht endgültig beschlossen; die Entscheidung liegt beim Lagthing. —

## Amerika.

**Tarifrevision.** Die republikanischen Vertreter des Staates Massachusetts im Repräsentantenhaus haben beschlossen, den republikanischen Partei-Caucus einzuberufen, um die Frage zu erörtern, ob das Repräsentantenhauskomitee veranlaßt werden soll, noch in der gegenwärtigen Kongreßsession die Tarifrevisionsfrage zu erörtern. Dieser Beschluß ist die Folge der von dem Vorsitzenden des Komitees Payne in einem Schreiben an ein Komiteemitglied Ende März abgegebenen Erklärung, daß die Tariffrage in der laufenden Session nicht zur Erörterung gelangen werde. —

# Soziales.

**Konflikt zugunsten eines energischen Gewerbeinspektors.** Der Gewerbeinspektor Cuyrien zu Elbing hatte gegen die Käsereibesitzer Gebrüder Krieg zu Tiegenhof ein Strafverfahren veranlaßt. Sie sollten entgegen den Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 16. Oktober 1897, betreffend Regelung der Sonntagsruhe usw. im Molkerei- und Käsereigewerbe, Arbeiter in der Zeit von Sonnabend 6 Uhr abends bis Montag früh 6 Uhr mehr als 18 Stunden beschäftigt haben. Die Angeklagten wurden schließlich freigesprochen. Das Gericht rechnete nach Abzug von Essenspausen nur „höchstens" 17¾ Stunden heraus. — In einer der Eingaben an die Staatsanwaltschaft, durch die der Gewerbeinspektor seinen Antrag auf Bestrafung der Gebrüder Krieg stützen wollte, hatte er sich nun unter anderem wie folgt ausgelassen: Er lege großen Wert darauf, daß die Gebrüder Krieg bestraft würden, da sie ihre Leute in rücksichtslosester Weise behandelten und zu befürchten sei, daß die schon jetzt erbitterten Käsereigehülfen der Sozialdemokratie in die Arme getrieben würden. In wie rücksichtsloser Weise diese Arbeitgeber vorgingen, zeige, daß ein Gehülfe Morgenthal habe außer Landes gehen müssen, weil er auf die Innehaltung der gesetzmäßigen Ruhezeit gedrungen habe; auf Betreiben der Kriegs habe er in der Provinz keine Arbeit mehr bekommen. Herr E. Krieg habe sich einmal ihm, dem Gewerbeinspektor gegenüber, in frechster Weise benommen, gewissermaßen auf sein Recht der Ausnutzung gepocht. — — Herr E. Krieg, der durch seinen Anwalt aus den Akten des Strafverfahrens von jenen zitierten Auslassungen des Herrn Cuyrien Kenntnis erlangt hatte, verklagte den Gewerbeinspektor darauf wegen Beleidigung. — Das Privatklageverfahren mußte jedoch vorläufig eingestellt werden, da die Regierung zu Danzig den Konflikt erhob und geltend machte, der Gewerbeinspektor habe bei Abfassung dieser Eingabe an die Staatsanwaltschaft in amtlicher Eigenschaft und in Ausübung seines amtlichen Berufes gehandelt, um die Strafanzeige zu begründen. Das gelte nicht bloß von der Angabe der rücksichtslosen Behandlung der Käsereigehülfen, wofür der Privatbeklagte ausreichendes Material beigebracht habe, sondern auch von der Aeußerung über das Verhalten des Privatklägers bei einem Wortwechsel. Der Vorwurf der Frechheit enthalte ja allerdings eine sehr scharfe Kritik; es müsse aber einem Beamten das Recht gewährt werden, sich auch nach der Richtung frei auszusprechen, soweit es die Ausübung des Amtes erfordere.

Das Oberverwaltungsgericht — erster Senat — entschied am Freitag dahin, daß der Konflikt nicht begründet sei, soweit es sich um den Vorwurf der Frechheit handele. Insoweit habe der Gewerbeinspektor seine Amtsbefugnisse überschritten, und es müsse deshalb insoweit dem Privatklageverfahren Fortgang gegeben werden. — In allem übrigen aber sei der Konflikt der Regierung begründet und das Verfahren gegen den Gewerbeinspektor demgemäß endgültig einzustellen. In den Auslassungen über die „rücksichtsloseste Behandlung" usw. sei eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse nicht zu finden. Dem Gericht steht es selbstverständlich frei, zu prüfen,

ob nicht unter den obwaltenden Umständen der Ausdruck „Frechheit" ein durchaus berechtigter, nicht beleidigender sei.

**Arbeitslöhne in England und Deutschland.** Das New Yorker Arbeitsamt (Bureau of Labour) veröffentlicht eine vergleichende Statistik über die Arbeitslöhne in Deutschland, Amerika und England von 1890 bis 1903. Die Statistik erstreckt sich über 13 der wichtigsten Arbeitszweige und zeigt, daß der englische Arbeitgeber für die ihm geleistete Arbeit ungefähr 50 Prozent mehr als der deutsche zahlte.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

## Gewerkschaftliches.

**Hunderttausend!**

Der Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen, 1890 in Hannover gegründet, führte in den ersten Jahren seines Bestehens ein recht bescheidenes Dasein. Der Organisationsgedanke fiel bei der nicht gelernten Arbeiterschaft zunächst auf steinigen Boden. Zurzeit der ersten Generalversammlung 1892 musterte der Verband trotz eifrigster Werbearbeit erst 2460 Mitglieder, die sich in der Hauptsache auf einige größere Orte Norddeutschlands verteilten. Nach weiterer zehnjähriger mühevoller Arbeit zählte er schon 43 800 Streiter, und in diesen Tagen hat er, wie eine Festnummer des „Proletariers" mitteilt, das erste Hunderttausend überschritten und erstreckt sich über ganz Deutschland.

Wenn irgend einer Organisation von den Behörden Schwierigkeiten aller Art bereitet worden, dann gewiß dieser. Unzählige Mittel und Mittelchen, dabei solche empörendster Art, wie z. B. die Mitteilung der Mitgliederlisten für politisch erklärter Zahlstellen an Unberufene, haben nicht vermocht, den Organisationsbestrebungen der Fabrikarbeiter Einhalt zu gebieten; im Gegenteil: je größer die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatten, mit desto größerem Eifer wurde auch die Werbearbeit fortgesetzt.

Zu den grimmigsten Gegnern der Fabrikarbeiter-Organisation zählen die Gummifabriken, die immer und immer wieder das in harter Arbeit mühselig Aufgerichtete brutal niederrissen durch rücksichtsloses Vorgehen gegen die organisierten Arbeiter. Noch heute können sich die Gewaltigen dieser Riesendividenden heckenden Unternehmungen schwer an den Gedanken gewöhnen, daß auch der Nichtgelernte das Recht hat, sich zu organisieren, und Maßregelungen sind noch immer an der Tagesordnung. —

Hunderttausend hat der Verband dieser Ungelernten nun überschritten; die technische Entwickelung aber führt ihm unausgesetzt neue Rekruten zu. Zahllos sind die Betriebe, wo die Einführung von Maschinen die Tätigkeit von berufsmäßig ausgebildeten Arbeitern überflüssig und die Beschäftigung „nicht qualifizierter Hülfsarbeiter" möglich macht. In Wirklichkeit handelt es sich in allen Fällen auch hier um die Aneignung einer gewissen Qualifikation, freilich in erheblich kürzerer Zeit, als in der regulären handwerksmäßigen Lehre. So hat diese Entwickelung, die erst für gewisse Betriebe die Organisationsmöglichkeit auszuschließen schien, in Wirklichkeit den Weg für die Organisation der „Ungelernten" geebnet.

Von allen Gewerkschaftsorganisationen hat die der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter die größte und die umfangreichste Aufgabe vor sich. — Die Hunderttausend organisierter Arbeiter, über die sie heute verfügt, sind erst ein Anfang — aber ein höchst erfreulicher! — zur Lösung dieser Aufgabe! — Wie wir heute zu dem ersten Hunderttausend unseren Glückwunsch aussprechen, werden wir jede neue Phase einer Entwickelung der gewerkschaftlichen Organisation in den Reihen der ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen mit Freuden begrüßen!

**Berlin und Umgegend.**

**Der Streik der Berliner Maler und Anstreicher** ist nunmehr zur vollendeten Tatsache geworden. Soweit sich bisher übersehen läßt, haben wohl sämtliche im Malerberuf tätigen Arbeiter Berlins und der Vororte dem in der letzten Verbandsversammlung gefaßten Beschluß Folge geleistet und **am Montagmorgen die Arbeit eingestellt.** Gestern hielten die Ausständigen in der „Neuen Welt" die erste Streikversammlung ab. Das überfüllte Lokal mußte polizeilich abgesperrt werden. Der Andrang war so stark, daß eine mindestens tausendköpfige Menge, die keinen Eintritt mehr fand, im Garten Aufenthalt suchte und dort die Aufträge der Streikleitung entgegennahm; ein vollgültiger Beweis für die Einmütigkeit der Arbeitsniederlegung auf der ganzen Linie. In der Versammlung wurden zur Hauptsache die notwendigen Anordnungen zur zweckmäßigen Durchführung des Streiks getroffen. Wie verlautet, sollen sich die Meister mit dem Gedanken einer Aussperrung aller derjenigen Arbeiter getragen haben, die sich an dem Streik etwa nicht beteiligen würden. Infolge der einmütigen Arbeitsniederlegung dürften die Herren dieser Mühe jedoch enthoben worden sein; es könnte sich andernfalls nur um verschwindend wenige Arbeiter handeln. Von Mittwochmorgen ab sollen alle diejenigen Arbeiter Arbeitsberechtigungskarten erhalten, deren Meister sich der Streikleitung gegenüber zur Anerkennung der Forderungen verpflichten.

Bürgerliche Blätter, die ihre Nachrichten über Vorkommnisse in der Arbeiterbewegung meistens von ebenso schlecht informierten wie sensationshungrigen Korrespondenzbureaus beziehen, fabulieren schon von einem bevorstehenden „Riesenausstande im ganzen Berliner Baugewerbe". Es hieß dort, die Maler würden mit ihrem Streik den Anfang machen, wenige Tage später würden die Bauschlosser folgen, und aus Solidarität mit diesen beiden Gruppen würden dann die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter die Arbeit einstellen. Natürlich ist an jenen Nachrichten kein wahres Wort.

Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter haben ihren Vertrag mit den Unternehmern, der noch für ein volles Jahr gilt. Was aber die Bauschlosser heute abend beschließen werden, das hängt lediglich von dem Entgegenkommen der Schlossermeister ab.

**Zum Streik der Bierfaßböttcher.** Am Sonntag haben während der vierzehntägigen Dauer des Ausstandes zum erstenmal Verhandlungen mit der neu eingesetzten Meisterkommission stattgefunden. Eine Einigung wurde jedoch nicht erzielt. Zu den Differenzpunkten wird heute eine Meisterversammlung Stellung nehmen. In der am Sonntag abgehaltenen Verbandsversammlung der Böttcher wurden besonders die in den Brauereien tätigen Böttcher ermahnt, die Bearbeitung der aus den bestreikten Bierfaßwerkstätten gelieferten Faßtagen solange zu verweigern, bis die Verhandlungen zum endgültigen Abschluß gekommen sind.

**Deutsches Reich.**

**In der Eisengießerei** von W. Naucke zu Neu-Ruppin sind die Former in den Streik getreten. Sie fordern Lohnerhöhung. Vor Zuzug wird strengstens gewarnt.

**Die Zahl der Streikenden im Zeitz-Weißenfelser Revier**

ist, wie vorausgesagt, nach der Mietezahlung sofort in die Höhe gegangen, so daß die Gesamtzahl der Streikenden im mitteldeutschen Braunkohlengebiet jetzt sogar von bürgerlicher Seite auf etwa 4500 Mann geschätzt wird. In einer am Sonntag in Zeitz abgehaltenen Versammlung erklärte der Genosse Hue, auch der Hallesche und Braunschweigische Braunkohlenbezirk würden sich eventuell dem Ausstande anschließen. Die Lage ist für die Unternehmer sehr ernst geworden.

**Die Maurer Posens** sind von den Unternehmern auf die Straße geworfen worden, weil sie sich geweigert haben, einer von den Unternehmern vorgeschlagenen Verlängerung des jetzigen Tarifs auf zwei Jahre zuzustimmen. Die Maurer wollen den Tarif nur noch für ein Jahr verlängert wissen. — Am Sonnabend wurde den Angehörigen des Zentralverbandes, des christlichen Verbandes und des Hirsch-Dunckerschen Verbandes erklärt, daß am Montag nur diejenigen anfangen dürften, die ein Verbandsbuch des polnischen Verbandes vorzeigen könnten! — Während nun die 1250 Mitglieder der übrigen Verbände ausgeschlossen sind, fallen ihnen tatsächlich die Mitglieder des polnischen Verbandes in den Rücken!

**Lederarbeiter!** In Magdeburg sind am Sonnabend sämtliche Weißgerber ausständig geworden, da der alte Vertrag abgelaufen war und der Abschluß eines neuen Vertrages wegen des Verlangens nach der 9½stündigen Arbeitszeit an der ablehnenden Haltung der Unternehmer scheiterte. Desgleichen sind die Weißgerber der Firma Schüler in Burg bei Magdeburg am Sonnabend ausständig geworden, ebenfalls weil keine neue Vereinbarung mit der Firma möglich war. — Zuzug von Weißgerbern nach beiden Orten ist streng fernzuhalten. Der Verbandsvorstand.

**Ein schwerer Kampf** ist im Maler- und Lackierergewerbe zu Königsberg ausgebrochen. Am Sonnabendabend sind sämtliche Maler- und Lackierergehülfen, die nicht Mitglieder des Streikbrecherverbandes sind, **ausgesperrt** worden. Die Maler stellten Ende vorigen Jahres neue Lohnforderungen auf und kündigten den alten Vertrag; sie verlangten 50 Pf. Minimallohn pro Stunde für Maler und 45 Pf. für Anstreicher. Die Arbeitgeber arrangierten eine Machtprobe; die Maler waren im Zentralverband gut organisiert, und das war ihnen ein Dorn im Auge. Sie gründeten selber eine Gehülfenorganisation. Mit aller Offenheit haben sie das in den bürgerlichen Blättern verkündet. In dieser „Vereinigung" sind notorische Streikbrecher und ähnliche Leute. Damit aber noch nicht genug. Die Arbeitgeber gingen mit ihren Schützlingen zum Gewerbegericht und schlossen hier einen Vertrag ab. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts ließ sich zu diesem Akt herbei; er hat es ja gar nicht für nötig erachtet, die Leute zu fragen, ob sie auch die Mehrzahl ihrer Kollegen hinter sich haben. Nun dekretierten die Meister: alle werden ausgesperrt und nur die können Beschäftigung finden, die nachweisen, daß sie auch Mitglieder des von ihnen gegründeten Lokalvereins sind. Wer diesem Verbande nicht angehört, mag verhungern. Natürlich ist jetzt auch die Antwort des Zentralverbandes erfolgt. Er beschloß am Sonntagmittag in geheimer Abstimmung, in einen Abwehrstreik zu treten und den Kampf nicht eher aufzugeben, bis der Sieg an seine Fahne geheftet ist. Zu bemerken ist noch, daß dem Streikbrecherverein etwa 50 Personen angehören. — Während die Maler 50 Pf. pro Stunde verlangen, hat der Verein der Meister sich mit 45 Pf. pro Stunde begnügt.

**Die Lohnbewegung der Kölner Stukkateure** ist durch die Unterzeichnung eines sofort in Kraft tretenden neuen Tarifs nach langwierigen und erregten Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts beendet worden. Es wurde u. a. vereinbart: Die Arbeitszeit währt für Stukkateure und Fassadenputzer vom 1. März bis 1. November von morgens 7 bis 12 Uhr, von nachmittags 2 bis 6 Uhr; die Frühstückspause dauert eine halbe Stunde. Die tatsächliche Arbeitszeit beträgt also 8½ Stunden. In den vier übrigen, den Wintermonaten dauert die Arbeitszeit von 8 bis 12 und von 12½ bis 5 Uhr. Für die Werkstättenarbeiter wurde die Arbeitszeit ebenfalls auf 8½ Stunden ohne Festlegung des Beginns und Endes bemessen. Der Tagelohn soll bei der Bezahlung die Regel bilden. Der Mindestlohn beträgt für Stukkateure und Fassadenputzer sofort 6 M., vom 1. April kommenden Jahres an 6,25 M., für Werkstättenarbeiter 5,50 M. bezw. 5,75 M. Es ist unzulässig, andere als die tariflich festgelegten Akkordsätze zu vereinbaren. Es wird eine Schlichtungskommission von drei Unternehmern und drei Arbeitern eingesetzt, die den Gewerbegerichtsvorsitzenden als Obmann hinzunimmt, wenn eine Einigung nicht erreicht wird. Der Tarif gilt zwei Jahre. — Die Kölner Stukkateure gehören fast sämtlich dem Verbande an.

**Die Maurer und Bauhülfsarbeiter** in Ahrweiler (Rheinpr.) sind in den Ausstand getreten. Die freien Gewerkschaften fordern für Maurer 43 Pf., für Hülfsarbeiter 33 Pf. Stundenlohn, der „christliche" Verband 40 und 32 Pf. Da Verhandlungen mit dem neuen Arbeitgeber-Verband für das Ahrtal ohne Ergebnis blieben, legten zuerst die Mitglieder der freien Gewerkschaften, Tags darauf auch die „christlich" Organisierten die Arbeit nieder. Es ist wahrscheinlich, daß der Ausstand auf andere Orte überspringt.

**Die Schneider** stehen in Rheinland und Westfalen in folgenden Orten in Lohnbewegungen: Aachen, Berg.-Gladbach, Bochum, Dortmund, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Koblenz, M.-Gladbach, Mülheim a. d. Ruhr und Oberhausen. Zuzug nach allen diesen Orten ist fernzuhalten.

**Zehntausend sächsische Metallarbeiter vor der Aussperrung!**

In der Nähmaschinenfabrik von Biesoldt u. Locke in Meißen haben 80 Monteure die Arbeit niedergelegt, weil ihnen von seiten der Firma das Organisations- und Koalitionsrecht abgesprochen wurde. Der Verband der Metallindustriellen der Kreishauptmannschaft Dresden erklärte sich mit der Firma solidarisch und beschloß in einer Sitzung vom 26. März die Ausschließung zunächst aller organisierten Metallarbeiter am 4. April, wenn die in den Ausstand getretenen 80 Monteure die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätten. Die Streikkommission hat den Metallindustriellen ihre Forderungen in vier Punkten unterbreitet, in welchem 1. von der Firma Biesolt u. Locke Anerkennung der Organisation, 2. Gewährung des freien Koalitionsrechtes, 3. gleiche Behandlung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter und sowie 4. allmähliche Wiedereinstellung sämtlicher Streikenden nach Bedarf verlangt wird, mit der Maßgabe, daß fremde Arbeiter nicht eingestellt werden, solange noch ein Arbeiter der gewünschten Branche auf seine Wiederanstellung wartet. In neun von mindestens 30 000 Arbeitern besuchten Metallarbeiterversammlungen, die am Sonnabend in Dresden und Umgegend stattfanden, wurde mitgeteilt, daß in letzter Stunde die Firma Biesoldt u. Locke sich bereit erklärt habe, die Punkte 1—3 anzuerkennen. Den Punkt 4 verwirft sie und erklärt sich nur zur allmählichen Wiederanstellung der Hälfte der verheirateten Arbeiter bereit. Das Streikkomitee weist diesen Vorschlag zurück und da die Firma Biesoldt u. Locke in obigem Vorschlage ein Ultimatum gestellt hat, hat es nicht den Anschein, als könnte die Aussperrung aller organisierten Arbeiter der Kreishauptmannschaft Dresden verhindert werden. Alle neun Versammlungen erklärten sich mit den Streikenden solidarisch und nahmen mit Entrüstung Kenntnis von dem bevorstehenden frivolen Gewaltakt der Metallindustriellen, welcher viele Tausende Metallarbeiter aufs Straßenpflaster wirft und somit brotlos macht, die mit dem Streik der Monteure bei der Firma Biesoldt u. Locke nicht das geringste zu tun haben. Die Versammelten sprachen den Streikenden ihre volle Sympathie aus und erwarten, daß sie nach wie vor zusammenhalten, bis ihre gerechte Sache den Sieg davon getragen hat und die Unternehmer das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkennen. Die angedrohte Aussperrung ist hierdurch unvermeidlich.

**Die Seeleute Hamburgs** sind in den Ausstand getreten. Sie fordern: für Bootsleute 80—90 M., Zimmerleute 80—95 M., Quartermeister 75 M., Matrosen 70 M., Leichtmatrosen 40 bis 45 M., Oberheizer 90 M., Heizer 80 und Trimmer 70 M. Diese Sätze gelten für transatlantische und große Küstenfahrten, während die Minimalheuersätze für Nord- und Ostseefahrten um etwa 5 M. pro Monat geringer sein sollten. — Um diese bescheidenen Lohnsätze müssen die täglich in Ausübung ihres Berufes dem Tode ins Auge schauenden seemännischen Arbeiter einen erbitterten Kampf führen! Für Ueberstunden, für die gewöhnlich, um sich vor der Bezahlung zu drücken, der Begriff „Notarbeit" konstruiert wird, werden ganze 40 Pf. verlangt. — Die seither bezahlten Heuern für Matrosen betragen 60—65, die für Heizer bis 75 M. usw. — Einige Reedereien, die sich dem Machtgebot des Reedervereins nicht beugen, suchen unter der Hand zu verhandeln, doch bestehen die Seeleute auf der Verhandlung mit der Organisation, da sie nicht willens sind, sich über den Löffel barbieren zu lassen.

**Vom Ortsverband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zu Nürnberg** erhalten wir folgende Zuschrift:

1. Es ist unwahr, daß uns oder einem unserer Ortsvereine zusammen mit den Christlichen von der Direktion der Siemens-Schuckert-Werke oder sonst von jemand 6000 Mark angeboten wurden.

2. Ebenso unwahr ist, daß irgend jemandem von unserer Organisation durch die Direktion der Siemens-Schuckert-Werke oder sonst von wem ein derartig schmähliges Anerbieten, wie die Gründung einer gelben Gewerkschaft a la Augsburg, gemacht, oder daß eine solche Tat durch jemand von uns geplant wurde.

Der Ortsverband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Nürnberg.
Im Auftrage: Käfer, Vorsitzender.

Die Berichtigung bezieht sich auf eine Notiz in unserer Freitagsnummer, wo berichtet war, daß eine derartige Mitteilung in einer Streikversammlung der Siemens-Schuckert-Arbeiter gemacht worden sei.

**Ausland.**

**Von einem Streikbrecher ermordet!**

Die demonstrierenden Kaffeehauskellner in Toulon gerieten in Konflikt mit den Arbeitswilligen. Dabei wurde einer der Ausständigen von einem Streikbrecher durch einen Dolchstich tödlich verletzt.

**Der amerikanische Riesenausstand!**

Infolge der von der Verbandsleitung ausgegebenen Anweisung, die Arbeit bis zur Regelung der mit den Grubenbesitzern schwebenden Streitigkeiten ruhen zu lassen, sind gestern etwa **eine halbe Million Grubenarbeiter** in Ausstand getreten. Man nimmt an, das bis Ende der Woche etwa 100 000 Mann in denjenigen Bezirken, wo einzelne Grubenbesitzer die Bedingungen der Lohnskala von 1903 anzunehmen bereit sind, die Arbeit wieder aufnehmen werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Ausdehnung des Streiks im Braunkohlenrevier.**

**Zeitz**, 2. April. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Der Streik im Braunkohlenrevier hat **eine weitere Ausdehnung erfahren.** Die Braunschweiger Reviere, Halle-West und Königreich Sachsen haben sich der Bewegung angeschlossen. **Die Gesamtzahl der Streikenden beträgt nunmehr über 5000.**

**Der Kaiser und die deutschen Bergarbeiter.**

**Krefeld**, 2. April. In das Festprogramm anläßlich der Ueberführung der Tanzhusaren war auch eine Vorstellung der deutschen Rettungsmannschaften bei der Katastrophe von Courrières vorgesehen. Wolffs Telegraphenbureau berichtet darüber:

„Auf dem großen **Kasernenhof** hatten sich die bei den Rettungsarbeiten in Courrières tätig gewesenen Bergleute aufgestellt. **Der Kaiser ritt zu ihnen heran,** ließ sich die Namen jedes einzelnen nennen und hielt dann folgende Ansprache:

Ich habe **Euch** hierher kommen lassen, um **Euch** im Namen des gesamten Vaterlandes meinen herzlichsten Dank, meine Bewunderung und meine Anerkennung auszusprechen für die Tat, die **Ihr** ausgeführt habt. **Ihr** habt bewiesen, daß es über die Grenzpfähle hinaus etwas gibt, das die Völker verbindet, welcherlei Rasse sie auch seien, das ist die Nächstenliebe. **Ihr seid diesem Gebote der Lehren unseres Heilandes gefolgt, daß sich das bei deutschen Bergleuten von selbst versteht,** brauche ich nicht zu sagen. Trotzdem hat es uns alle herzlich gefreut, darum danken wir **Euch** für **Eure** Aufopferung, und vor allem für die Todesverachtung, mit der **Ihr** für fremde Brüder unter die Erde gestiegen seid. Daß es **Euch** nicht beschieden war, noch Lebende zu retten, mag **Euch** nicht betrüben. Die Apparate, die **Ihr** zurückgelassen habt, haben dazu beigetragen, daß noch Lebende an die Oberfläche gebracht werden konnten. Als Andenken für **Eure** wackere Tat habe ich beschlossen, **Euch** am heutigen Tage Auszeichnungen zu verleihen, die ich **Euch** hiermit überreiche."

Jedem einzelnen wurde danach sein Orden überreicht; für die höheren Beamten gab es Kronen- und Adlerorden, für die Arbeiter, ihrem „Range" entsprechend, das Allgemeine Ehrenzeichen.

**Der Metallarbeiterausstand in Hannover.**

**Hannover**, 2. April. (W. T. B.) **Die Ausstandsbewegung hat sich nunmehr auch auf die Drahtwarenindustrie ausgedehnt.** Die Arbeiter der Firmen Grünn u. Ko., sowie Hentschel u. Jöhbs und Dittrich **beschlossen einstimmig, heute die Arbeit niederzulegen.**

**Hafenarbeiterstreik.**

**Fiume**, 2. April. (W. T. B.) **Die Hafenarbeiter sind im Ausstande.** Die Arbeitgeber erklären durch Plakate, daß, **falls bis zum 4. April die Arbeit nicht wieder aufgenommen würde, sie ihre Betriebe schließen würden.**

**Versuchter Anschlag auf einen Bahnzug.**

**Lille**, 2. April. (W. T. B.) Heute morgen entdeckte ein Bahnbedienter in der Nähe des Bahnhofes Saint Baast la Haute, **daß eine Schiene und eine Schwelle aufgerissen war; dicht dabei befanden sich drei untereinander mit einer verbrannten Bergmannslunte verbundene Dynamitpatronen,** welche offenbar nur infolge eines Zufalles nicht explodiert waren. Truppen erhielten Befehl, das Bahngleise sorgfältig zu überwachen.

**Bombenfund.**

**Toulon**, 2. April. (W. T. B.) In einem Zimmer der **Unterpräfektur** wurde heute mittag eine Bombe gefunden.

**Versuchtes Attentat.**

**Sumy**, Gouvernement Kurks, 2. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute wurde der Versuch, das Gebäude der Société du Credite Mutuel **in die Luft zu sprengen, entdeckt.** Eine Bombe war in einen Ofen des Vorzimmers gelegt. Ein Diener bemerkte die brennende Zündschnur. Von den Uebeltätern fehlt jede Spur.

**Vom Bergarbeiterstreik in Amerika.**

**Pittsburg**, 2. April. (W. T. B.) **Die Kohlengesellschaft bewilligte ihren Arbeitern die erhöhte Lohnskala von 1903. Die Lohn**steigerung tritt **sofort in Kraft;** sie betrifft **23 000 Mann.**

**Pittsburg**, 2. April. (W. T. B.) Die von der Kohlengesellschaft ihren Arbeitern bewilligte Lohnerhöhung beträgt 5,55 Proz. über die jetzige Rate. **Zehn andere Gesellschaften haben das gleiche Zugeständnis gemacht.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

# Reichstag.

82. Sitzung, Montag, den 2. April, 11 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Einem.

Die zweite Beratung des **Militäretats** wird **fortgesetzt.**

Beim Kapitel „Militärintendanturen" ersucht

Abg. **Werner** (Ant.) Besserstellung der Intendantursekretäre, welche zurzeit hinter den Postsekretären zurückstehen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Militärjustiz" protestiert

Abg. **v. Normann** (k.) gegen die seitens des Abg. Zubeil gegen den verstorbenen Hauptmann Grafen Roon ausgesprochenen Vorwürfe: Ich war zu jener Zeit, 1876, Adjutant in Guben und kannte den Grafen als angesehene und wohlwollende Persönlichkeit. Namentlich ist der in den Worten des Abg. Zubeil liegende Vorwurf der Feigheit empörend, da Graf Roon bei Spichern verwundet wurde und das Eiserne Kreuz zweiter und erster Klasse bekommen hat. (Beifall rechts.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Geldverpflegung der Truppen" beantragt die Budgetkommission, die Zulage für die patentierten Oberstleutnants auf die der Infanterie (einschließlich Jäger und Schützen) sowie des Ingenieur- und Pioniertorps zu beschränken.

Abg. **v. Normann** (k.) kündigt für die dritte Lesung einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage an, und verzichtet trotz schwerer Bedenken auf Widerspruch gegen die von der Regierung geforderte Reitschule.

Abg. **Held** (natl.) wünscht, daß die Offiziere nicht zu lange in den kleinen Garnisonen gelassen werden, weil ihnen sonst die notwendigen Reisen in größere Städte besondere Unkosten machen und weil ihre geistige Entwickelung zum Höheren darunter leiden muß. Ferner müßten in den kleinen Garnisonen Offiziers-Wohnhäuser errichtet werden. Das Reich darf doch nicht bloß für Arbeiter-Wohnhäuser Geld haben!

Abg. **Roeren** (Z.): Als man vor zwei Jahren die Stellenzulagen für die Oberstleutnants der Infanterie forderte, begründete man die Forderung mit den ungünstigeren Avancementsverhältnissen der Infanterie gegenüber der Kavallerie. Jetzt aber kommt man und fordert für die Kavallerie und Artillerie dieselben Zulagen. Ich bitte, den Antrag Normann abzulehnen und es bei den Beschlüssen der Kommission zu belassen. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Bedenken gegen die Militärreitschulen sind von den verschiedensten Seiten geltend gemacht worden, speziell auch Bedenken gegen Reitschulen in kleinen Garnisonen. Eine kleine Garnison ist immer eine gewisse Gefahr, aber eine solche Gefahr muß für eine große Anzahl ganz junger Leute, die da zu einem bestimmten Zweck zusammengebracht werden, ganz erheblich verstärkt werden. Die jungen Leute müssen da auf alle möglichen Geschichten verfallen, die weder für ihre militärische, noch für ihre moralische Ausbildung zweckdienlich sind. Der Spielteufel wird in einem außerordentlich hohem Maße seine Opfer fordern. Ich kann mich dabei auf das Urteil eines Offiziers berufen, der mir erklärt hat, er halte die sittlichen Gefahren in den in Aussicht genommenen Orten, und zwar auch in Paderborn, für außerordentlich hoch. Ich kann auf die Einzelheiten, die mir dieser Offizier mitgeteilt hat, nicht eingehen. Er weist jedoch darauf hin, daß selbst an der Reitanstalt in Hannover die **Spielwut** unter den Offizieren **noch nicht ausgerottet** ist. Nach dem großen Prozeß von 1894/96 hat die Spielwut allerdings geruht. Seitdem ist sie aber wieder im Steigen begriffen, und jetzt soll sie blühen, wie nie. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Ausführungen meines Gewährsmannes stehen ja in vollkommener Uebereinstimmung mit denjenigen Bedenken, die von Vertretern aller möglichen Parteien gegen die Verlegung von Reitschulen in kleine Orte geltend gemacht sind. Auch Paderborn würde davon keine Ausnahme machen. Ich verstehe es an sich gar nicht, warum, wenn die Reitschulen in Sorau, Sprottau usw. fallen gelassen sind, nun gerade die Forderung der Reitschule in Paderborn bestehen bleiben soll. Aber ich glaube den Grund dafür zu kennen. Es zeugt von einer großen taktischen Geschicklichkeit des Kriegsministers, daß er sich bei dieser Gelegenheit der episkopalen Denkungsart des Zentrums erinnert hat. (Große Heiterkeit.) Ich kann mir denken, daß die Herren vom Zentrum glauben, daß, wenn auch in den anderen kleinen Garnisonen Gefahren für junge Leute vorhanden sind, unter dem Schutze des Krummstabes jedermann gegen die Verleitung zum Jeu gefeit ist. (Heiterkeit.) Aber dieser Hinweis kann doch für die anderen Parteien nicht maßgebend sein. Wir glauben nicht, daß der Bischof und die etwaigen Manns- und Nonnenklöster in Paderborn imstande sind, die jungen Leute vor sittlichen Gefahren zu schützen. (Heiterkeit.) Meine Freunde sind allerdings überzeugt, daß die sittliche Gefahr bestehen bleiben wird, sie mögen die Reitschulen hinlegen, wohin sie wollen. Ueberall wiederholen sich die Gefahren der Reitschule von Hannover. Gegenwärtig werden in Deutschland planmäßig und systematisch die jungen Offiziere von allen anderen Gesellschaftskreisen fernzuhalten gesucht. Der bunte Rock wird von der höchsten Stelle der Armee als etwas ganz besonderes gepriesen. Das muß den jungen Leuten, die nicht in der Lage sind, Worte des obersten Kriegsherrn kritisch zu betrachten, die Meinung einflößen, sie seien etwas Besseres. Schlimmer als in irgend einem anderen Lande der Welt ist der Offiziersdünkel bei uns in Deutschland, wenigstens in Norddeutschland. Dadurch muß aber eine Verengerung des Gesichtskreises und eine sittliche Verkümmerung, im besten Falle wenigstens eine fachmännische Verspießelung eintreten. Wenn Sie junge Leute von einer verhältnismäßig gleichmäßigen und nicht sehr hoch stehenden Bildung in den Reitschulen zusammenbringen, dann wird sich unter ihnen bald eine Act communis opinio dahin bilden, daß Wein und Weib, Würfel- und Kartenspiel und natürlich die Pferde das einzig Interessante auf der Welt sind. Ich fordere Sie daher auf, die Position der Reitschule in Paderborn abzulehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister **von Einem:** Sie werden mir nachfühlen können, welche Freude es mir bereitet hat, daß der Abg. Ledebour mir eine gewisse Anerkennung ausgesprochen hat. Er hat mir ein besonderes taktisches Meisterstück zugetraut. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, er hat den Etat nicht gelesen, sonst wüßte er, daß mir keine andere Stadt zur Verfügung stand, um schon in diesem Jahre eine Reitschule zu errichten, als Paderborn. Ich besitze nämlich bereits in Paderborn eine Kaserne. Das ist der einzige Grund, der für diesen Ort gesprochen hat. Der Abg. Ledebour wünscht Reitschulen lieber in der Nähe großer Garnisonen. Ich hoffe deshalb, er wird mir Truppenübungsplätze bei größeren Städten bewilligen, damit ich in einigen Jahren dorthin auch Reitschulen legen kann. Darum möchte ich gebeten haben.

Abg. Graf **Oriola** (natl.): Ich fürchte, der Herr Abg. Ledebour wird auch Reitschulen in großen Garnisonen ablehnen. — Ich habe ein Gefühl des Mißbehagens und des Unmuts bei der Rede des Herrn Abg. Ledebour gehabt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, meine Herren, es ist tief bedauerlich, daß hier im deutschen Reichstage derart von dem deutschen Heere und dem deutschen Offizierkorps gesprochen wird. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Zu behaupten, daß die deutschen Offiziere nur für Weiber, Wein und Würfel Sinn haben, bringt nur jemand fertig, der nicht die Gelegenheit und die Ehre gehabt hat, mit deutschen Offizieren zu verkehren. (Abg. v. Normann mit sehr lauter Stimme: Sehr richtig!) Mir fehlen die parlamentarischen Ausdrücke, um die Ausführungen des Abg. Ledebour gebührend zu kennzeichnen. (Lachen bei den Sozialdemokraten, lauter Beifall rechts.)

Abg. Frhr. **v. Hertling** (Z.): Die ernstesten sachlichen Gründe haben uns zur Bewilligung der Reitschule in Paderborn bewogen, nicht etwa der Umstand, daß Paderborn Bischofsstadt ist. Wenn der Abg. Ledebour den Bischof von Paderborn mit der Reitschule in Verbindung gebracht hat, so kann das nur in der Absicht geschehen sein, sowohl die Reitschule wie den Bischof lächerlich zu machen. Dagegen müssen wir auf das entschiedenste protestieren.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) hält die Bedenken, welche von rechts wie von der äußersten Linken gegen die Reitschulen ausgesprochen sind, nicht für stichhaltig: Junge Leute aus allen Berufen werden zur Ausbildung für kurze Zeit in kleine Städte geschickt, warum nicht auch die Leutnants.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Wenn der Kriegsminister v. Einem gemeint hat, meine politischen Freunde würden Truppenübungsplätze in der Nähe größerer Städte bewilligen, damit man dann dort auch Reitschulen erbauen könne, so muß ich ihm erwidern, daß wir die Forderung solcher Truppenübungsplätze ebenso ablehnen würden, wie die der Reitschulen. Ich habe nur gesagt, wenn Reitschulen überhaupt nötig sein sollten, so würden sie besser in größere Orte verlegt. Die technischen Angaben, die ich gemacht habe, rühren nicht von mir her, sondern sind mir von einem Offizier mitgeteilt worden. Ich habe das nachdrücklich betont (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), weil ich mir bei den Gepflogenheiten gewisser Redner dieses Hauses schon dachte, daß sonst mir jemand sagen würde: was verstehst du denn davon? (Lebhaftes Sehr richtig! rechts. Heiterkeit.) Zu meinem großen Erstaunen hat der Abg. Dr. Müller-Sagan das Bedenken, daß kleine Orte zu sittlichen Gefahren Anlaß geben, nicht anerkennen wollen. Wir haben im vorigen Jahre doch eine große Debatte darüber gehabt, und damals ist Abg. Dr. Müller-Sagan nicht für die kleinen Garnisonen eingetreten. Wenn der Abg. Frhr. v. Hertling mit großer Entrüstung, ja geradezu in beleidigender Weise dagegen protestiert hat, daß ich auf den episkopalen Charakter Paderborns hingewiesen habe, so war zu einer solchen Entrüstung der Vertreter der Zentrumspartei nicht berechtigt. Denn die Zentrumspartei betrachtet jede politische Frage nach allgemeiner Ueberzeugung unter dem konfessionellen Gesichtspunkte. Von dieser Auffassung der Zentrumspolitik werden mich die Beleidigungen des Herrn v. Hertling nicht abhalten. Daß Abgeordneter Graf Oriola jede Kritik des Militärs schmerzlich empfindet, beweist nur, daß er in einen phantastischen Hurrapatriotismus hineingeraten ist. Graf Oriola hat auf die sozial hohe Stellung der Offiziere hingewiesen. Aber gerade darin liegt doch die Exklusivität, die wir für gefährlich halten. Es gehört doch eine ganz eigenartige sittliche Verfassung dazu, sich für höher zu halten als andere Menschen. Mir haben freilich Offiziere sehr nahe gestanden, die von einer so dünkelhaften Auffassung weit entfernt waren. Wer die Exklusivität bekämpft, leistet auch der Landesverteidigung die besten Dienste; denn der exklusive Geist hat zur Schlacht bei Jena geführt. (Händeklatschen auf der Tribüne.)

Vizepräsident **Paasche:** Es ist nicht üblich, in diesem Hause zu klatschen. (Zuruf: Es war auf den Tribünen!) Wenn das Klatschen auf der Zuschauertribüne nicht unterbleibt, werde ich die Tribünen sofort räumen lassen.

Abg. **Ledebour** (Soz., schließend): Daß die Exklusivität an der Schlacht von Jena schuld hat, ist zu jener Zeit von den hervorragendsten Staatsmännern anerkannt worden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister **v. Einem:** Ich will dem Abg. Ledebour den Glauben nicht rauben, daß die Exklusivität des preußischen Offizierkorps die Armee nach Jena geführt hat. Ich halte diese Ansicht für falsch. Das preußische Offizierkorps ist ein unterdrücktes gewesen 1806. Man lese die lehrreiche Studie des Freiherrn v. d. Goltz im letzten Hefte der „Deutschen Rundschau". Vorgestern habe ich lediglich davon gesprochen, daß wir uns diejenige soziale Geltung wahren wollen, die wir bis jetzt haben. Keiner von uns glaubt ein vornehmeres Wesen zu sein. Unsere Standesehre besteht in der treuen Erfüllung unserer Pflichten. Wir wollen nur dahin trachten, daß jeder von uns ein Gentleman ist. Wir fordern Achtung vor uns und gewähren jedem Bürger vollständig die Achtung, die er zu fordern hat. Der Geist, in dem jeder Offizier im Offizierkorps erzogen wird, ist der Geist der Königstreue, der Vaterlandsliebe und der Pflichterfüllung. (Bravo! rechts.)

Abg. **v. Oldenburg** (k.): Das deutsche Offizierkorps geht nicht aus dem Unteroffizierkorps hervor, wie in anderen Ländern; darauf beruht der Glanz und die Tüchtigkeit des deutschen Offizierkorps. Daß die Exklusivität des deutschen Offizierkorps nicht zur geistigen Verarmung führt, beweisen unsere Siege in den letzten Kriegen und die Ausbildung der türkischen und japanischen Armeen durch deutsche Offiziere. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.): Daß die Exklusivität des preußischen Offizierkorps zu den Niederlagen von 1806/7 mit beigetragen hat, ist zweifellos. Darüber sind die Akten längst geschlossen. Mit den Ausführungen des Herrn Ledebour über die Gefahren der kleinen Garnisonen bin ich ja ganz einverstanden; hier handelt es sich aber nicht darum, sondern nur um die Einrichtung einer Lehranstalt an einem kleinen Ort, der in der Nähe eines Truppenübungsplatzes liegt.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag **v. Normann** (kons.) ist zurückgezogen.

Der Antrag der Budgetkommission wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Beim Titel „**Militärärzte**" ist von der Kommission eine Zulage der patentierten Generaloberärzte gestrichen.

Abg. **Roeren** (Z.) beantragt Wiederherstellung dieser Forderung.

Abg. **Rimpau** (natl.) wendet sich dagegen, daß Militärärzte Zivilisten unlautere Konkurrenz machen.

Generalmajor **Sixt v. Arnim** erklärt, daß das auch die Auffassung der Militärbehörde sei.

Abg. **Bebel** (Soz.):

In der „Welt am Montag" hat am 15. Dezember 1904 der praktische Arzt Dr. Hartwich einen offenen Brief an den Kriegsminister gerichtet, in dem er verlangt, daß jeder eingestellte Rekrut einen Schein vom Heimatsarzt über seinen Gesundheitszustand mitbringe und die er auch beim Abgange vom Militär genau untersucht werde. Er ist zu diesem offenen Brief dadurch gekommen, daß ihm in einem Falle von der Militärbehörde mitgeteilt worden war, daß ein Zivilarzt kein Recht hätte, in militärischen Angelegenheiten irgend ein Zeugnis auszustellen. Er macht darauf aufmerksam, daß es mehrfach vorgekommen sei, daß junge Leute zum Militär ausgehoben wurden, daß nach seiner festen Ueberzeugung vollständig unbrauchbar zum Militärdienst waren. So wurde ein junger Mann, den er seit acht Jahren aus seiner ärztlichen Praxis kannte, zur Ueberraschung des Arztes für militärtauglich erklärt. Kurze Zeit darauf stellte sich ein Herzfehler heraus und der junge Mann mußte entlassen werden. Mir sind noch eine ganze Reihe solcher Fälle bekannt, die beweisen, daß bei der Aushebung der jungen Leute seitens der Militärärzte oftmals nicht die erforderliche Aufmerksamkeit angewandt wird. Wenn die Leute dann entlassen werden müssen, so ist die Folge, daß ihnen von der Militärbehörde eine Pension gezahlt werden muß. Ein junger Mann namens Walter Eggebrecht wurde für militärtauglich erklärt, trotzdem er bereits wegen Schwindsucht in einer Lungenheilanstalt gewesen und ein Jahr lang von einem Arzt als lungenkrank behandelt wurde. Der Arzt schrieb darauf an die Obererfatzkommission und setzte ihr den Zustand des Eggebrecht auseinander. Das Schreiben wurde dem jungen Manne mit dem Bemerken zurückgestellt, daß eine Untersuchung gegen die Entscheidung der Obererfatzkommission ausgeschlossen sei. Durch diesen Bescheid wurde der Arzt schwer geschädigt, denn Eggebrecht erzählte nun im ganzen Orte herum, daß der Arzt ihn für schwerkrank erklärt habe, während er doch ganz gesund sei. Kurze Zeit darauf aber mußte er als dienstuntauglich entlassen werden. Eine erhebliche Anzahl junger Leute wird nach einiger Zeit beim Militär für invalide erklärt. Ein Arzt bemerkt darüber in einem Briefe, den ich gestern erhielt: „**Jeder Gaul wird sorgfältig besichtigt; Menschenfleisch ist billiger.**" Ein besonders drastischer Fall ist folgender: In Heilbronn verübte ein Soldat Selbstmord infolge von Mißhandlungen. Er hatte aus der Schule die allerbesten Zeugnisse, hatte aber zwei Fehler, das oberste Gelenk seines rechten Zeigefingers war steif und er war auf dem rechten Auge stark kurzsichtig. Man fragt sich, wie er unter diesen Umständen überhaupt zum Militär konnte genommen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß es solchen Leuten, die beim Militär erkranken und als dienstuntauglich entlassen werden, **meist sehr schwer gemacht wird, in den Besitz der ihnen zustehenden Pension zu gelangen.** Sie werden durch Drohungen aller Art, daß man sie noch wochenlang im Lazarett zurückbehalten werde, gezwungen, einen Revers zu unterschreiben, wonach sie auf alle Ansprüche vom Militär verzichten und hinterher ist es ihnen dann kaum möglich, auch nur einen Pfennig Entschädigung zu bekommen. Ich bekomme alle Jahre Dutzende solcher Zuschriften. Man sollte die jungen Leute über die Bedeutung dieses Reverses aufklären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Anschwellen des Pensionsfonds erfolgt nicht durch die Pensionen an die Soldaten, sondern durch die Häufung der hohen Pensionen, die an Offiziere gezahlt werden müssen, welche als vollständig leistungsfähig entlassen werden. Einem Offizier ist es kinderleicht, seine Pension voll zu erhalten, wenn er nur ein Zeugnis beibringt, daß er nicht mehr voll erwerbsfähig sei. Dem einfachen Soldaten aber werden die größten Schwierigkeiten in dieser Hinsicht gemacht. So wurde einem Soldaten, der freiwillig nach China gegangen war, und sich dort im Feldzuge eine Kniegelenkkrankheit zugezogen hatte, jede Pension ausgeschlagen, weil die Militärbehörde ihn für gesund erklärte, während er doch nicht in der Lage war, seinen früheren Beruf auszuführen. Nun steht der Mann, der, wie er selbst sagt, mit Freuden Soldat gewesen ist, und die Strapazen des Krieges geduldig ertragen hat, als Krüppel da, ohne auch nur einen Pfennig vom Militär zu erhalten. Hier muß gründlich Remedur geschaffen werden. In dieser ganzen Art der Behandlung kranker Soldaten beim Militär muß gründlich Remedur geschaffen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Roeren wird angenommen.

Beim Titel „Beamten und Unterzahlmeister" wünscht

Abg. **Werner** (Ant.) Besserstellung der Büchsenmacher.

Generalmajor **Sixt von Arnim** erklärt, sie seien schon besser gestellt, wenigstens die Oberbüchsenmacher.

Abg. Graf **Oriola** (natl.) tritt für Aufbesserung der Militärkapellmeister ein.

Abg. **Bruhn** (Ant.) rügt, daß Militärkapellen in Warenhäusern Konzerte geben und damit die Reklame dieser Warenhäuser unterstützen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Naturalverpflegung" tadelt

Abg. **Froelich** (Antis.), daß die bayrische Militärverwaltung die Selterwasserfabrikanten und Händler schädige, indem sie selbst diese Fabrikation betreibe, nur um den Soldaten das Selterwasser ein paar Pfennige billiger zu geben. Dazu kommt, daß, wie er aus seiner eigenen Erfahrung als Selterwasserfabrikant wisse, diese Fabrikation für die Arbeiter sehr gefährlich sei.

Bayrischer Bundesratsbevollmächtigter General **Gebsattel:** Zur Selterwasserfabrikation ist noch nie ein Soldat kommandiert worden. Uebrigens hat die militärische Zentralbehörde mit dieser ganzen Sache nichts zu tun.

Nach einer weiteren kurzen Erwiderung des Generalmajors **Gallwitz** schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Mieten für Kasernen und Zubehör" beantragt die Kommission die Streichung der Forderung einer Kaserne in Sprottau.

Abg. **Kirsch** (Z.) wünscht nähere Auskünfte über Kasernierungen, insbesondere in bezug auf Düsseldorf.

Generalmajor **Gallwitz** erklärt, daß bei der Verlegung von Truppenteilen die bisherigen Kasernen zweckdienlich verwendet werden.

Nach nochmaligen Ausführungen des Abg. **Kirsch** (Z.) und des Generalmajors **Gallwitz** wird der Titel in der Kommissionsfassung bewilligt.

Beim Titel „Uebungsplätze" wünscht

Abg. **v. Böhlendorff-Kölpin** (k.) eine Erhöhung der Forderung für das nächste Jahr, insbesondere in bezug auf die Garnisonen in kleinen Orten der Mark Brandenburg.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Servis" wird ein Antrag Frhr. **v. Hertling** (Z.) angenommen, nach dem die Serviszulage spätestens mit dem 31. März 1912 fortfallen soll.

Beim Kapitel „Militärmedizinalwesen" tritt

Abg. **Froelich** (Ant.) dafür ein, daß allen Lazarettinspektoren Hülfskräfte zu ihrer Entlastung beigegeben werden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Pferdebeschaffung" bringt

Abg. **Merten** (frs. Vp.) einen Einzelfall zur Sprache, in dem ein Schmiedemeister zu einer hohen Haftpflicht verurteilt wurde und dadurch an den Rand des Ruins gekommen ist: Ein Militärpferd, welches zu ihm am Zügel geführt wurde, hatte einem Handelsmanne den Arm zertrümmert. Entsprechend einer irrtümlichen, aber im Volke weit verbreiteten Rechtsanschauung glaubte der Schmiedemeister, der Militärfiskus sei haftbar und prozessierte lange. Er wurde aber verurteilt. Seine Kosten beliefen sich auf 1000 Mark. Durch Verfügung der Heeresverwaltung wurden ihm 160 Mark zugesprochen. Der Geschädigte dankt für diese Gabe. Doch steht diese in keinem richtigen Verhältnis zu der Schädigung. Der Mann hat sein bestes Vieh verkaufen müssen, ohne seine Schuld decken zu können. Durch eine Erhöhung der Unterstützung würde die Heeresverwaltung dem Staate einen Steuerzahler und ruhigen Bürger erhalten können. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Prinz **Schönaich-Carolath** (natl.) bringt einen Fall zur Sprache, in dem ein Mann der vom Landrat aufgefordert worden war, vor der Pferdemusterungskommission zu erscheinen, um bei der Pferdemusterung behilflich zu sein, durch den Hufschlag eines Pferdes schwer verletzt worden ist. Es ist ihm von der Militärverwaltung zwar eine einmalige Zuwendung bewilligt, aber er ist durch die Verletzung in seiner Erwerbsfähigkeit schwer geschädigt. Da er in der Ausübung eines Befehls der Pferdemusterungskommission, also eines militärischen Instituts verunglückt ist, scheint es mir zweifellos, daß die Militärbehörde entschädigungspflichtig ist.

Generalmajor **Gallwitz:** Die Militärbehörde läßt in solchen Fällen Billigkeitsgründe in weitestem Maße gelten. Es steht nichts dem entgegen, daß der Betreffende neue Anträge stellt; es kommt häufig vor, daß in solchen Fällen fortgesetzt neue Entschädigungssummen bewilligt werden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Militär-Erziehungswesen" tritt

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.) für eine Reform des Kapitulantenunterrichts ein und plädiert für eine Besserstellung der Lehrer an den Unteroffiziersschulen, die den Charakter als Reichsbeamten bekommen sollten.

Das Kapitel wird bewilligt.

Die Kapitel „Artillerie und Waffenwesen" und „Technische Institute" werden auf Antrag Pauli-Potsdam (k.) vereinigt.

Abg. **Dove** (frs. Vg.) rügt Härten, die beim Submissionswesen vorkommen.

Abg. **Pauli-Potsdam** (k.) geht auf die Verhältnisse in den Militärwerkstätten in Spandau ein. Im allgemeinen liegen die

Verhältnisse besser als früher. Auch für die Arbeiter hat die neue Lohnordnung Verbesserungen gebracht, wenn auch nicht in ausreichendem Maße. So beklagen sich die Maschinen- und Bautechniker bitter darüber, daß sie mit einem Gehalt von 130—160 Mark auskommen müssen, während in Privatbetrieben Beamten mit solcher Vorbildung weit höhere Gehälter gezahlt werden. Ich hoffe, daß sie wenigstens im nächsten Etat eine Gehaltsaufbesserung erfahren werden. — Weiter werden die Revisoren in den artilleristischen Werkstätten viel zu spät fest angestellt, in den infanteristischen Instituten dagegen sofort nach Ablauf der Probezeit. Die Gehülfen, die direkten Vorgesetzten der Arbeiter, die Stellvertreter der Meister, die vielfach auch selbständig Betriebsabteilungen vorstehen, bekommen denselben Lohn an derselben Stelle wie die Arbeiter. Das ist ein Verhältnis, das für die einzelnen Meistergehülfen auch den Arbeitern gegenüber unmöglich ist. Es ist weder ein Ingenieur, es ist weder ein Obermeister da, der Hülfsmeister allein hat während der ganzen Nacht auf den Betrieb zu sehen. — Die guten, brauchbaren und auch tüchtigen Leute der alten Jahrgänge sollten in die erste Lohnklasse versetzt werden. Wie schlecht sind gerade die Verhältnisse der Kanzleischreiber. Und doch ist über ihre Petition die Budgetkommission zur Tagesordnung übergegangen. Also auch von dieser Seite ist für sie nichts zu erwarten. Nun zur Urlaubsgewährung. Wenn Leute in der unglücklichen Lage sind, als Rekonvaleszenten ihren Dienst noch nicht tun zu können, so ist das ja ein Entgegenkommen. Ich komme nun zu dem Schluß. (Abg. Koeren: Zum Schluß! — Heiterkeit.) Ich komme nun zu den (Zuruf: Schluß! Schluß!) Arbeitern; auf die Unteroffiziere will ich später ausführlicher eingehen. Die Verhältnisse der Arbeiter hat die neue Lohnordnung gebessert. Natürlich sind die Menschen damit noch nicht zufriedengestellt. Drei Tage ist überhaupt kein Urlaub. Gerade in der Zeit der höchsten Fleischnot hat man die Bitten verschiedener Institute abschlägig beschieden. Da scheint mir eine falsche Auffassung zugrunde zu liegen, und es wäre niemand hier im Hause (Heiterkeit. — Es sind noch 12 Abgeordnete im Saal), der diese Teuerungszulage nicht gewährt hätte. Es kommt vor, daß Arbeiter mehrmals in einer Woche in Strafe genommen werden müssen, und bei dem geringen Lohn werden Sie zugeben, daß das hart ist für die Arbeiter. Nun komme ich auf die Kantinenwirtschaft. Das Offenhalten der Kantinen nur eine kurze Zeitlang genügt nicht, wenn die Arbeiter alle ihre Bedürfnisse befriedigen wollen. Und die Verwendung der Kantinengelder, was die nun anlangt, so ist es mir nicht klar geworden, ob das Anschaffen von Bildern von diesen Geldern eine richtige Verwendung ist. Was mir aber dabei ins Auge gefallen ist, ist, daß Offiziere für die Verwaltung der Kantine Prozente erhalten, was, wenn es wahr wäre, geradezu ungeheuerlich sein würde. Aber es ist mir so gemeldet worden; ich weiß nicht, ob es wahr ist. Nun bemerke ich zu den Lohnverhältnissen, in der vierten Lohnklasse kommen Löhne vor, die noch unter denen bleiben, was früher die fünfte Lohnklasse war. Nun bedenken Sie aber, daß doch jeder Arbeiter eine Stube haben muß und eine Küche. Und das kostet in Spandau 300 M. Während ungelernte Arbeiter in Lohnklasse II A sind, hat man gelernte Handwerker, Schmiede, in Lohnklasse IV. Der Ausdruck „Zuträger" muß unter allen Umständen beseitigt werden; wie viele Arbeiter müssen sich dadurch beleidigt fühlen, da sie doch am selben Feuer arbeiten müssen. Ich bitte die Heeresverwaltung, alle diese Wünsche zu erfüllen, ich bin aber nicht Optimist genug, um zu glauben, daß alle diese Wünsche jetzt erfüllt werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Generalmajor Sixt v. Arnim: Ich bin völlig außerstande (große Heiterkeit), auf alle diese Wünsche einzugehen. Der Herr Vorredner muß es anerkennen, daß allen technischen Unterbeamten eine Aufbesserung zuteil geworden ist. Allerdings können zurzeit nur wenig Zeichner in den oberen Stellen, in die der Konstruktions-Zeichner, einrücken. Aber in verhältnismäßig kurzer Zeit werden alle Zeichner Oberzeichner. Ich bin auf dieses Beispiel nur eingegangen, um an ihm zu zeigen, daß wir schon von selbst für diese Unterbeamten sorgen. In der Kommission ist von allen diesen Dingen schon die Rede gewesen, das ist wohl nicht zur Kenntnis des Abgeordneten Pauli gekommen. Es werden ständig Erhebungen veranstaltet, um festzustellen, ob nicht irgendwie in der Privatindustrie höhere Löhne gezahlt werden. Ich halte es für absolut unmöglich, daß die Kantinenüberschüsse für Offiziere und Unteroffiziere verwandt werden. Die Einteilung in die gesundheitsschädlichen und nicht gesundheitsschädlichen Betriebe ist unter Zustimmung des Reichsgesundheitsamtes erfolgt. Die Teuerungszulage ist nicht gewährt, weil wir für derartige einmalige Zahlungen nicht sind, ein Mangel des Wohlwollens ist in der Ablehnung der Teuerungszulage nicht zu finden. Bei Gewährung des Sommerurlaubs muß vorsichtig vorgegangen werden, weil es sich hier um eine Frage von einschneidender Bedeutung handelt.

Präsident Graf Ballestrem: Ich schlage dem Hause vor, sich zu vertagen. Es liegt mir außerdem ein Antrag des Abg. Singer vor, diese Positionen an die Kommission zurückzuverweisen. Eine Begründung ist mir nicht mitgeteilt worden, mir auch nicht begreiflich.

Abg. Singer (Soz.): Wenn der Herr Präsident mir das Wort erteilt hätte, so würde ich eine Begründung erteilt haben. Nachdem aber der Präsident selbst Vertagung vorgeschlagen hat, ist der Antrag wie die Begründung überflüssig geworden. Ich ziehe meinen Antrag deshalb zurück.

Präsident Graf Ballestrem: Also sollte der Antrag nur eine Pression sein. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Jawohl: Pression gegen Pression!)

Abg. Singer (Soz.): Der Herr Präsident wird mir vielleicht ein kurzes Wort erlauben. Ich würde den Ausdruck Pression nicht gebraucht haben, da ich nicht die Absicht habe, auf das Haus eine Pression auszuüben. Ich muß aber sagen, daß, nachdem es mir nicht gelungen ist, für einen Vertagungsantrag die nötige Unterstützung zu finden, und mein Kollege seit 7½ Stunden hier sitzt, ich es für nötig hielt, durch diesen Geschäftsordnungsantrag die Vertagung zu erzwingen.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe die Verpflichtung, die Arbeiten des Hauses zu fördern, und ich weiß selbst, daß es Momente gibt, wo es nicht mehr weiter geht. Als die Anträge auf Vertagung kamen, hatte der letzte Herr Redner noch nicht solange gesprochen, wie er es für nötig erachtet hat. (Heiterkeit.) Auch der Vertreter der Regierung hatte damals noch nicht geantwortet. Bloß deshalb, weil ein Redner vielleicht noch eine sehr lange Rede halten will, kann ich nicht in eine Vertagung willigen. Das kann ich nicht mit meiner Pflicht vereinbaren. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6¾ Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

**55. Sitzung vom Montag, den 2. April, vormittags 11 Uhr.**

**Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg.**

**Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Wahlrechtsvorlage.**

Dazu liegen zwei Resolutionen vor. Eine von Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion unterstützte Resolution Bachmann (natl.) verlangt unter Festhaltung an den Grundsätzen des Gesetzes vom 27. Juni 1860 eine anderweite Feststellung der Wahlbezirke und der Zahl der Abgeordneten, sowie unter Beibehaltung eines erhöhten Wahlrechtes bei höherer Steuerleistung a) Berücksichtigung der Bildung und des Alters, b) Erweiterung des Wahlrechts für die der dritten Abteilung angehörenden Wähler, c) Beseitigung der indirekten Wahl und d) den Minderheiten eine Vertretung zu ermöglichen.

Die Abgg. Fischbeck (fr. Vp.) und Broemel (fr. Vg.) beantragen Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und Neueinteilung der Wahlbezirke, sowie Neufestsetzung der Zahl der Abgeordneten auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1905. Für den Fall der Ablehnung dieser Anträge beantragen sie nur auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke und der Gesamtzahl der Abgeordneten und der Wahlorte vorzunehmen, sowie für die Wahl der Wahlmänner die geheime Abstimmung einzuführen.

Zur Beratung steht zunächst der Gesetzentwurf betreffend Vermehrung der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten und Aenderung der Landtagswahlbezirke und Wahlorte.

Abg. Träger (frs. Vp.; auf der Tribüne fast unverständlich): Diese Vorlage ist nicht geeignet, auch nur die schreiendsten Mißstände des preußischen Wahlrechts zu beseitigen. Die Mehrzahl der Wähler wird durch sie in keiner Weise befriedigt werden. Wir müssen auf der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bestehen. Die Rede des Ministers war ganz schön und interessant, aber wie kommt dieser Glanz in diese Materie? (Heiterkeit links.) Nur infolge grober logischer Fehler konnte der Minister glauben, daß seine Argumente gegen das allgemeine Wahlrecht sprächen. Das „Streben nach oben" beherrscht auf allen Gebieten des Lebens die Arbeiterschaft mit am stärksten. Warum verkümmert man also ihr gerade das Wahlrecht? Kant, auf den sich der Minister berief, war in seinen Grundanschauungen durchaus Demokrat und Republikaner. Eine Volksvertretung soll die Stimmung des Volkes wiederspiegeln, aber dieses Parlament, in **dem eine große und einflußreiche Partei ganz unvertreten bleibt, ist geradezu die Umkehrung einer Volksvertretung.** Der Widerspruch zwischen dem demokratischen Wahlrecht für die süddeutschen Einzelstaaten, dem Reichstagswahlrecht und dem preußischen Wahlrecht wird auf die Dauer dieses unhaltbar machen. Das Volk wird nie einsehen, warum es im Reiche und in Preußen ein ganz verschieden zugemessenes Wahlrecht haben soll. Deshalb mußte auch diese **Wahlrechtsbewegung mit Naturnotwendigkeit im Volke entstehen und mit Naturnotwendigkeit und logisch zwingender Kraft wird sie ohne jede Anwendung von Gewalt dies innerlich zermorschte und verfaulte Dreiklassenwahlrecht beseitigen.** (Stürmischer Beifall links, Zischen und lautes Lachen rechts.)

Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg: Der Abg. Träger hat die Teilnahmslosigkeit am öffentlichen Leben darauf zurückgeführt, daß der politische Meinungskampf abgelöst worden sei durch den reinen Interessenkampf. Dann ist also jedenfalls nicht der Mangel des allgemeinen Wahlrechts an dieser Teilnahmslosigkeit schuld. (Sehr gut! rechts.) Der Abg. Träger schob die Schuld an der Unlust ferner auf die Reaktion in Preußen. Daß unsere öffentlichen Einrichtungen noch ganz gut funktionieren, haben mir erst neulich wieder einige Engländer bestätigt. (Heiterkeit rechts.) Ob der Schulgesetzentwurf reaktionär ist, darüber will ich mich nicht auslassen. (Lachen links.) Jedenfalls aber kann die Reaktion in Preußen nicht an der politischen Unlust im Reiche schuld sein. — Kant wollte ich wirklich nicht als einen Eideshelfer für das Dreiklassenwahlrecht zitieren, sondern wollte nur aus seiner Philosophie beweisen, daß sie nicht auf Gleichmacherei, sondern auf Höherentwickelung der Menschen ausgeht, und insofern habe ich Kant als einen Aristokraten des Geistes bezeichnet. Wenn der Abgeordnete Träger von seiner allgemeinen Weltanschauung aus zur Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts kommt, so kann ich das nur verstehen **als ein Ueberkommenes aus einer Zeit, die weit hinter uns liegt.** (Sehr richtig! rechts.) Die Ideale, denen wir heute nachgehen, sind andere geworden. Wir können uns eben bei der Fortentwicklung der Welt nicht immer mit alten Schlagworten abgeben, sondern müssen nach neuen Idealen streben. (Beifall rechts.)

Abg. Gamp (fk.): Die Freunde des Abg. Träger sind die letzten gewesen, die sich der Sozialpolitik zugewandt haben, **während mein Freund Stumm als Pionier voranging.** (Sehr wahr! rechts.) Auch Plutokraten finden sich links viel mehr als bei uns. (Sehr wahr! rechts.) Wenn Herr Träger das Hamburger Wahlrecht unsittlich nennt, wie will er dann das zu den Stadtverordnetenwahlen bezeichnen? Beim allgemeinen Wahlrecht würden sich nur fünfzig Wahlen hier im Abgeordnetenhause ändern, die Freisinnigen und das Zentrum würden je 6—7 Sitze gewinnen, **die Sozialdemokratie aber 32.** Mir sind die jetzigen Vertreter von Berlin und Königsberg aber sympathischer als Herr Stadthagen. (Heiterkeit.) Warum macht sich also Herr Brömel freiwillig zum Schleppenträger der Sozialdemokratie? (Widerspruch links.) Die Nationalliberalen hätten ihren Antrag der Berücksichtigung der Bildung und des Alters erst im Reichstage einbringen sollen. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Dr. Krause (nL.): Wir vertreten in der Wahlrechtsfrage noch den Standpunkt des Idealismus und der Gerechtigkeit. Gerade von diesem Standpunkte aus denken wir auf der einen Seite, das Reichstagswahlrecht nicht zu beseitigen, meinen aber auf der anderen Seite, daß es gegenüber der Macht der Zahl, die bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck kommt, auch außerordentlich wertvoll ist, andere gleichberechtigte Kräfte in Preußen zum Wort kommen zu lassen. Wir werden beiden Gesetzen zustimmen in der Hoffnung, daß eine Reform im Sinne unserer Resolution bald erfolgt.

Abg. Dr. Porsch (Z.): Der Abg. Oeser hat neulich bemängelt, daß wir bei der ersten Beratung nur eine kurze Erklärung abgegeben hätten. Wenn ich in dem Dreschflegelton, in dem verschiedene Preßäußerungen sich mit der Stellung meiner Partei beschäftigt haben, stundenlang hätte sprechen wollen, so würde kein vernünftiger Mensch glauben, daß sich dadurch die Situation auch nur um Haaresbreite geändert hätte. Zu der Zeit, **als die Liberalen unbestritten die Mehrheit im Abgeordnetenhause hatten, da haben sie einen Antrag Windthorst auf Beseitigung der öffentlichen Stimmabgabe usw. nicht einmal eines anständigen Begräbnisses gewürdigt,** sondern ihn auf 6 Monate vertagt — mit den den Stimmen von Dr. Lasker, Richter, Rickert und Virchow. (Vielfaches hört! hört! und Große Heiterkeit rechts.) Gleichwohl stimmen wir auch heute für den freisinnigen Antrag. Mit einer Neueinteilung der Wahlkreise könne meine Partei allerdings nicht einverstanden sein. In Bayern hat, als wir die Einteilung der **Wahlkreise nach der Bevölkerungszahl beantragten, die gesamte liberale Partei, einschließlich der Freisinnigen, dagegen gestimmt.** (Vielfaches hört! hört! links.) **Die Wahlrechtsfrage ist eben in vieler Beziehung eine Machtfrage.** Auch gegen den zweiten nationalliberalen Antrag werden wir stimmen; so gern wir einen Ausweg fänden, der der Gerechtigkeit entspricht, so können wir doch unseren prinzipiellen Standpunkt nicht verlassen, ehe wir einen neuen ganz festen gesetzgeberischen Boden unter den Füßen haben. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Broemel (frs. Vg.): Seit dem Jahre 1900 ist das Reichstagswahlrecht in drei süddeutschen Staaten unter Zustimmung aller Parteien eingeführt. Es kann dem Staate auf die Dauer nicht heilsam sein, wenn die politischen Rechte ungerecht verteilt sind. Ich gebe dem Minister zu, daß es ein Fehler ist, daß man alle Gesetze nach der Wirkung auf die Sozialdemokratie macht. Ein noch größerer Fehler würde es aber sein, wenn man auf die Sozialdemokratie gar keine Rücksicht nehme. Der Abg. Gamp hat meine Freunde im Reichstag als Schleppenträger der Sozialdemokratie bezeichnet. Ich weise diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit und Entrüstung zurück. Wir haben die Hoffnung, daß sich, wenn nicht in dieser, so doch in nächster Session, Abgeordnete hier zusammentun, um selbst einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, nachdem die Regierung vollständig versagt hat. (Beifall links.)

Abg. Dr. Irmer (k.): Herr Träger nannte das preußische Wahlrecht eine Wahllüge. Wenn ich den Abg. Träger ironisieren wollte, würde ich sagen, daß die Fortschrittspartei ihren Höhepunkt in der Konfliktszeit erreicht habe infolge der Wahllüge. (Heiterkeit rechts.) Charakteristisch für die Freisinnigen ist es, daß sie die geheime Abstimmung nur für die Wahlen der Wahlmänner, nicht für die der Abgeordneten einführen wollen. Stadt und Land kann man nicht gleichstellen. Auch ein so liberales Land wie Norwegen hat verfassungsmäßig festgelegt, daß Stadt und Land vertreten sein sollen wie 1:2. Die Resolutionen der Nationalliberalen und Freisinnigen bitte ich abzulehnen. (Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung über § 1 wird angenommen. § 1 wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen angenommen.

Die einzelnen Paragraphen der Gesetzentwürfe werden darauf angenommen, nachdem Abg. Broemel (frs. Vg.) für seine Fraktion und Abg. Oeser (Hosp. d. frs. Vp.) für seine Person erklärt haben, daß sie gegen das Gesetz über die Aenderung des Wahlverfahrens stimmen würden.

Die Resolution Bachmann wird abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag Fischbeck auf Einführung des Reichstagswahlrechts ist eine namentliche. Es werden abgegeben 269 Stimmen, davon für Einführung des Reichstagswahlrechts 81, dagegen 188 Stimmen. Der Antrag ist somit abgelehnt. Ebenso werden die übrigen Anträge des Abg. Fischbeck gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt. Für den Antrag auf Einführung der geheimen Wahl der Wahlmänner stimmen außer den Freisinnigen noch die Nationalliberalen und ein Teil (!) des Zentrums. —

Nach dem Antrag der Kommission werden darauf die Wahlen des Abg. Meyer-Bielefeld (k.) und des Abg. v. Bodelschwingh (wildkons.) für gültig erklärt. Ueber die Wahl des Abg. Rudorf-Bielefeld (k.) wird Beweiserhebung beschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr. Interpellation betr. den Erdrutsch in Mülheim. 3. Lesung der Wahlgesetzvorlage. 1. Lesung der Vorlage betr. Verstaatlichung des Hercules-Bergwerks.

Schluß 4½ Uhr.

## Parlamentarisches.

**Aus der Kommission zur Erdrosselung des Hülfskassengesetzes.**

Die Kommission zur Beratung des Gesetzes über die Hülfskassen trat gestern um 9 Uhr vormittags in die zweite Beratung ein. § 1, der die Aufhebung des Hülfskassengesetzes vorschreibt, wurde bis zur Erledigung der übrigen Paragraphen ausgesetzt. § 2 schreibt die Aufhebung des Teiles des § 122 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vor, der die reichsgesetzlichen Hülfskassen von der Unterstellung unter das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen ausnimmt. Unsere Genossen Herzfeld, Mahlke und Stadthagen wendeten sich gegen diese Streichung. Wenn aber die Streichung erfolge, so sei es nicht mehr als recht und billig, daß auch die übrigen in § 122 aufgeführten Ausnahmen fallen, deren Streichung von ihnen eventuell beantragt wurde. Das sind zunächst die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hülfskassen, die auch wieder wie die reichsgesetzlichen zu Schwindelmanövern mißbraucht werden könnten und mißbraucht sind. Die ferneren Ausnahmen betreffen die Unterstützungskassen von Innungen und Innungsverbänden, deren Minderwertigkeit von Arbeitern mit Recht vielfach beklagt wird und endlich die auf Grund berggesetzlicher Vorschriften errichteten Knappschaftskassen. Die Mißstände dieser Knappschaftskassen seien ja so fühlbare, daß selbst das preußische Dreiklassenparlament sie anerkennen müßte. Da das Dreiklassenparlament am Werk ist, von neuem durch eine Reihe von Bestimmungen, z. B. durch den Ausschluß der geheimen Wahl, die Lage der Bergarbeiter gegenüber der der anderen Arbeiter zu verschlechtern, so sei es dringend erforderlich, endlich eine reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens einzuführen. Liege der Regierung an dem vorliegenden Gesetz, so sei es angebracht, diese Gelegenheit wahrzunehmen. Damit sei den Bergarbeitern nicht geholfen, daß das Zentrum bei anderer Gelegenheit reichsgesetzliche Regelung der Knappschaftskassen fordere, die vorhandene Gelegenheit, das Wort in die Tat umzusetzen, aber unbenutzt lasse. Die Kommission (einschließlich der Zentrumsabgeordneten Trimborn und Giesberts) lehne gegen die sozialdemokratischen Stimmen deren zu § 122 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen eingebrachten Anträge ab und stimmte dem § 2 der Vorlage zu.

Es beantragten nun die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, wenigstens die beruflichen Zuschußkassen von der Unterstellung unter das Gesetz über private Versicherungen zu befreien. Zwar unterliegen die Versicherungsunternehmungen dem Privataufsichtsamt nicht, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch darauf einzuräumen. Aber es hat die Praxis, beispielsweise rücksichtlich des Tabakarbeiterverbandes, diese Ausnahme wiederholt einzuengen gesucht. Zuschußkassen sind eins der wirksamsten Bekämpfungsmittel von Schwindelkassen, sie unterliegen heute der im allgemeinen loyal geführten Aufsicht des Privataufsichtsamts. Notwendig erscheint es aber, die Kassen auf einen klaren Rechtsboden zu stellen, der sie vor etwaiger behördlicher Willkür schützt. Der von unseren Genossen in der Kommission gestellte Antrag verlangt, daß Berufsvereine, Gewerkschaften, Gewerkvereine, Gesellenvereine und ähnliche Personenvereinigungen, die ihren Mitgliedern gegen Zahlung von Beiträgen Zuschüsse zu den gesetzlichen Krankengeldern, Invalidenrenten oder Witwen- und Waisenunterstützungen, Sterbegelder, Arbeitslosen-Unterstützungen usw. gewähren, sofern sie den Vorschriften über Gesellschaftsverträge unterliegen, von den Bestimmungen des Gesetzes über private Versicherungsunternehmungen befreit sein sollen. Auch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die nächste Sitzung findet heute statt.

## Aus der Partei.

**Partei und Gewerkschaft.** Die bremischen Gewerkschaften nehmen gegenwärtig eine Statistik über die Verbreitung der Parteipresse in ihren Reihen auf. Die Metallarbeiter haben sie bereits beendet und dabei festgestellt, daß etwa ein Drittel der befragten 2800 Mitglieder die Parteipresse lesen, nämlich 952, während 285 Abonnenten bürgerlicher Blätter sind und 446 angeblich nur das Verbandsorgan lesen.

**Gemeindewahlsiege.**

In Neuenhagen in der Neumark wurde am Sonnabend der Genosse Hermann Ebel als Gemeindevertreter gewählt. Mit ihm zieht der erste Sozialdemokrat in die dortige Gemeindevertretung ein.

Bei badischen Gemeindewahlen trifft es sich zuweilen, daß die sozialdemokratische Vertretung, wenn die Klasse der Niederbesteuerten versagt, in den anderen Kurien gewonnen werden kann. So geschah es diesmal in Haslach i. K. wiederum in der höchstbesteuerten Klasse; in Offenburg in derjenigen der Mittelbesteuerten. Jeweils durch eine Parteikonstellation gegen das Zentrum. In Offenburg sitzen 10 Genossen (bisher 15) im Stadtverordnetenkollegium, 2 im Stadtrat; zum stellvertretenden Obmann des Stadtverordnetenvorstandes wurde wieder Genosse A. Geck gewählt.

**1047 neue Abonnenten** hat die „Bremer Bürgerzeitung" im Monat März gewonnen.

**Ein Veteran der Sozialdemokratie** starb zu Memel, der 74 Jahre alte Genosse Georg Grübnau. Er hat in den 70er Jahren, als in Memel die Bewegung begann, den Deutschen Arbeiterverein gründen helfen und seitdem allezeit bis in die letzte Tage treu zur Fahne gehalten. Die Genossen Memels bereiteten ihm ein würdiges Leichenbegängnis.

**Das Parteisekretariat in Magdeburg** ist nach Große Münzstraße 3 verlegt worden; es befindet sich jetzt in demselben Hause mit dem Parteiblatt.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Noch immer das Wahlrechtsflugblatt.** Gegen das freisprechende Urteil der Geestemünder Strafkammer in der Sache gegen den

Genossen Köhler-Lehe hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt und in der Zwischenzeit gleichfalls Anklage auf Grund der §§ 180, 181 erhoben gegen mehrere ländliche Vertrauensleute im 19. hannoverschen Wahlkreise, die mit dem Flugblatt nichts weiter zu tun gehabt hatten, als daß sie die Verbreitung in ihrem Bezirk leiteten. Hinsichtlich der Sache Köhler scheint der Staatsanwalt schließlich jedoch zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß da nichts mehr zu holen sei; er hat die eingelegte Revision zurückgezogen. Ob er nunmehr nicht noch einen Schritt weiter geht und auch die Anklage gegen die übrigen „Staatsverbrecher" fallen läßt? In seinem Interesse läge es sicherlich.

**Gemaßregelt** wurde in Altenburg der Redakteur unseres dortigen Parteiorgans, Genosse Dikreiter, weil er den Vorsitzenden des Stadtverordnetenkollegiums in der „Volkszeitung" „beleidigt" haben sollte. Besagter Vorsitzender, ein Rechtsanwalt namens Hase, hatte am 18. Januar einen persönlichen Zusammenstoß mit unserem Genossen, weil dieser das fürchterliche Verbrechen begangen hatte, sich dem Herrn Hase nicht vorzustellen, als er zum erstenmal, es war Mitte November, als Vertreter der „Volkszeitung" am Pressetisch Platz nahm. In der „Volkszeitung" brachte unser Genosse Dikreiter, der aus Süddeutschland kommend eine höfliche Behandlung gewohnt ist, den Fall zur Sprache, was dem Herrn Vorsteher Anlaß gab, in der nächsten Sitzung zu erklären, daß er „zur Wahrung von Anstand und guter Sitte" berufen, an der Auffassung, die er kundgegeben, festhalte und daß er darauf bestehe, daß sich ihm die Vertreter der Presse vorstellten. Daraufhin replizierte Genosse Dikreiter in der „Volkszeitung", daß er selbst wisse, was „Anstand und gute Sitte" erforderten, und daß er vor allen Dingen auf anständige persönliche Behandlung erpicht sei. Diese Zurückweisung scheint den Herrn Vorsteher Hase mächtig gewurmt zu haben. Nach langem Besinnen schickte er der Redaktion unseres Altenburger Parteiblattes einen Schreibebrief, demzufolge dem Redakteur Dikreiter der Aufenthalt in den unteren Räumen des Sitzungssaales so lange untersagt wird, bis er sich wegen der in zwei Artikeln der „Volkszeitung" enthaltenen „Beleidigungen" des Herrn Vorstehers Hase „schriftlich gebührend entschuldigt" habe. Gleichzeitig wurde die Redaktion darauf aufmerksam gemacht, daß auch bei einem Wechsel der Berichterstatter jeder neue Berichterstatter sich dem ersten Sprecher vorzustellen habe. In der Altenburger „Volkszeitung" ist nun zu lesen, daß der gewünschte Dienst dem Herrn Hase nicht geleistet wird, daß sich der Redakteur bei ihm nicht „zur Stelle" melde und daß es sich ganz gleich bleibe, ob der Sitzungsbericht hoch oben auf der Galerie oder tief unten im Saale geschrieben werde. Kritik werde aber auf alle Fälle, wo es notwendig sei geübt werden. — Preßfreiheit, wie ich sie meine.

# Aus Industrie und Handel

**Jedem das Seine!** Die kunstvolle Frisur des Geschäftsberichtes der Großen Berliner Straßenbahn erreicht den beabsichtigten Zweck, die Ermittelung der wirklich gezahlten Löhne zu — verhindern. Als kleiner Ersatz bleibt die Möglichkeit, wenigstens die Entbehrungsbezüge der Aufsichtsratsmitglieder anzugeben. An diese wurden für das letzte Jahr 217 354 M. aufgewendet, oder pro Kopf der 13 Tantiemenempfänger rund 16 720 M. Die Namen der Nehmer sind: Geheimer Kommerzienrat Carl Delius, Vorsitzender, in Firma C. Delius in Aachen. Geheimer Kommerzienrat Robert Kesselkaul in Aachen. Geheimer Kommerzienrat Adolf Kirdorf in Aachen. Justizrat Dr. Eugen Bock in Köln. Alfred Heuser in Aachen. Richard Kaselowsky in Bielefeld. Geheimer Kommerzienrat Leopold Peill, in Firma L. Peill u. Cie. in Düren. Georg Talbot, in Firma Gustav Talbot u. Cie. in Aachen. Spinnereidirektor August Tiemann in Bielefeld. Geheimer Kommerzienrat M. Tull in Aachen. Kommerzienrat Wilhelm Velhagen in Bielefeld. Geheimer Kommerzienrat Emil vom Rath in Köln. Geheimer Kommerzienrat Rob. Wetzlar, in Firma Wm. Peters u. Cie. in Eupen.

An den Vorstand und Beamte sind außerdem noch 463 000 M. Tantieme verteilt worden. Nach welchem Modus hier die Verteilung vorgenommen wurde, wieviele Beamte beglückt wurden, wird wohl in keinem der verschiedenen je nach Zweckbestimmung frisierten Berichte angegeben sein. Daß außer dem uns zugegangenen ersten Bericht, ohne „Erläuterungen", dem später herausgegebenen verbesserten mit „Erläuterung" versehenen Bericht noch andere wahrscheinlich noch mehr verbesserte Berichte versandt sind, ersehen wir aus einer uns aus dem Rheinlande zugegangenen Sendung. Bei der „Großen" scheint eine besondere Abteilung für Berichtfrisuren eingerichtet zu sein.

**Charlottenburger Wasserwerksprozeß.** Das am Montag verkündete Urteil in dem Streitverfahren der Charlottenburger Wasserwerke gegen die Stadt Charlottenburg ist zuungunsten der letzteren ausgefallen. Die Gesellschaft hat somit auch in der zweiten Instanz gesiegt. Will die Stadt von dem Rechte der Uebernahme der Teilwerke Gebrauch machen, müßte sie den Aktionären viele Millionen Mark in den Schoß werfen. Das ist der Segen der privatkapitalistischen Ausbeutung von Anlagen, die den kommunalen Interessen dienen. Die Aktionäre haben das Urteil mit Jubel begrüßt, an der Börse gingen die Kurse sofort um 8 Proz. in die Höhe. Wie verlautet, will die Stadt die Werke der G. m. b. H. übernehmen. Ob sie die Entscheidung der Streitfrage vor das Reichsgericht bringen wird, ist noch nicht bekannt.

**Die Handelskammer Bochum** beurteilt die Geschäftslage im allgemeinen ziemlich optimistisch. Allerdings ganz ohne Sorge ist sie nicht. In dem soeben herausgegebenen zweiten Teil des Jahresberichtes pro 1905 sagt sie u. a.:

„Trotzdem ist es gut, vor Uebertreibungen zu warnen, sei es, daß sie bei Preiserhöhungen begangen werden, oder hinsichtlich der Vermehrung der Produktionsmittel, der Anlage neuer, der Vergrößerung bestehender Werke. Modernisierung der Betriebe, die ja auch eine Steigerung der Leistungsfähigkeit zur Folge hat, ist allerdings nicht zu umgehen. Sie muß sogar im Interesse unserer Volkswirtschaft gefordert werden, und eine Zeit, die, wie die jetzige, günstige Betriebsergebnisse liefert, ist die für die Vornahme solcher Modernisierung geeignetste.

Im übrigen sollte mit der Steigerung der Produktionsfähigkeit möglichst zurückgehalten werden, und es wäre zu wünschen, daß nicht, wie in den Jahren 1899/1900, von seiten der die Industrie finanzierenden Banken ein Druck auf die Werke ausgeübt wird, gegen ihren Willen Vergrößerungen vorzunehmen. Der scharfe Rückschlag im Jahre 1900 ist wesentlich auf die nicht in den Marktverhältnissen begründete Zunahme der Produktionsfähigkeit der Industrie zurückzuführen. Einmalige große Gewinne wurden mit mehrjährigem Niedergang erkauft."

**Uebergang zum Wegfall der Schlachtsteuer.** Die Stadtverwaltung in Fulda, welche bisher zu den entschiedensten Anhängern der Fleischsteuer gehörte, hat, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung" erfährt, nachdem schon in den zwei letztverflossenen Jahren ansehnliche Beträge aus den Erträgnissen dieser Steuer etatsmäßig für Schulhauszwecke zurückgestellt worden sind, nunmehr einen prinzipiellen Beschluß gefaßt.

Danach sollen, weil vom 1. April 1910 ab die Erhebung der Fleischsteuer reichsgesetzlich verboten ist, die Erträge derart in den nächsten drei Jahren im ordentlichen Etat der Stadt niedriger eingesetzt werden, daß bei Aufhören dieser Steuerlast ein Ausfall in den Einnahmen unbemerkt bleibt. Die tatsächlichen Mehreinnahmen fließen dem Schulhausneubaufonds zu.

**Deutschlands Außenhandel in Eisen.** Die letzten Monate vor Inkrafttreten der neuen Handelsverträge standen unter dem Zeichen forcierten Exportes. In den ersten beiden Monaten 1906 gestaltete sich der Außenhandel in Eisen und Eisenwaren im Vergleich zu der gleichen Zeit des Vorjahres wie folgt:

| Einfuhr To. | | Ausfuhr To. | | Ausfuhrüberschuß To. | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1904 | 1905 | 1904 | 1905 | 1904 | 1905 |
| 40 642 | 66 504 | 456 707 | 721 444 | 416 065 | 654 840 |

Für die letzten fünf Monate beläuft sich der Ausfuhrüberschuß auf 1 574 654 Tonnen, das ist gegen die gleiche Periode 1904/05 ein Mehr von über 50 Proz.

**Das schlechte Gewissen!** Die Braunkohlenkönige haben es verstanden, durch ihre Preispolitik die Unzufriedenheit der Konsumenten zu erregen. Hinzu kommt nun, daß durch die im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ausgebrochene Lohnbewegung die Oeffentlichkeit auch auf die miserabelen Löhne aufmerksam wird, die trotz der Rentabilität der Werke gezahlt werden. Um nun die Konsumenten zu beschwichtigen, lanzieren die Interessenten Notizen in die Presse, in denen sie unter ganz unnützem Aufwand etwas richtig stellen, worauf es gar nicht ankommt. So wird behauptet, daß die in einigen Blättern erschienene Meldung über eine Ringbildung sämtlicher Preßkohlenfabriken Deutschlands und die daran geknüpften Schlußfolgerungen, die sich gegen eine Verteuerung dieses Materials wenden, frei erfunden sind. Solche Bestrebungen seien weder im Gange noch beabsichtigt.

Das ist einfach plumper Schwindel. Die Notiz geht von der Weißenfelser Preisvereinigung aus. Daß diese Preiserhöhungen vorgenommen hat, daß auch die übrigen Werke die Preise heraufsetzten, daß speziell die Berliner Kohlenkonvention der „Regelung" der Preise nach oben stark huldigt, sind bekannte unleugbare Tatsachen. Ob die Preistreiberei von einem Ring gefördert wird oder lediglich von den Bezirksorganisationen ist für den Konsumenten furchtbar gleichgültig.

**Reorganisation des Oeltrustes.** Die Aufsaugung der in verschiedenen Staaten arbeitenden kleinen Gesellschaften soll nun planmäßig durchgeführt werden, so daß die Standard Oil Company dann alle ihre Geschäfte auf eigenen Namen führen würde.

# Aus der Frauenbewegung.

**Tegel — Borsigwalde.** Am Mittwoch, den 21. März, hielt der hiesige Frauen- und Mädchenbildungsverein bei Schmidt-Tegel seine Mitgliederversammlung ab. Der beifällig aufgenommene Vortrag des Herrn Hermann Schulz über: „Moses oder Darwin" fand einen aufmerksamen Kreis von Zuhörern. Die dem Vortrage folgende Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Alsdann wurde nochmals bekannt gemacht, daß Einladungen zu den Mitgliederversammlungen nicht mehr durch Handzettel, sondern nur durch den „Vorwärts" unter Frauenbewegung erfolgen. Aufgenommen wurden 6 neue Mitglieder. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, den 4. April, abends 8½ Uhr, in Borsigwalde, Ernststr. 8, bei Kube statt. Auf der Tagesordnung steht: Vortrag des Privatgelehrten Herrn Glimm über: „Nervenschwäche und Frauenkrankheiten". — Diskussion. — Abrechnung vom Stiftungsfest. — Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Mitglieder zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

**Reinickendorf-Ost.** Der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen hielt am Dienstag, den 27. März, seine Mitgliederversammlung ab. Herr Pritsch sprach über: „Der Mehrwert der Arbeit." Den interessanten, lehrreichen Ausführungen folgte eine rege Diskussion. — Am Dienstag, den 10. April, findet die nächste Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: „Vortrag über Unterleibsleiden." Die Mitglieder werden gebeten, recht rege für guten Besuch zu sorgen und vor allen Dingen vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

# Versammlungen.

**Macht vor Recht bei der A. E. G.**

Der Zentralverband der Handlungsgehülfen hatte am Donnerstag eine öffentliche Versammlung für die Angestellten der A. E. G. veranstaltet. Die Veranlassung dazu war die Maßregelung zweier Mitglieder des Verbandes. Der eigentliche Grund der Maßregelung war, wie aus den Ausführungen des Referenten Julius Kaliski hervorging, wohl der, daß die beiden Verbandsmitglieder zu Delegierten der Betriebskrankenkasse gewählt worden waren. Gleich nachdem dies geschehen war, äußerte ein Vorgesetzter, daß sie nun „reif zum rausschmeißen" seien. Dem einen wurde bald darauf gekündigt, weil er einmal zwei Stunden zu spät zur Arbeit kam, was unter normalen Verhältnissen bei irgend einem anderen Angestellten gewiß nicht gleich zu einer so schroffen Maßregelung geführt hätte. Dem anderen wurde es als ein straffälliges Vergehen angerechnet, daß er in einer internen Sitzung der Angestellten gesagt hatte, daß die Direktion ihr Versprechen, die Stundenlöhne in Wochenlöhne umzuwandeln, nicht gehalten habe, was durchaus der Wahrheit entsprach. Es fand sich ein Denunziant, der diese Aeußerung höheren Ortes überbrachte. Der Gekündigte wurde nun beim stellvertretenden Direktor Jaratsch vorstellig. Dieser gab ohne weiteres zu, daß die Aeußerung der Grund der Kündigung war. „Sie sind entlassen wegen hetzerischer Agitation," sagte er, und auf die nochmalige Frage, daß jene Aeußerung doch unmöglich der Grund sein könne, erwiderte er: „Ja, das ist der Grund." Der Gemaßregelte wandte sich nun an die Generaldirektion, erhielt aber hier die Antwort: „Die Kündigung wird aufrecht erhalten; sie erfolgt wegen ungebührlichen Benehmens gegen Vorgesetzte." Darauf bat die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen um eine Unterredung mit der Generaldirektion. Die Antwort war, daß die Generaldirektion die Sache als erledigt ansehe. Der Gekündigte wurde in eine andere Abteilung versetzt. — Die Maßregelung hat übrigens das eine Gute gehabt, daß die Direktion jetzt ihr Versprechen vom vorigen Jahre, die Stundenlöhne in Wochenlöhne zu verwandeln, eingelöst hat. Das Opfer war also nicht ganz vergebens. — Die Versammlung gab durch stürmischen Beifall ihr Einverständnis mit dem Referenten kund. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Versammelten beauftragen den Arbeiterausschuß, gegen die Maßregelung Stellung zu nehmen. Sie erklären ausdrücklich, daß sie den bestehenden Arbeiterausschuß als die für die Handlungsgehülfen in Frage kommende Vertretung betrachten."

**Der Zentralverband der Fleischer** hielt am Sonntag im „Englischen Garten" eine öffentliche Versammlung für die Berliner Schlächtergesellen und Verkäuferinnen ab. Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt sprach daselbst über: „Die Zollpolitik der Reichsregierung und die Folgen des neuen Zolltarifs für das Fleischergewerbe." Nachdem der Referent unter großem Beifall seinen volkswirtschaftlich äußerst lehrreichen Vortrag beendet hatte, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erblickt in der Zollpolitik der Reichsregierung eine schwere Schädigung des Fleischerberufes. Die Anwesenden protestieren energisch gegen eine derartige Politik und fordern aufs Neue die Oeffnung der Grenzen für Schlachtvieh aller Art, damit der Unterernährung des Volkes und dem drohenden Ruin des Fleischergewerbes gesteuert wird. Die Versammlung ist der Meinung, daß der Seuchengefahr dadurch genügend vorgebeugt werden kann, indem das ausländische Vieh in Schlachthäusern der Grenzstädte sofort nach der Einlieferung geschlachtet und untersucht wird."

Hierauf übte der Organisationsvertreter Hensel eine scharfe Kritik an dem Verhalten des sogenannten „innungsfreundlichen Gesellenvereins" anläßlich der letzten Delegiertenwahl zur Generalversammlung der Fleischer-Ortskrankenkasse. Diese innungsfreundlichen Gesellen waren am 25. Februar von den Meistern zusammengetrommelt worden, um die Liste des Verbandes niederzustimmen. Mit knapper Mehrheit konnte die Organisation diesen Ansturm jedoch abwehren. Erbost über ihre Niederlage, hat die Innung jetzt Protest gegen die Wahl erhoben. Bemerkt sei, daß bereits die vorige Wahl auf Grund eines Protestes der organisierten Gesellen kassiert worden war, weil sich damals die „Innungstreuen" grobe Unregelmäßigkeiten hatten zuschulden kommen lassen, um die Organisation niederzuzwingen. Schon dieses Ringen um die Majorität bei den Krankenkassenwahlen zeigt zur Evidenz, mit welch großen Schwierigkeiten die Schlächtergesellenorganisation zu kämpfen hat, nur um die Indifferenz der gegen ihre eigenen Interessen arbeitenden Gesellen zu beseitigen. Bei der Besprechung dieser Angelegenheit wurde auch erwähnt, daß der Schlächtermeister Gericke, Adalbertstraße 2, dem sogar die Fleischlieferung für mehrere Arbeiter-Konsumvereine übertragen worden ist, seine Gesellen, unter Androhung der Entlassung, unterschriftlich verpflichtet hatte, bei der Krankenkassenwahl gegen die Verbandsliste zu stimmen. Zum Schluß wurden noch eine Reihe von Beschwerden über die Zustände in der Innungsherberge sowie über das Stellenvermittelungsunwesen vorgebracht.

**New-Departure-Freilauf-Bremsnabe**

Die beste der Welt — Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. — Millionen im Gebrauch

Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

# WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

**Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag. — Soweit der Vorrat reicht.**

## Porzellan gute Wahl

Kaffeetassen statt 23 Pf. 18 Pf.
Salatieren gerippt, 10 Grössen 10 Pf. bis 1⁶⁰
Salatieren weiss gemustert 9 10 15 25 38 45 Pf.
Terrinen mit Deckel 90 Pf. 1¹⁵ 1³⁵
Bratenplatten weiss gemustert 35 45 70 Pf. 1³⁵
Kaffekannen mit Deckelschutz, 9 Grössen 40 Pf. bis 1⁷⁵
Kaffeekannen gemustert 50 Pf.
Milchtöpfe 8 Grössen 10 bis 90 Pf.
Milchtöpfe Satz 6 Stück, fein dekoriert 95 Pf.
Kaffeetassen mit Goldrand 12 28 Pf.
Kaffeetassen fein dekoriert 25 Pf.

Speiseteller tief 15 Pf. flach 10 Pf.
Dessertteller 9 Pf.
Kaffeetassen 8 Pf.

**Massives Porzellan für Hotel u. Restaurant**

Teller tief und flach 22 Pf. Dessertteller 18 Pf.
Tassen 25 28 32 Pf.
Bratenplatten 30 40 48 90 Pf. 1⁴⁵

**Majolika-Blumen-Kübel**

10 25 48 65 95 Pf. 1¹⁰ 1⁴⁵ 1⁶⁵
Majolika-Schirmständer 3⁷⁵ 5²⁵ 6²⁵

## Küchen-Möbel

Büffets u. Spinden von 25⁰⁰ bis 50⁰⁰
Eimerspinden 9⁷⁵ bis 12⁰⁰ u. 15⁰⁰ Stühle 2²⁵
Küchentische 6⁷⁵ bis 10⁰⁰ Putzkommoden 2⁵⁰
Küchenrahmen 4²⁵ bis 7⁵⁰ **Leitern** Stufe **38** Pf.

**Zusammengestellte Küchen** bis **450⁰⁰**

**Küche Thekla** moosgrün — Schrank 57²⁰ Tisch 8⁷⁵ Bank 3²⁵ Rahmen 5⁷⁵ 2 Stühle 6⁸⁰ Halter 3²⁵ — **85⁰⁰**

**Küche Ida** Ahorn, Eiche — Schrank 53⁷⁵ Tisch 16⁵⁰ Bank 5⁶⁵ Rahmen 11⁵⁰ Stuhl 5⁶⁰ Halter 7⁰⁰ — **100⁰⁰**

**Küche Johanna** grün mit gold — Büffet 63⁷⁵ Tisch 17⁵⁰ Bank 7⁰⁰ Rahmen 14⁷⁵ 2 Stühle 8⁷⁰ Halter 5⁶⁰ — **125⁰⁰**

**Küche Charlotte** grau, blau abgesetzt — Büffet 79²⁵ Tisch 20⁶⁵ Bank 9¹⁰ Rahmen 20⁰⁰ 2 Stühle 15⁴⁰ Halter 5⁶⁰ — **150⁰⁰**

## Besen und Bürstenwaren

Rosshaarbesen Ia. Qualität 1⁸⁵ 2⁸⁰ u. 2⁶⁵
Rosshaarhandfeger Ia. Qualität 1²⁰ 1⁴⁰
Teppichbesen Cocos 90 u. 1⁰⁵ Wurzel 60 bis 70 Pf.
Schrubber 15 u. 25 Pf.

## Wirtschafts-Artikel

Gaskocher extra gross, 3flammig statt 12,50 9⁰⁰ Tisch dazu 6⁰⁰
Gasplätten 2 Plätten, 1 Erhitzer, Garnitur 5⁰⁰
Bügelbretter 2²⁵ u. 2⁷⁵
Wäschetrockner (Scheerengestell) statt 3,85 2⁵⁰
Wringmaschinen 36 cm-Walzen solide Garantieware 11²⁵
Waschfässer stark Zink, Gummikerken und Kette 8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰
Zober dazu, stark Zink 8⁷⁵ 11⁵⁰
Tafelwaagen geaicht 5 Ko. 8⁷⁵ 10 Ko. 10⁰⁰
Briefkästen sauber lackiert 35, 60 u. 95 Pf.
Kehrichtfässer mit Deckel und Schrift statt 3,40 2²⁵
Waschtische viereckig, geschlossen, mit Garnitur statt 19,50 16⁵⁰
Bestecke mit vernickelten Heften, statt 6,75 4⁹⁰
Messerputzbänke mit Kasten statt 1,00 60 Pf.
Kohlenanzünder 5 grosse Pack 20 Pf.
Teppichkehrmaschinen bestes deutsch. Fabrikat 7⁷⁰ u. 9⁰⁰
Bohnerbürsten schwere eiserne 3⁷⁵ 5⁰⁰ 5⁷⁵
Bohnermasse gelb 50 Pf.
Edelwachs weiss 75 Pf.
Stahlspähne Pack 15 Pf.

# Versandhaus Germania

seit 18 Jahren

463L*

**Unter den Linden 21,** II – Fahrstuhl.
neben der Passage.

Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.

**Hochvornehme Herren-Paletots und Anzüge**

aus feinsten Maßstoffen **25** bis **40** M.

**hochelegante Beinkleider 9** bis **12** M.

Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billigr.

Tadelloser Sitz. — Vornehme Fassons.

# Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.

Berlin-Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

# Caramel-Malzbier

Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu.
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährende Mütter etc.

**Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.**

Preis pro zirka **4/10 Flasche 10 Pfennig.** Ueberall käuflich.

433L*

ist **für Gastwirte** die **billigste Bezugsquelle** in **Glas-, Porzellan-, Stahl-, Nickel-Waren** etc. **sowie sämtlichen Bedarfsartikeln.**

**Niederlage in Rixdorf: „Kaufhaus", Bergstraße 7-8,** Ecke Prinz Handjerystraße.


Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Bergarbeiterleben in der Mark.

(Eigener Bericht des „Vorwärts".)

**Dreizehnter Verhandlungstag.**

Kottbus, 2. April.

Die Beweisaufnahme über das Thema: **Lohnabzüge, Maßregelungen** usw. wird fortgesetzt. Der erste Zeuge ist der Arbeiter Bojarowski, der am Sonnabend bekundet hatte, daß er auf Veranlassung des Betriebsinspektors Möller vom Bohrunternehmer Bernhard gemaßregelt worden ist. Heut macht der Zeuge Angaben über die Ursachen seiner Entlassung auf der Stadtgrube. Er hatte auf der Stadtgrube einen Unfall erlitten, war im Krankenhause der Berufsgenossenschaft behandelt worden und ist aus dem Krankenhause entlassen, als geheilt, aber nur zu leichter Arbeit fähig. Die Stadtgrube stellte ihn wieder ein, die ihm zugewiesene Arbeit war ihm aber zu schwer, sein Zustand verschlimmerte sich, er ersuchte den Inspektor um einen Kurschein, der wurde ihm aber verweigert. Darüber beschwerte sich Bojarowski beim Bergrevieramt und **wegen dieser Beschwerde erhielt er die Kündigung vom Betriebsinspektor.** Bojarowski erhielt ein Führungsattest, worin als Entlassungsgrund angegeben wird: **Weil er sich mit den Werkseinrichtungen nicht einverstanden erklärte. Mit diesem Zeugnis** — meint der Zeuge — **bekäme er auf keiner Grube Arbeit.** — Betriebsinspektor Möller, der hierzu vernommen wird, beruft sich wegen der Verweigerung des Kurscheins auf ein in seinen Händen befindliches Schreiben des Knappschaftsvorstandes an den zuständigen Knappschaftsarzt, worin der letztere aufgefordert wird, wegen einer neuen Erkrankung aus Anlaß des Unfalles den Arbeiter Bojarowski nicht mehr zu behandeln, da derselbe nicht mehr Knappschaftsmitglied sei. — Hieran knüpfen sich längere Erörterungen. Der Verteidiger verweist darauf, daß der Inspektor den verlangten Kurschein unter allen Umständen hätte geben müssen. Ob es sich um eine Erkrankung als Folge des Unfalles oder um eine neue Erkrankung handele, könne doch erst der Arzt feststellen. — Der Passus in dem Briefe des Knappschaftsvorstandes, Bojarowski sei nicht mehr Knappschaftsmitglied, gibt ebenfalls Anlaß zu Erörterungen. Denn nach dem Gesetz ist, wie auch der Sachverständige bestätigt, der Arbeiter durch seine Beschäftigung auf der Grube ohne weiteres Knappschaftsmitglied. — Zeuge Bergrat Netto gibt an, er habe die **Beschwerde** Bojarowskis der **Grubenverwaltung in Abschrift zugestellt.** — Betriebsinspektor Möller bestreitet, daß er Bojarowski wegen dieser Beschwerde entlassen habe. Der Grund der Entlassung sei der, daß Bojarowski andere Arbeiter aufhetzte, indem er sie zu bewegen suchte, gewisse Verbesserungen der Betriebseinrichtungen, die ihnen die Arbeit erleichtert hätten, zu fordern. Die Angelegenheit Bojarowski sei in der „Bergarbeiter-Zeitung" behandelt worden, das habe der Inspektor dem Bojarowski vorgehalten und das sei die Ursache der Kündigung. — Rechtsanwalt Liebknecht hält dem Inspektor vor, daß der Fall Bojarowski erst **im Juni 1904 in der „Bergarbeiter-Zeitung"** behandelt wurde, während die **Entlassung** Bojarowskis **schon am 28. Mai** erfolgte. — Durch Fragen des Angeklagten Gärtner an den Zeugen Möller kommt zur Sprache, daß der Inspektor dem entlassenen Bojarowski die Herausgabe der **Papiere verweigerte, weil derselbe mit Knappschaftsbeiträgen im Rückstande war.** Gärtner hat sich wegen Herausgabe der Papiere an Möller gewandt und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß die Zurückbehaltung der Papiere ungesetzlich ist. Möller hat Gärtner aber zurückgewiesen mit dem Bemerken, die Sache ginge ihn nichts an. Unter diesen Umständen, sagt Gärtner, blieb mir doch nichts übrig, als die Angelegenheit öffentlich zu kritisieren. — Der Vorsitzende sagt hierauf zum Angeklagten: **Sie sind doch nicht die Aufsichtsbehörde.**

Ein anderer Zeuge, der entlassen wurde, weil er als Stollenwärter eine Nachlässigkeit begangen hatte, erhielt ein **Führungsattest**, welches als Entlassungsgrund angibt: „Weil er sich einen berechtigten Ordnungsruf des Beamten nicht gefallen lassen wollte." Auf Vorstellung beim Direktor hat der Zeuge ein anderes Zeugnis bekommen. — Vorsitzender und Staatsanwalt legen Gewicht darauf, daß die Arbeiter ja nur auf Wunsch ein Führungsattest erhalten und daß im übrigen der Abkehrschein genüge. — Die Arbeiter sagen dagegen, **wer nur einen Abkehrschein habe, der bekomme sehr schwer Arbeit, es werde außer dem Abkehrschein noch ein Führungsattest** verlangt und mit solchen Attesten, wie sie hier in Frage kommen, werde ein Arbeiter nicht eingestellt.

Ein anderer Zeuge, Weber, ist entlassen worden, seiner Meinung nach deshalb, weil er Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes war. Die unmittelbare Ursache der Entlassung, die nach Ansicht des Zeugen aber nur ein Vorwand ist, liegt darin: Nach einem Unfall, der den betreffenden Arbeiter nicht beschädigt hatte, gestattete der Steiger, „auf den Schreck eins zu trinken". Darauf haben drei Arbeiter zusammen für 25 Pf. Schnaps getrunken, auch Weber war dabei. Am nächsten Morgen traf der Steiger einige Arbeiter, unter ihnen auch Weber, die ¾ Stunde nach Beginn der Schicht an der Arbeitsstelle saßen oder nach Angabe des Steigers lagen. Weber wurde nun, wie Inspektor Möller bestätigt, wegen Trinkens und Schlafens in der Grube entlassen. Die „Mitschuldigen" Webers sind nicht entlassen worden. Dadurch findet Weber seine Annahme bestätigt, daß er in Wirklichkeit nur deshalb entlassen wurde, weil er Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes war. — Der Verteidiger hält dem Inspektor Möller vor, in dem Führungsattest Webers sei als Entlassungsgrund angegeben: Weil er die Arbeit nach eigenem Ermessen einrichten wollte. Warum denn, wenn Trinken und Schlafen der Entlassungsgrund war, dies nicht im Attest angegeben sei. — Darauf bemerkt der Vorsitzende: **Wenn so etwas hineingeschrieben wird, dann ist es nicht recht, und jetzt, wo es nicht hineingeschrieben ist, soll es auch nicht recht sein.**

Hierauf werden die

**Ursachen des Streiks auf der Stadtgrube**

erörtert. Grubendirektor Lehder, der hierüber zuerst vernommen wird, sagt, er habe seit Monaten das Gefühl gehabt, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter da sei und daß es zum Streik kommen werde. Er habe deshalb zum Inspektor gesagt: Wir wollen den Leuten entgegenkommen, soweit wir können. Er habe den Arbeiterausschuß kommen lassen, der habe gesagt: Wir sind ausgeschaltet, wir können nichts machen, auf die Artikel in der Zeitung haben wir keinen Einfluß, wir haben keine Beschwerden über den Betrieb. — Weiter sagt der Zeuge: Wenn Gärtner gewollt hätte, dann konnte er den Streik verhindern, aber er habe geflissentlich den Haß geschürt. — Ueber die Forderung: Erhöhung des Schichtlohnes, hätte sich reden lassen, die Forderung: Entlassung des Steigers Maß mußte unter allen Umständen abgelehnt werden, ebenso die Wiedereinstellung Zeidlers, der das Agitieren nicht lassen konnte. Die geforderte Erhöhung der Gedingelöhne habe die Grube nicht bewilligen können, sie bringe an Zinsen und Unternehmergewinn nur 40 000 M. jährlich. — In seinen weiteren Darlegungen hebt Direktor Lehder immer wieder mit Nachdruck hervor, Gärtner habe in Versammlungen gesagt: Nicht beim Ausschuß, sondern bei ihm sollten die Arbeiter ihre Beschwerden anbringen. **Die Kenntnis von diesen angeblichen Ausführungen Gärtners in Versammlungen hat der Direktor durch die überwachenden Polizeibeamten erhalten.** Aus derselben Quelle stammen auch andere Nachrichten über Versammlungsäußerungen Gärtners, die der Direktor in einer der voraufgegangenen Sitzungen zum Gegenstand seiner gegen Gärtner gerichteten Ausführungen machte.

Der Angeklagte Gärtner hält dem Direktor Lehder vor, daß er, Gärtner, in Versammlungen nicht nur einmal, sondern öfter der Belegschaft geraten habe, sich mit ihren Beschwerden an den Arbeiterausschuß zu wenden, und daß er sich überhaupt in jeder Weise bemüht habe, ein gedeihliches Verhältnis zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung herbeizuführen. — Von solchen Aeußerungen Gärtners weiß der Direktor nichts, er selber war ja nicht in den Versammlungen und es scheint auch kein Polizeibeamter so gefällig gewesen zu sein, dem Direktor von diesen Aeußerungen Gärtners Mitteilung zu machen. Eben so wenig weiß sich der Direktor der Vorgänge einer im Herbst 1903 mit seiner Genehmigung und unter seinem Beisein abgehaltenen Belegschaftsversammlung zu erinnern, wo nach Angabe des Angeklagten und einiger Zeugen dem Arbeiterausschuß von den Arbeitern Vorwürfe gemacht wurden, daß der Ausschuß die ihm von den Arbeitern übergebenen Beschwerden nicht bei der Betriebsleitung angebracht habe, und daß daraufhin die Ausschußmitglieder ihre Aemter niederlegten. — Gärtner bemerkt weiter, er habe in Versammlungen den Arbeiterausschuß als eine gute Einrichtung bezeichnet, jedoch hinzugefügt, der Ausschuß könne seine Aufgabe nur erfüllen, wenn eine starke Organisation hinter ihm stehe. **Diese Ausführungen mögen es wohl sein, welche dem Direktor in mißverstandener Auffassung hinterbracht wurden und zu der falschen Ansicht führten, Gärtner wolle den Arbeiterausschuß ausschalten.**

Andere Zeugen, Arbeiter, die Gärtners Tätigkeit aus eigener Anschauung kennen, geben von dessen angeblicher Hetzerei ein ganz anderes Bild als der durch Polizeibeamte informierte Grubendirektor. Danach hat der **Streik seine Ursache** in der Unzufriedenheit der Arbeiter, die entstanden ist infolge der schlechten Behandlung der Arbeiter und der niedrigen Löhne, die von einem Zeugen auf 15—17 M. pro Woche angegeben werden, während am Richtertische darauf hingewiesen wird, daß nach vorliegenden Lohnlisten für die fragliche Zeit ein Durchschnittslohn von wöchentlich 18 M. festgestellt ist. — Aus den Zeugenaussagen geht weiter hervor, daß die **Unzufriedenheit der Arbeiter wegen der niedrigen Löhne und sonstiger Mißstände schon ein Jahr vor dem Streik sich bemerkbar machte.** In einer Versammlung, wo die Arbeiter zum Streik drängten, sei der Arbeiter Kalweit auf Gärtners Betreiben, der vom Streik abriet, beauftragt worden, wegen der Forderungen nochmals bei der Grubenverwaltung vorstellig zu werden. Als **Kalweit diesen Auftrag ausführte, habe ihn der Inspektor Möller sofort entlassen.** Das habe die Belegschaft so erbittert, daß sie augenblicklich die Arbeit niederlegte. Auch am Tage nach dem Ausbruch des Streiks habe Gärtner noch gesagt, es wäre besser, wenn die Arbeit wieder aufgenommen würde, noch wäre es Zeit, sonst würde es ein schwerer Kampf werden. Wegen dieser Aeußerungen seien Gärtner von den Arbeitern Vorwürfe gemacht worden. Im übrigen wird über Gärtners Tätigkeit durch Zeugen angegeben, daß Gärtner auch dem **Alkoholgenuß entgegengewirkt habe.** Auf sein Betreiben habe der Wirt des Streiklokals an die Streikenden nur je für 5 Pf. Schnaps täglich verkauft, ferner war durch Versammlungsbeschluß festgelegt, daß als Trinker bekannte Arbeiter das Streikgeld durch ihre Frauen abheben lassen müssen.

Weiter wird festgestellt, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde, nachdem die Grubenverwaltung durch Anschlag bekannt gegeben hatte, daß sie gewisse Lohnerhöhungen eintreten lasse. — Ein Zeuge bekundet, daß die **schlechte Behandlung der Arbeiter durch grobe Redensarten und Prügel seitens der Betriebsbeamten,** worüber vordem viel geklagt wurde, nach dem Streik ein Ende genommen hatte. Klagen dieser Art seien nicht mehr bekannt geworden.

Weitere Zeugenaussagen gehen dahin, daß sie als Versammlungsbesucher nie gehört haben, daß Gärtner gegen den Arbeiterausschuß aufgetreten sei. Aber der Arbeiterausschuß habe sich gescheut, Beschwerden bei der Betriebsleitung anzubringen, weil er vom Inspektor angeschnauzt wurde.

## Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 31. März 1906.

**Der Spiritusring in der Kartellenquete.**

Die kontradiktorischen Verhandlungen über die Verbände in der Spiritusindustrie, die am 8., 9. und 10. Februar unter Vorsitz des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amts, Dr. van den Borght, stattfanden, bezeugen erneut, daß die Produktionsorganisationen den Konsum belasten. Bei der Zentrale für Spiritusverwertung ist die Selbstkostenquote nicht nur nicht verringert worden, sie stieg infolge hoher Ausgaben für Bekämpfung der Outsiders usw. Die Klagen über die Geschäftsgebahrung der Zentrale würden wohl noch schärfer hervorgetreten sein, wenn man nicht den Terrorismus der Bündler fürchtete. Der Großdestillateur Patschke-Danzig, der selbst viel über die Zentrale zu klagen hatte, markierte gar den wilden Mann gegen die Sozialdemokratie. Die Landwirtschaft sei der Grundpfeiler des Kulturstaates, für welchen man Opfer — hohe Spritpreise — bringen müsse. Teilweise Heiterkeit erzielte er mit folgendem Dithyrambos: „Schlagen Sie diesen Pfeiler mit frevelnder Hand weg, so wird Ihnen aus dem Staube des Trümmerhaufens nichts als die rote Flamme des Umsturzes entgegenleuchten." — Die Erklärung für solchen Bündlerenthusiasmus gab als Vertreter der Spritfabrikanten Generalkonsul Eisenmann-Berlin. Dieser führte aus: Ich habe mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß wir von der Landwirtschaft abhängig sind, daß sie unsere Mutter ist, wenn wir sie auch ernähren helfen. Ich bin der Meinung gewesen, daß wir es mit Freuden begrüßen mußten, wenn wir uns mit ihr vereinigen konnten, außerdem aber hätten wir, das ist ganz zweifellos, wenn wir uns der Sache nicht angeschlossen hätten, uns tüchtig in die Nesseln gesetzt.....

„Es war ferner die Erkenntnis in uns aufgedämmert, daß wir mit dem Erstarken der Genossenschaften, mit der Schaffung der politischen Organisation, die die Landwirtschaft vielfach sich angeeignet hatte, wir große Gefahr liefen, wenn wir uns diesen Bestrebungen . . . nicht anschlossen." Die Vertreter des Ringes behaupteten, die mangelhafte Funktion der Börse habe die Organisation veranlaßt. Die Interessenten des Handels erklärten, der Zweck der Gründung sei die Ausschaltung der von ihr vertretenen Berufsgruppe gewesen. Für uns ist die Hauptfrage die: Wie fährt der Konsum bei der Wirksamkeit der Zentrale? Das Urteil lautet unbedingt verurteilend für diese! Sie hat die Preistaktik der großen Verbände in der Rohproduktion grob und plump nachgeahmt. Durch Produktions„regelung" und Auslandsverkäufe zu niedrigen Preisen suchte man auf dem Inlandsmarkt Monopolpreise zu ergattern.

An rohem und raffiniertem Spiritus wurden exportiert in Hektoliter:

| 1888/89 | 1891/92 | 1895/95 | 1898/99 | 1902/03 |
|---|---|---|---|---|
| 173 333 | 111 447 | 265 325 | 243 639 | 407 290 |

Um die Spritfabriken an die Zentrale zu fesseln, erhöhte man die Rektifikationsprämie — Reinigungsprämie — und einen Teil der durch Preisheraufsetzung erzielten Mehreinnahme mußte man zur Bekämpfung der Außenstehen verwenden. Die hohen Preise sind natürlich immer berechtigt, entweder die Kartoffelernte war gut, dann lohnten sich wegen des niedrigen Preises die Fuhren nicht, oder die Ernten waren schlecht und dann standen die Preise für Kartoffeln so hoch, daß sich das Brennen nur bei erhöhten Spirituspreisen lohnt. Gegen solche agrarische Logik kann man natürlich mit Vernunftgründen und solchen des Allgemeininteresses nicht ankämpfen. Obwohl in den letzten sechs Jahren seit Bestehen der Zentrale der Kartoffelerntertrag um durchschnittlich 16,5 Proz. stieg, normaler Weise die Spirituspreise fallen mußten, sind sie gestiegen, wie folgende Tabelle zeigt. Die Durchschnittspreise betrugen:

| Jahr | 1893/94 | 1896/97 | 1903/04 | 1904/05 |
|---|---|---|---|---|
| Mark | 5,56 | 88,81 | 45 | 57 |

Die Zentrale gibt in ihrer Denkschrift folgende von ihr notierten Preise für Primasprit an:

| | niedrigster Preis M. | höchster Preis M. |
|---|---|---|
| 1899/00 . . . | 47,50 | 52,70 |
| 1900/01 . . . | 46,50 | 51,70 |
| 1901/02 . . . | 38,70 | 45,— |
| 1902/03 . . . | 46,10 | 49,40 |
| 1903/04 . . . | 51,— | 68,40 |
| 1904/05 . . . | 65,60 | 72,20 |

Zur Illustration des für 1904/05 als Minimalpreis angegebenen Satzes dient die Tatsache, daß im Jahre vorher Sprit an den Auslandsmarkt zu 8 M. gebracht worden ist.

Nach einer privaten Zusammenstellung ergaben sich die folgenden Differenzen:

| | Im Freihafen Hamburg notierte Primasprit | Dagegen Inlandspreis |
|---|---|---|
| Januar 1903 . . | 19,— M. | 48,40 M. |
| Juli 1904 . . . | 37,— „ | 62,80 „ |
| April 1905 . . . | 55,— „ | 70,20 „ |

Die Folge solcher Preispolitik war: die Bestände wurden geräumt, es kam eine schlechte Kartoffelernte, die Preise stiegen. Das stimmt alles! Aber indem die Zentrale sich auf die Erntewirkungen als Preisbestimmer beruft, spricht sie sich selbst jede Existenzberechtigung ab. Sie hat innerhalb des Rahmens des bestehenden Wirtschaftsbetriebes die natürlichen Faktoren der Regellosigkeit nicht nur nicht gemildert, sondern verschärft. Verschärft allerdings nur zu ungunsten der Konsumenten. Daß die Outsiders die Preistreiberei der Zentrale munter mitmachen, ist selbstverständlich. Ein Vertreter derselben bemerkte auf eine dahingehende Aeußerung der Gegenseite: Meine Herren, die Tatsache ist richtig. Die freien Spritfabriken haben sich mit den hohen Preisen die Taschen gefüllt. — Das beiderseitige Taschenfüllen haben natürlich die Konsumenten bezahlen müssen.

Und die Spritfabriken erfreuen sich des besten Wohlbefindens, wie folgende Zusammenstellung ausweist: Es verteilten Dividende in Prozent:

| Jahr: | Posener Sprit-A.-G. | Gesellschaft für Brauer v. Sinner | Breslauer Spritfabrik A.-G. | Norddeutsche Spritwerke |
|---|---|---|---|---|
| 1899/00 . . . . . | 12 | 15 | 12 | 8 |
| 1900/01 . . . . . | 12 | 18 | 12 | 8 |
| 1901/02 . . . . . | 12 | 12 | 12 | 8 |
| 1902/03 . . . . . | 14 | 12 | 14 | 8 |
| 1903/04 . . . . . | 16 | 15 | 15 | 10 |
| 1904/05 . . . . . | 18 | 15 | 15 | 10 |

Besonders lebhaft waren die Klagen der weiterverarbeitenden Industrie. Ein Expert führte aus, daß früher die Spannung zwischen Verwertungs- und Verkaufspreis 4 M. betragen habe, unter der Wirksamkeit der Zentrale aber auf über 10 M. gestiegen sei.

Im einzelnen gestaltete sich die Entwickelung der Spannung zwischen Verwertungs- und Verkaufspreis unter der Herrschaft der Zentrale folgendermaßen:

| | niedrigste M. | höchste M. |
|---|---|---|
| 1899/00 . . . . | 6,00 | 11,20 |
| 1901/02 . . . . | 7,03 | 18,33 |
| 1903/04 . . . . | 4,46 | 21,86 |
| 1904/05 . . . . | 9,55 | 16,15 |

Der Vertreter einer Lackfabrik klagte besonders über die Differenzierung zwischen Inlands- und Auslandspreis. Für Spiritus, der 1900 noch 23 M. kostete, müßte man jetzt 45 M. zahlen, während dieselbe Ware in Oesterreich 25 M. kostet. Die Preistreiberei habe die Konkurrenzfähigkeit stark unterbunden. Der Einfuhrzoll von 20 M. unterstütze die Preispolitik der Zentrale, hinzu komme, daß der Eingangszoll auf Lacke usw. ganz gering sei. Der Preis für Fuselöl ist unter der Herrschaft der Zentrale von 18 M. auf 60 bis 70 M. hinaufgegangen. Auch den Parfümfabriken ist der Export unterbunden worden. Eine Kölner Firma bezahlte für dieselbe Ware 17 M. mehr als die Konkurrenz in London. Bei dieser Firma ist der Export in einigen Artikeln, der früher 10 000 Dutzend umfaßte, auf zirka 100 Dutzend gesunken. Ein Vertreter der Zelluloidindustrie führte aus: Wir haben bezahlt frachtfrei netto abzüglich aller Vergütungen im Jahre 1895: 20,30 M., mit Eintritt der Zentrale 1899: 32,70 M. und 1905: 48,10 M. — Während in Deutschland 31 M. gefordert wurden, exportierte man für den Auslandsmarkt zu 8 M. Bei solchem Geschäftsgebaren ging natürlich der Inlandskonsum zurück, die Zentrale war erfolgreich im „Schutze der nationalen Arbeit". Und diese ganze Politik wird gestützt durch die deutsche Zollpolitik und in der Spiritusindustrie noch besonders durch die Steuergesetze, die bekannte Liebesgabe an die Brenner. Ob nun endlich mit diesem Geschenk an die Agrarier aufgeräumt wird?

**Rückgang der Schweineschlachtungen.**

Nach den Zusammenstellungen der St.-Korresp. gestalteten sich die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau in den letzten zwei Jahren in Preußen folgendermaßen:

| | 1905 | 1904 | in 1905 gegen 1904 + oder — |
|---|---|---|---|
| Pferde . . . . | 96 834 | 81 312 | + 15 522 |
| Ochsen . . . . | 307 214 | 299 050 | + 8 164 |
| Bullen . . . . | 292 848 | 272 645 | + 20 203 |
| Kühe . . . . | 1 012 970 | 919 445 | + 93 525 |
| Junge Rinder . | 452 435 | 372 388 | + 80 047 |
| Kälber . . . . | 2 277 733 | 2 195 272 | + 82 461 |
| Schweine . . . | 8 022 726 | 8 852 816 | — 830 090 |
| Schafe . . . . | 1 635 805 | 1 523 732 | + 112 073 |
| Ziegen . . . . | 156 492 | 158 340 | — 1 848 |
| Hunde . . . . | 1 584 | 1 177 | + 407 |
| Summa . | 14 256 241 | 14 776 177 | — 519 936 |

Bei steigender Bevölkerung ging die Gesamtzahl der beschauten Stücke um über ½ Million zurück, bei Schweinen beläuft sich der Rückgang auf rund 10 Proz. Dafür haben wir das Vergnügen, mehr Pferde- und Hundebraten verzehrt zu haben.

Noch stärker tritt die Abnahme des Schweinefleischverbrauchs bei der Statistik der auf Trichinen und Finnen untersuchten Schweine in Erscheinung.

| | Es wurden untersucht Schweine | Davon waren trichinös | finnig |
|---|---|---|---|
| 2. Halbjahr 1904: | 6 058 755 | 598 | 1976 |
| 1. „ 1905: | 5 359 051 | 446 | 2033 |
| 2. „ 1905: | 4 987 978 | 291 | 1491 |

In der zweiten Hälfte 1905 ist gegen die Parallelzeit des Vorjahres die Zahl der untersuchten Schweine um 1 070 777 = 17,67 Proz. gesunken. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsvermehrung reicht der Rückgang an 20 Prozent heran. Die Agrarier sind augenscheinlich im Schutze des nationalen Schweines sehr erfolgreich gewesen. Der starke Rückgang der trichinös und finnig befundenen Schweine kann zu der Vermutung verführen, man sei den Trichinen und Finnen gegenüber liberaler geworden. D.

## Eingegangene Druckschriften.

**„Kind und Kunst"**, Monatsschrift für die Pflege der Kunst im Leben des Kindes. 2. Jahrgang. Heft 7. Koch, Darmstadt.

**Jahrbuch der Fürsorge, 1906.** Herausgegeben im Auftrage der „Zentrale für private Fürsorge" zu Frankfurt a. M. von Dr. Chr. J. Klumker und B. Polligkeit.

**„Die Totengräber unserer Bedürfnisse unter den Gesetzgebern"** von Karl Pieper. 1,20 M. Berlin W. 30, Hermann Walther, G. m. b. H.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

# Theater.

**Dienstag, den 3. April.**
Anfang 7½ Uhr:

**Opernhaus.** Don Juan.
**Schauspielhaus.** Romeo und Julia.
**Deutsches.** Oedipus und die Sphinx.
**Berliner.** Der Hüttenbesitzer.
**Neues.** Ein Sommernachtstraum.
**Westen.** Rigoletto.

Anfang 8 Uhr:

**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Helden.
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Militärstaat.
**Lessing.** Der Biberpelz.
**Komische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.
**Kleines.** Kinder der Sonne.
**Residenz.** Der Prinzgemahl.
**Zentral.** Der Bettelstudent.
**Trianon.** Loulou.
**Lustspielhaus.** Die von Hochsattel.
**Carl Weiß.** Geschlossen.
**Thalia.** Bis früh um fünfe. —
**Luisen.** Das Käthchen von Heilbronn.
**Metropol.** Auf ins Metropol.
**Walhalla.** Einer von unsere Leut'!
**Deutsch-Amerikanisches.** Er und Ich.
**Kasino.** Die Herren Söhne.
**Apollo.** Das bummelnde Berlin. Spezialitäten.
**Folies Caprice.** Der Schmock. Dalles u. Co.
**Wintergarten.** Spezialitäten.
**Belle-Alliance.** Spezialitäten.
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.
**Passage.** Spezialitäten.
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Aus dem Innern Ostafrikas.
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

## Berliner Theater.

Anfang 7½ Uhr.
**Der Hüttenbesitzer.**
Mittwoch: Der Widerspenstigen Zähmung.
Donnerstag: Der Geigenmacher von Cremona. Der G'wissenswurm.
Freitag: Der Hüttenbesitzer.
Sonnabend: Kean.

## Neues Theater.

Anfang 7½ Uhr.
**Ein Sommernachtstraum.**
Mittwoch: Caesar und Cleopatra.
Donnerstag: Ein Sommernachtstraum.

## Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
**Kinder der Sonne.**
Mittwoch:
**Ghetto.**

## Zentral-Theater.

(Operette.) 8 Uhr:
**Bettelstudent**

## Komische Oper.

Dienstag, den 3. April 1906, abends 8 Uhr:
**Hoffmanns Erzählungen.**
Mittwoch: Figaros Hochzeit.
Donnerstag: Don Pasquale.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.

## Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
**Das Käthchen von Heilbronn.**
Mittwoch: Die Räuber.

**Deutsch-Amerikanisch. Theater.** Köpenickerstr. 67/68.
Heute
zum 103. Male **Er und Ich**
Gastspiel Ad. Philipp
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.
Abends 8 Uhr: ER und ICH.

## Lustspielhaus.

Allabendlich 8 Uhr:
**Die von Hochsattel.**

## Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute zum 156. Male
morgen und folgende Tage 8 Uhr:
**Der Prinzgemahl.**
Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Kantor und F. Chancel.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

## Walhalla-Theater

**Einer von unsere Leut'!**
Volksstück in 6 Bildern nach D. F. Berg von D. Kalisch.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

## Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
**Die Herren Söhne.**
Gastspiel v. Tower u. Clayton.
Neu! Lickson usw. usw.
Sonnt. 4 Uhr: Die goldene Brücke.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).**
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Helden.**
Komödie in 3 Aufzügen von Bernard Shaw. Deutsch v. Siegfried Trebitsch.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
**Helden.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
**Zwei glückliche Tage.**

**Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)**
Dienstag, abends 8 Uhr:
**Der Militärstaat.**
Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Moser und Thilo v. Trotha.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
**Der Militärstaat.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
**Der Vogel im Käfig.**

## 65 Abessinier in Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

## Zirkus Albert Schumann

Heute abend präzise 7½ Uhr:
Das Sensations-Progr. U. a.:
Zum erstenmal auf dem Kontinent!
**Jokoda-Truppe**
20 Personen.
**Japanische Gaukler**
mit ihren vollständig neuen hier noch nie gesehenen Tricks.
Ferner: Berlins größte Novität! Chinesische Fischer m. ihren Fische fangenden Tauchervögeln
**Cormorants.**
Außerdem zum 106. Male:
**Femina** das neue Frauenreich.

## Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das originelle April-Programm.
**Lucie König**
Vortrags-Soubrette.
**Marka Freya,**
Excentrique.
**Hermann Strebel,**
Humorist.
Ferner 14 neue Spezialitäten.

## Apollo-Theater.

8 Uhr! Täglich: 8 Uhr!
**Die neuen erstklassig. Spezialitäten.**
9 Uhr:
**Das bummelnde Berlin.**
Burleske von Bemmo Jacobson.
Musik von Rudolf Nelson.
Im 3. Bilde: La Matschiche, mex. Tanz.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Venus auf Erden und Spezialitäten.

## Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
**!Auf – in's Metropol!**
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

## Belle-Alliance

Eintritt 50 Pf. Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Allabendlich: **Heinz Buda**
der Sänger mit der Laute und das neue glänzende April-Konkurrenz-Programm.

## Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Heute bis inkl. 7. April geschlossen.
Sonntag, 8. April, abends 8 Uhr:
**Am Altar.**
Zeitgemälde in 5 Akt. v. Blumenreich.
In Vorbereitung: Abenteuer des Sherlock Holmes. Englisches Sensations-Schauspiel: Gesang u. Ballett von F. Foy.

## W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Otto. Brunnenstr. 16.
**Ein Pariser Taugenichts.**
Volksstück in 4 Akten von Töpfer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Vom Montag, 9. April bis Sonnabend, 14. April cr. bleibt d. Theater geschlossen!

## Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
U. a.:
**Les 5 Orans**
in ihrer Strandszene.
**Tom Briarly**
der Universal-Artist.
**Les Clarés**
Gentleman-Akrobaten.
**Eine Berliner Grisette.**
Posse v. Stotz. Musik v. O. Antonius.
Familienkarten in Barbier-, Friseur- und Zigarrengeschäften unentgeltlich.

## Trianon-Theater.

Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

XI. Berliner Saison.
Nur noch kurze Zeit!
## Zirkus Busch.
Um 8½ Uhr! Neu!
**70 dressierte Eisbären 70**
unter persönlicher Vorführung des Herrn **Hagenbeck.**
Herrn Ernst Schumanns Neudressuren und die vorzüglichsten Programmnummern.
Zum Schluß zum 133. Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
**◆ Indien. ◆**
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
Besonders hervorzuheben:
**Eine Tigerjagd.**

## Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Palm-Sonntag, den 8. April cr.:
Großer Schauspiel-Abend.
**Der beste Arzt.**
Schauspiel in 4 Akten.
Anfang 6 Uhr. Entree 40 Pf.
2. und 3. Feiertag: Festvorstellung und Tanz.

## Fröbels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.
Heute Dienstag, den 3. April 1906:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
**Der Salontiroler.**
Lustspiel in 4 Akten von G. Moser.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

## Folies Caprice

Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132,
Ecke Friedrichstraße.
Zum 18. Male:
**Der Schmock**
und
**Dalles & Co.**
Anfang 8 Uhr.
Kasse den ganzen Tag geöffnet.
Vorverkauf bei Wertheim.

## WINTER GARTEN

**Neues Programm!**
Mlle Broadfoote, engl. Sängerin.
Die 2 Sandwinas, Handstandkünstler
Bellatzer-Truppe, gymnast. Akt.
Theresen & Partner, kom.-hypnotischer Akt.
De Bière, Zauberkünstler.
Robertus & Wilfrede, Balljongleure.
König Dollar, Ballett von John Tiller, London.
Alexia, Pariser Wirbeltänzerin.
Will Rogers, Lassowerfer.
Die Baggesens, kom. Jongleure.
De Dio, Phantasiotänzerin.
Der Biograph.

## Reichshallen.

**Stettiner Sänger.**
Neu! Einquartierung.
Mit Humoreske v. Meysel
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

## Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.

Dir. Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
und Tanzkränzchen.
Hochinteressantes Progr.
Anmeld. f. d. gr. Theatersaal z. nächst. Saison (a. f. Mittwochs) w. schon jetzt entg.

**Aeltestes konz.**
## Leihhaus
Charlottenburg.
**Wilmersdorferstr. 40 I.**
Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer, Gelegenheitskäufe in Brillanten, Uhren, Gold- u. Silbersachen. [329L*

# Neue freie Volksbühne.

Die Kunst dem Volke.

**Sonntag, den 8. April, abends 7½ Uhr, Kellers Festsäle, Koppenstr. 29:**

**Frühlingsfeier** – Orchester-Konzert – Operetten-Aufführung – Humoristische Rezitationen.

Daran anschließend: **BALL.**

**Karten für Mitglieder a 50 Pf., für Gäste a 60 Pf.** sind an allen Zahlstellen zu haben.

Vorbestellungen zur **Beethoven-Feier** werden nicht mehr entgegengenommen. Die bis jetzt eingegangenen Vorbestellungen können nur zur Hälfte berücksichtigt werden.

Zu den an allen Sonntagen im April und Mai im **Deutschen Theater** stattfindenden Vorstellungen **„Das Käthchen von Heilbronn"** sind eine kleine Anzahl Gastkarten a 1,35 M. in folgenden Zahlstellen zu haben: **Fischer,** Veteranenstr. 6; **Bobsien,** Kommandantenstr. 62; **Becker,** Gotzkowskystr. 9; **Kaufheld,** Wrangelstr. 52; **Martienzen,** Belleallianceстr. 7/8.

150/4 **Der Vorstand.** I. A.: H. Nett, Bremerstr. 59 II.

## Theater des Westens

(Station Zoologischer Garten)
Kantstraße 12.
Dienstag, bei aufgehobenem Abonnement, Gastspiel d'Andrade:
**Rigoletto.**
Mittwoch:
**Die vier Grobiane.**
Anfang 7½ Uhr.

## Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Größter Erfolg
des neuen
Spezialitäten-Progr.

## Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter Allee 85.
**Das vorzügliche April-Programm!**
Neu! Neu!
**Die weibliche musikalische Rockkompagnie.**
Posse mit Gesang und Tanz.
Während der Karwoche außer Karfreitag: Täglich Vorstellung.

**Neu eröffnet!**
**Welt-Ausstellungs-Biograph-** (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Abnormitäten-Progr.
Den ganzen Tag Vorstellung.
**Otto Pritzkow,**
Münzstraße 16.

## Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
**Gottschalk-Konzert.**

## Der Kenner raucht №61

**hochfeine 6 Pf. Cigarre**
vorzüglicher würziger Geschmack
**J. NEUMANN**
Cigarren-Fabriken – 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Französ. Str.
Gertraudtenstr., Eck Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.
Jerusalemerstr. 41, Eck. Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck Münzst.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck. Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Wallstr. 14a, E. ke Neue Grünstr.
Wienerstr. 32, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

## Urania Taubenstr. 48/49.

Abends 8 Uhr:
Aus dem Innern Ostafrikas.

## Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

## Krug zum Grünen Kranze Alexanderplatz

(im Keller)
Allabendlich:
**„Fidelitas!"**
Damen-Orchester
Bedienung nach Münchener Art.
**Entree frei.**
Säle v. 200-1000 Pers. fassend.

## Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für
**Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10–2, 5–7, Sonnt. 10–12 Uhr.

Das älteste
## Rester-Geschäft
des S.-O. von
**Wilhelm Mühlbach**
empfiehlt zur bevorstehenden Einsegnung **Reste** von schwarzen Kleiderstoffen, Glänzchen zur Kinderkonfektion zu den billigsten Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
**10 Oppelnerstr. 10**

Empfehle garantiert unverfälschten, sehr wohlbekömmlichen **Rotwein** zu **48 Pf.** p. Ltr. i. Faß von 55 Ltr. od. 50 Pf. mit Flasche a ca. ¾ Ltr. v. 25 Fl. an geg. Nachn. Probe v. 12 Fl. 55 Pf. p. Fl. Preisliste frei. **Carl Th. Oehman,** Koblenz a. Rhein 728. Größter Rotweinversand in Koblenz.

## Zigarren! Zigaretten!

billigste Preise für Wiederverkäufer!
**Pasewalkerstraße 9.**

## Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
**H. Unger,** Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 213.

## Wirtshaus Schloß Woltersdorf

(nicht Schleuse) direkt an Chaussee und Flakensee, für die bevorstehende Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken zu Dampferpartien und Ausflügen per Bahn, Fußtouren usw. angelegentlichst empfohlen. Stelle mein Lokal auch Sonntags u. an den Pfingstfeiertagen zu Vereinsfestlichkeiten zur Verfügung. Fernsprecher:
**Friedr. Saewert,** Amt Erkner No. 49.
62*

## Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seddinsee.

(Endstation der „Stern"-Dampfer)
**Hermann Peter.** Telephon: Grünau No. 89.
Empfehle mein altbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferstege, Kegelbahnen, große Kaffeeküche.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

## Jedes Jenensia-Rad

ein Meisterwerk deutscher Technik.
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
**Sozial-Räder** m. 65.–, **Sozial-Luxus-,** mit Freilauf, m. 100.–,
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23" zu achten.
**23. R. Groskurth,** Berlin C., **Münzstr. 23.**

## PROBLEM

Cigaretten übertreffen Importen
Beste deutsche Fabrikate überall zu haben.

## Es kommt der Tod

sicher jeder Wanze bei Anwendung von **Reichels verstärktem Wanzenfluid. Sicherstes Spezialmittel der Welt!** Zerstört die Brut vollständig. Fl. **50 Pf., M. 1.–, 2.–, 3.–,** Ltr. **5.–.** Der Teufel holt alle Schwaben und ihre Brut mit **Reichel's Schwabenpulver „Poudre Martial", 50** Pf., M. **1.–, 2.–,** Pfd. **4.–.** Echt und garantiert wirksam nur mit Marke **„Tod u. Teufel".** Sprühapparate **50** Pf. Erhältlich in den **Drogerien,** wo Plakate mit „Tod und Teufel" und bei
**Otto Reichel,** Berlin, Eisenbahnstr. 4. Fernspr.-Anschl. IV. 646, 8190 u. 4562.

## Pflege Deinen Teint mit „Posenda"

kohlensäurehaltiges, antiseptisches, herrlich duftendes, preisgekröntes patentamtl. geschütztes **Toilette-Pulver.** Jugendlich aristokratisches Aussehen! Staunend weißer Teint. Keine Röte — gelbe Flecken — Runzeln — Sommersprossen! — Pickel — Mitesser! — Macht das Wasser weich. Tausendfach bewährt und als geradezu ideales **Mittel** bezeichnet. **Wirkung frappant!** Für Damen u. Herren unentbehrlich, 1 Original-Pack **25** Pfennig.
**Niederlagen** in Apotheken, Drogerien und Parfümerien.
Wo nicht zu haben, direkt von der 727L*
**Chemischen Fabrik „POSENDA", G. m. b. H., Posen O. 240.**

# Ausnahme-
## Woche
für
# Gardinen und Stores

**weiß, creme u. ockerfarben abgep. Fenster = 2 Shawls.**

**Echt engl. u. Brüssel-Tüll** m. Band eingef. 12 bis **2,50** M.
**Prima Spachtel - Tüll** m. Batist-Auflage 18 bis **9,50** M.
**Echt Erbstüll,** reich m. Bändchen, Handarb. 25 bis **8,75** M.
**Relief-Tüll-Stores,** neue Sezess.-Muster 5 bis **2,00** M.
**Echte Spachtel-Stores,** Applik. m. Spinnen 12 bis **5,25** M.
**Point lace-, Stella-** und **Lacet-Stores** a. Erbstüll, Neuheit 18 bis **6,00** M.

# Steppdecken.

**Seidenart. Lasting** à 14, zweis. 12, 9 u. **7,50** Mk.
**Wollatlas** à 10, 8, 6, 5 u. **4** Mk.
**Purpur,** echt rot, à 5, 3,25 u. **2,50** Mk.
**Seiden-Atlas,** alle Farb., 20, 15, 12 u. **10** Mk.
**Excelsior Cloth,** à 9, doppels. 8, 6,50 u. **4,75** Mk.
**Satin,** gemustert, à 6, 5 u. **4** Mk.
**Türkisch-Cretonne,** à 4.50, 3 u. **2,25** Mk.
**Daunen-Decken** à 30, 26 u. **18** Mk.

**Vorjährige Muster und Restbestände jetzt fast für die Hälfte des Preises.**

# Teppichhaus
# B. Hurwitz
## Rotes Schloß

356L*

vis-a-vis dem National-Denkmal.

---

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

**Karl Himmelfahrt**

sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank. 979b

Im Namen der Hinterbliebenen:
Witwe Klara Himmelfahrt.

---

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 29/14*
**Haut- und Harnleiden.**
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4

---

**Spezial-Geschäft für Uhren.**

Kavalier-Remont.-Uhren v. 5 M.
Silberne Remont.-Uhren „ 7 M.
Goldene Remont.-Uhren v. 12 M.
Schlagw.-Regulat.-Uhren v. 9 M.
Jungh.-Rick.-Weck.-Uhren 2 M. an
— Reelle schriftliche Garantie. —
**Reparaturen** fertige sofort in eigenen Werkst. unter Garantie.

# E. Möbis,
## 14 Beuthstraße 14
(am Spittelmarkt).
2. Geschäft: **Koppenstr. 82.**

---

**Patent** Anmeldung v. Patenten im In- u. Auslande. Verwertung. Finanzierung. 1a Referenzen. Coulante Bedingungen. Wolters & Co. Berlin. Wilhelmstr. 119/120. 10-1 u. 5-6 Sonntags 11-1. **Bureau**

---

**Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.**

**Todes-Anzeige.**

Am Freitag, den 30. März, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

## Adolf Hoffmann
Gerichtstr. 39.

Gleichfalls am Freitag verstarb unser Mitglied, der Registrator

## Erich Roick
Bergstr. 9.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung des Genossen **Hoffmann** findet heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Nazareth-Kirchhofes, Reinickendorf, Berlinerstraße, aus statt.

Die Beerdigung des Genossen **Roick** findet gleichfalls heute nachmittag 2 Uhr auf dem alten Sophienkirchhof, Bergstraße, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

247/19 **Der Vorstand**

---

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands**
**Zahlstelle Berlin.**

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß am Freitag, den 30. März, unser Kollege

## Adolf Hoffmann
verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Nazareth-Kirchhofes, Reinickendorf-West, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

64/10 **Die Ortsverwaltung.**

---

**Verein der Töpfer Berlins und Umgegend.**

Am 30. März verstarb unser Kollege 291/1

## Paul Radau.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 3. April, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes aus statt.

**Der Vorstand.**

---

**Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis (Landsberger Viertel).**

**Todes-Anzeige.**

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied, der Genosse

## Heinrich Fischer
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, 3. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

212/17 **Der Vorstand.**

---

**Sozialdemokrat. Wahlverein Nowawes-Neuendorf.**

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Genosse 291/3

## Eduard Pitrowski
nach längerem schwerem Krankenlager gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. April, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Friedhofes aus statt.

Die Mitglieder des Wahlvereins versammeln sich um 12½ Uhr bei O. Hiemke. **Der Vorstand.**

---

Allen Genossen und Bekannten zur Nachricht, daß meine Frau

## Mathilde Heyer
geb. **Veh**

am Sonntag früh verstorben ist.

Die Beerdigung findet statt am Mittwochnachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes in Steglitz aus. 6982

**Hermann Heyer,**
Steglitz, Herderstraße Nr. 9.

---

**Danksagung.**

Freunden, Kollegen, Genossen und Verwandten sagen wir für die innige Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters unseren herzlichsten Dank. 6992

Frau **Herfahrt** nebst Kindern,
**Pankow.**

---

**Danksagung.**

Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes sage ich allen Teilnehmern meinen tiefgefühlten Dank. 7000

**Witwe Melchin, Grünau.**

---

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.
**Verwaltungsstelle Berlin.**
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

**Mittwoch, den 4. April 1906, abends 8½ Uhr,**
## Klempner-Versammlung
im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer 15 (großer Saal).
Tages-Ordnung: **Beschlußfassung über die außerhalb der Innung und Vereinigung stehenden Firmen, welche dem Tarifvertrag nicht beigetreten sind.**

**Mittwoch, den 4. April, abends 8½ Uhr,**
im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer 15:
## Versammlung der Drahtarbeiter Berlins u. Umg.
Tages-Ordnung: **1. Der Einfluß der Unternehmer auf die Gesetzgebung.** Referent: Kollege **Karl Schmidt.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 115/18
Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen **Die Ortsverwaltung.**

**Donnerstag, den 5. April, abends 8½ Uhr,**
## Oeffentl. Wähler-Versammlung
für den
## 34. Kommunal-Wahlbezirk
in den **Berolina-Festsälen,** Schönhauser-Allee 28.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten **Kohlenzer.** 2. Diskussion. 247/18 **Der Einberufer.**

**Freitag, den 6. April, abends 8½ Uhr:**
## Oeffentl. Wähler-Versammlung
in den **Berolina-Festsälen,** Schönhauser-Allee 28.
Tages-Ordnung:
**Verkündung des Wahlresultats.**
**Der Einberufer.**

# Deutscher Buchbinder-Verband.
**(Zahlstelle Berlin.)**
**Mittwoch, den 4. April 1906, abends 8½ Uhr:**
## Mitglieder-Versammlung
**im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 1).**
Tages-Ordnung:
1. **Ersatzwahl zum Verbandsvorstande.** 2. Maifeier. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Wegen der Ersatzwahl zum Verbandsvorstande ist das **Mitgliedsbuch** mitzubringen!
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

## Lackierer!
Mittwoch, den 4. April 1906, abends 8½ Uhr:
## Versammlung
**der Sektion der Lackierer der Vereinigung der Maler, Lackierer etc. (Filiale Berlin)**
in **Dräsels Festsälen,** Neue Friedrichstr. 35.
Tages-Ordnung:
1. **„Streiflichter aus der heutigen Sittenlehre".** Ref.: Kollege **H. Pilke.** 2. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist notwendig. 197/5
NB. Die Versammlung findet wieder im **großen Saale** statt.
In dieser Versammlung **gelangen die Billetts zum Stiftungsfest** am 28. April **zur Ausgabe.** **Die Sektionsleitung.**

# Oeffentliche Versammlung
der
# Krankenkassen-Angestellten
**Groß-Berlins**
**Dienstag, den 3. April, abends 8¼ Uhr, im Englischen Garten,** Alexanderstr. 27c:
Tages-Ordnung:
**Die Maßregelung der 19 Kollegen durch den Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider.** Referent: Der Vorsitzende **Giebel.**
**Der Vorstand der Bezirksgruppe.**
290/20 J. A.: **Paul Bürkert.**

Die Orts-Krankenkasse der Schneider ist für jeden Kollegen des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen **gesperrt!** Niemand darf dort in Stellung treten. **Bezirksgruppe Berlin.**
J. A.: **Paul Bürkert.**

## Achtung! Brunnenbauer u. Hülfsarbeiter.
# Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter
**Deutschlands.**
**Mittwoch, den 4. April 1906, abends 8 Uhr, im Lokale von Augustin, Oranienstr. 103:**
## Versammlung aller im Brunnenbaufach beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. **Der Stand unserer Bewegung.** 2. Regelung der Streikunterstützung. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
33/18* **Der Zweigvereinsvorstand.**

## Achtung! Bauhülfsarbeiter! Achtung!

Seit gestern stehen die Brunnenbauer und Hülfsarbeiter in einem Streik. Die winzigen Forderungen, welche für die Hülfsarbeiter **45 Pf. pro Stunde** betragen, sind bisher von den Arbeitgebern nicht anerkannt worden. Sie erkennen nicht nur die Forderungen nicht an, sondern lehnen es ab, mit der Organisation zu verhandeln. In Betracht kommen hauptsächlich die Firmen **L. Lohde, Medon, Vatteradt, Wilsgale** und **Bitterhoff,** während die Firmen **Gerlach, Andrzejewski, Kohl** und **D. B. Simon** die Forderungen bereits unterschriftlich anerkannt haben. Die Arbeiter der letzteren sind im Besitz von **roten** Arbeitsberechtigungskarten.

Wir richten an **alle Bauhülfsarbeiter** das Ersuchen, die Streikenden in ihrem Kampfe zu unterstützen und während der Dauer des Streiks Arbeit bei Brunnenbaufirmen nicht zu nehmen. Ferner ersuchen wir jeden Kollegen, der Gelegenheit hat, mit arbeitenden Brunnenbauern und Hülfsarbeitern zusammenzukommen, sie nach der **roten** Arbeitsberechtigungskarte zu fragen.

Alle, die ohne diese Karte angetroffen werden, arbeiten entgegen den Bestimmungen der Organisation, lassen sich also deshalb als Arbeitswillige benutzen. **Der Zweigvereinsvorstand.**

---

2582*

# Inventur-Extrapreis!

Eine Partie **große**
# Diwandecken
**auf beiden Seiten benutzbar**
**Mk. 4,35** (Wert 6,75)
**Buntpersische doppelseitige**
## Diwandecken
**Mk. 7,50—8,75** (Wert 12—15 M.)
**Bunte Moquett-Plüsch-Diwandecken**
**Größe 150/300 cm 23,50** (Wert 33 M.)
**Teppich-Spezialhaus**
# Emil Lefèvre
**Berlin S. Oranienstr. 158.**
Nach auswärts per Nachnahme.

**Inventur-Extraliste u. Katalog** mit ca. 600 Illustrat. — gratis und franko.

---

**Sämtliche Neuheiten für Frühjahr u. Sommer vorrätig.**

# M. Schulmeister
Schneidermeister
**Berlin SO.,** Dresdenerstraße 4
**am Kottbuser Tor.**

**Spezial-Haus feiner Herren- und Knaben-Garderobe**
fertig und nach Maß.

**Elegante**

| | | |
|---|---|---|
| Sommer-Paletots | Mk. an | 18,50 |
| Jackett-Anzüge . . | „ | 17,50 |
| Rock-Anzüge . . . | „ | 26— |
| Gehrock-Anzüge . | „ | 32,50 |
| Haus-Joppen . . . | „ | 6— |

Berufskleidung für alle Gewerke.
**Nur Eigen-Konfektion.**

---

# „Der Metzger ist da!"

„Ich brauche nichts von ihm bei den teuren Fleischpreisen," sagt die praktische Hausfrau. „Ich koche meine Suppen nur mit Wasser und erhalte mindestens ebenso kräftige, nahrhafte und vortreffliche Fleischbrühsuppen wie aus frischem Fleisch, denn ich verwende nur: **Knorrs Suppentafeln und Erbswurst!"** 289/17*

---

**Damen-Konfektion direkt** aus der **Fabrik.**
**Kein Laden.**
Nach beendeter Engros-Saison
**auch Einzelverkauf**
**enorm billig**

Uebergangs-Paletots
Havelocks
Capes
Jacketts
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-Paletots

**Robert Baumgarten,**
Hausvoigtei-Platz 11, II. Etage
(an der Jerusalemerstraße).

Bei Vorzeigung dieses Inserats an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vergütet.

**Auch Sonntags geöffnet!**

---

Man achte auf Firma und Wort „Medico".

## Hat jemand Rheumatismus,

**Gicht, Gliederreißen, Nervenschmerzen, Hüftweh (Ischias), Hexenschuß, Geschwulst** 2c. der gebrauche nur Reichel's **„Electricum"** (Reichs Kiefernnadelwaldwolle). Einfaches u. unschädliches Naturprodukt von starker, durchgreifender, sofort schmerzstillender Wirkung. **„Electricum"** wirkt wie elektrisierend auf den Körper, kräftigt wunderbar Glieder und Nerven. Ueberraschende Erfolge! Man nehme nur „Electricum". Es gibt nichts Besseres. Fl. M. 1.— und 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reichel's Wacholder-Extrakt „Medico". Fl. 75 Pf., M. 1.50 u. 2.50 in **den Drogerien und Apotheken erhältlich u. zu beziehen** durch **Otto Reichel,** Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

---

# Moerner's Blumengarten
**Ober-Schöneweide**
## Dampferstation Stern
**empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeder Art.**
**2 große Säle. — 3 Familien-Kaffee-Kochküchen.**

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Ortsverwaltung Berlin.**

**Mittwoch,** den 4. April, abends 8½ Uhr:

## Vertrauensmännerversammlungen:

**In diesen Versammlungen kommen die Stimmzettel zur Urabstimmung, die Erhöhung der Gehälter der Verbandsangestellten betreffend, zur Ausgabe.**

**Süden:** bei **Gliesing, Wassertorstr. 68.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

**Westen und Süd-Westen:** bei **Habel, Bergmannstr. 5–7.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

**Wedding und Gesundbrunnen:** bei **G. Milbrodt, Müllerstraße 7.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensleute. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

**Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt:** bei **Wernan,** Schwedterstr. 23.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen von **Fest,** Brunnenstr. 100, mögen **alle** erscheinen.

**Nordosten:** bei **Mann, Strausbergerstr. 3.**
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.
**Obmann des Bezirks Nordosten ist vom 1. April ab: Kollege Michaltseck, Ebertystr. 27.**
Werkstattdifferenzen sind zunächst hier anzumelden.

**Osten I, Osten II:** bei **Litfin** (Gesellschaftshaus „Ostend"), **Memelerstr. 67.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
NB. Die Adressen der **Obleute** sind:
Bezirk Osten I: Kollege **Fritz Tarnow,** O. 34, Graudenzerstr. 8, v. IV l.
" " II: " **Fritz Hummel,** O. 34, Eckertstr. 17, v. IV.

**Bezirk Oestliche Vororte:** bei **Wildner, Friedrichkarlstr. 11. Friedrichsberg.**
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

**Südosten:** bei **Muhs, Manteuffelstr. 95.**
Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Kommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Bericht des Kollegen **Exner** über die Verhandlungen des Gautages zu Frankfurt a. O. 4. Verschiedenes.

## Bautischler.

**Bezirk I:** bei **Möhring, Admiralstr. 18c.**
**Bezirk II:** bei **Zietz, Warschauerstr. 61.**
**Bezirk III:** bei **Hube, Kopenhagenerstr. 74.**
**Bezirk IV:** bei **Fortanier, Tegelerstr. 56.**
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung pünktlich und zahlreich zu erscheinen. **Die Branchenkommission.**

## Branche der Musikinstrumentenarbeiter

**im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 5).**
Tagesordnung: 1. Die Maifeier. 2. Bericht der Kommission. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Jeder Betrieb muß vertreten sein. **Die Branchenkommission.**

## Drechsler und Treppengeländerbranche.

**Osten:** bei **Neumann, Friedenstraße 67.**
**Südosten u. Südwesten:** bei **Stramm, Ritterstraße 123.**
**Norden:** bei **Bergmann, Brunnenstr. 79.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die in Tischlereien beschäftigten Drechsler sowie jede Branche in Treppengeländerfabriken haben Delegierte zu entsenden. **Die Kommission.**

## Stellmacher

bei **Wohlfahrt, Rosenthalerstraße 57.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.

## Stock- und Zelluloidarbeiter

bei **Bareiuz, Brückenstr. 7.** **Der Obmann.**

## Branche der Kistenmacher

bei **Baudach, Breslauerstr. 28.**
Jede Werkstatt muß vertreten sein!

## Branche der Korbmacher

bei **Hoffmann, Koppenstr. 47.**
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

## Bürstenmacher

bei **Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57,** abends 8½ Uhr.
Jede Werkstatt muß durch einen Kollegen vertreten sein.

## Bilderrahmenmacher

bei **Nagler, Alexandrinenstr. 103.**
Die Kommission erscheint eine Stunde früher. **Der Obmann.**

## Einsetzer!

**Mittwoch, den 4. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 3).**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. **Die Kommission.**

## Modell- u. Fabriktischler, Modelldrechsler.

**Donnerstag,** den **5. April** in **„Schmidts Gesellschaftshaus", Gartenstr. 6.**
Tagesordnung: 1. Bericht über die stattgefundene Konferenz der Modelltischler. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. **Die Kommission.**

## Sitzmöbeltischler.

**Donnerstag, den 5. April,** bei **Muhs, Manteuffelstraße 95:**

**Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Bericht über den Antrag an die Verwaltung. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Kollegen ist, zu erscheinen. **Die Kommission.**

---

# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

**Dienstag, den 3. April 1906, abends 8 Uhr, bei Franke, Sebastianstraße 39:**

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 240/11*
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen **Ledebour** über: **„Die Schäden der Kolonialpolitik für unser Volk".** 2. Diskussion.
Gäste haben Zutritt. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
**Der Vorstand.**

---

# Freie Vereinigung der Maurer Deutschl.

**Ortsverein Berlin.**

**Freitag, den 6. April, abends 8½ Uhr:**

## Mitglieder-Versammlung

der Abteilung der Putzer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Organisation und Agitation. Referent: Kollege **Menke.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme von Mitgliedern. 4. Verschiedenes
Zahlreiches Erscheinen erwartet 129/15 **Der Vorstand.**

---

# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

**Dienstag, den 3. April 1906, abends 8½ Uhr, in der Königsbank, Große Frankfurterstr. 117:**

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Philharmonie-Boykott. Referent: Genosse **Wels.** 2. Diskussion. 3. An den Vorstand gelangte Anträge. 4. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 242/16* **Der Vorstand.**

---

# Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.

**Dienstag, den 3. April, 8½ Uhr abends:**

## Versammlung im Alten Schützenhause, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung: 1. **Aus der Geschichte des Sozialismus.** Referent Genosse **Ebert.** 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 245/6*
Gäste erwünscht. **Zahlreiches Erscheinen** erwartet **Der Vorstand.**

---

# Zentralverband der Maurer Deutschlands.

**Zweigverein Berlin.**

## Sektion der Gips- u. Zementbranche.

**Mittwoch, den 4. April 1906, abends 8 Uhr, bei Jannaschk, Inselstraße 10:**

**Kombinierte**

## Mitglieder-Versammlung

**mit Frauen der Rabitzputzer, Spanner und Träger.**

Tages-Ordnung:
1. **Vortrag des Genossen Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn** über: **„Revolution und Dichtkunst".** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes
Der interessanten Tagesordnung wegen ist es dringend erforderlich, daß alle Kollegen mit ihren Frauen recht zahlreich erscheinen. Die Versammlung wird **pünktlich** eröffnet.
**Mitgliedsbuch legitimiert.**

NB. Vom 1. April 1906 ab treten für folgende Gruppen die laut § 1 des Vertrages erhöhten Lohnsätze in Kraft:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1. | Für **Rabitz-, Koksaschenwand- und Zement-Drahtputzer sowie Plattensetzer** | **90** | Pf. die Stunde |
| 2. | " **Spanner** | **75** | " " " |
| 3. | " **Zementierer und Flechter** | **72½** | " " " |
| 4. | " **Einschaler** | **62½** | " " " |
| 5. | " **Putzerträger** | **72½** | " " " |
| 6. | " **Hülfsarbeiter bei der Zubereitung und beim Transport von Beton** | **55** | " " " |

Ebenfalls ersuchen wir die Kollegen, welche in der Gipsbranche arbeiten, streng auf die Innehaltung der **8½stündigen Arbeitszeit** zu achten.
Auch haben die Kollegen die Pflicht, überall dort, wo der erhöhte Lohn nicht gezahlt wird, dies sofort dem Bureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 33, Telephon Amt IV, 1670, zu melden.
138/12* **Der Sektionsvorstand.**

---

**Achtung! Achtung!**

# Zentralverband der Maurer Deutschlands

**Zweigverein Berlin.**

**Freitag,** den 6. April, abends 8½ Uhr, bei **Keller,** Koppenstr. 29:

## Außerordentliche Generalversammlung

**aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Sektionen.**

Tages-Ordnung:
1. **Berichterstattung** von der am 4. März stattgefundenen **Gaukonferenz.** 2. Diskussion. 3. **Stellungnahme zum 1. Mai.** 4. Verschiedenes. 143/2
Mitgliedsbuch ist mitzubringen, ohne dasselbe kein Eintritt.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Zweigvereinsvorstand.** J. A.: Emil Thöns.

---

# Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

**Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32.** **Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2789.**

**Mittwoch,** den 4. April, abends 8½ Uhr, in der **„Alhambra",** Wallnertheaterstraße 15:

## Außerordentliche Versammlung

aller Bezirkszahlstellen Berlins und der Vororte.

Tages-Ordnung:
1. **Der Zolltarif und die neuen Steuern.**
Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Paul Singer.**
2. **Verschiedenes.** 254/7
Pünktliches Erscheinen aller Verbandsmitglieder ist Pflicht. **Der Vorstand.**

---

# Zentral-Verband der Glaser Deutschlands

**Ortsverwaltung Berlin.**

Sektion der **Bilderglaser** (Einrahmer)

**Donnerstag, den 5. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 2):** 73/3

**Versammlung.**

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, welcher in Rahmenfabriken (Bilderwerkstellen) arbeitet, unbedingt zu erscheinen. **Der Vorstand.**

---

# Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker

**zu Berlin.**

Donnerstag, den 12. April, abends 8½ Uhr, in Feinds Lokal, Weinstr. 11:

## Ordentl. General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung vom Jahre 1905.
2. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses event. Dechargeerteilung für den Rendanten.
3. Ersatzwahl zweier ausgeschiedener Vorstandsmitglieder.
4. Statutenänderung. 271/18

Zahlreiches Erscheinen der Delegierten erwartet **Der Vorstand.**

---

**Gewerbegericht zu Berlin.**
J.-Nr. 193. Gew. Ger. 06.

**Bekanntmachung.**

Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Baulklempnergewerbe haben nach rechtzeitig erfolgter Kündigung des mit dem 31. März 1906 ablaufenden Tarifvertrages über einen neuen Vertrag beraten und in allen Punkten sich verständigt bis auf den § 3, über den auch in der Schlichtungskommission eine Einigung nicht erzielt worden ist.

Zur Beilegung der Streitigkeiten haben beide Parteien gemäß § 8 des alten Vertrages das Einigungsamt angerufen.

Dieses hat in seiner Sitzung am 16. März 1906 den Parteien nachstehenden

**Vergleich**

vorgeschlagen:
§ 3 soll folgende Fassung erhalten:
Der Mindestlohn beträgt für Baulklempner
im 1. Jahre vom 1. April 1906 ab 70 Pf., im 2. Jahre 72½, und im 3. Jahre ebenfalls 72½ Pf.
Eine Entschädigung für Fahrzeit wird in diesen drei Jahren von 15 Kilometer an gewährt. Fahrgeld wird während der Vertragsdauer gezahlt von 3 Kilometer an.
gez. **v. Schulz. O. Boowitt. Körner. Behrend. Ahrens.**

Die Vertreter der Parteien nehmen den vorstehenden Vergleich an. Die Arbeiter vorbehaltlich der Genehmigung ihrer Versammlung. Der Obermeister Berger leistet seine Unterschrift namens derjenigen Mitglieder der Innung und der Vereinigung, welche für und auf Bauten Klempner beschäftigen.
gez. **Richard Berger. H. Geister. E. H. Mulack. J. Dietrich. Worm & Schüler.**
gez. **Ferd. Thielemann. Gust. Stein. Fr. August Müller. Franz Giessel.**
gez. **Staud Nacht. Hermann Naumann.**
ppa. **Adolf Puppel.**
gez. **Adolf Cohen,** Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
gez. **Emil Denk. Albin Schulz. Paul Naether. Hermann Voigt.**
gez. **Richard Schulz. Jul. Ostertag. Max Gallrein. Karl Link.**
D. W. O.
gez. **v. Schulz. Malisch.**

Vorstehendem Vergleichsvorschlage haben die Arbeitnehmer in der am 19. März abgehaltenen Klempner-Versammlung zugestimmt.
Berlin, den 28. März 1906.
**Der Vorsitzende des Einigungsamtes**
gez. **v. Schulz.**

---

**Vollständig erschienen ist nunmehr die**

# Hohenzollern-Legende

Kulturbilder aus der preußischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert
von
**Max Maurenbrecher.**
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

Zu beziehen in 50 Lieferungen a 20 Pf. oder in 2 Leinenbänden geb. a 7,— M.
" 2 Halbfranz " " " 8,— "
durch die 233/17

**Expedition des Vorwärts**
Berlin SW. 68
**Lindenstr. 69, Laden.**

---

# Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferf. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen
**Berlin C.,** 6939a*
**30. Linien-Straße 30.**
Alle Bruchbänder mit elastischen Bolotten, angenehm u. weich am Körper.

---

# H. & P. Uder,

**Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.**

**Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.**
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen
**Amt 4, 3014.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## An die Eltern und Vormünder!

Bald öffnen die Volksschulen wieder ihre Tore, um Tausende von Proletarierkinder ins öffentliche Leben hinausgehen zu lassen und den Kampf ums Dasein aufzunehmen. Die Eltern setzen, wenn es ihnen auch viel Mühe und Opfer kostet, ihre ganze Kraft darin, ihren Kindern diesen Kampf zu erleichtern. Dies glauben Eltern am besten dadurch zu tun, wenn sie ihren Sohn ein „Handwerk lernen" lassen; wenn dann noch der Lehrmeister sich schriftlich im Lehrvertrage — allerdings in oft recht verklausulierter Form — verpflichtet, den Lehrling in allen im Beruf vorkommenden fachmännischen Arbeiten auszubilden, dann glauben viele Eltern, daß ihr Sohn ein tüchtiger Handwerker wird, der mit Leichtigkeit einst sein Brot verdienen und ihnen die zukünftige Existenz erleichtern werde.

Daß es leider vielfach auch anders kommt, lehren die bisherigen Erfahrungen.

Der Eintritt in die Lehre ist ein für das ganze Leben bedeutsamer Schritt, er erfordert die ganze Sorgfalt des Vaters oder des sonstigen gesetzlichen Vertreters des jungen Menschen. Vor allen Dingen ist deshalb der Lehrvertrag, der mit dem Lehrherrn abgeschlossen wird, genau zu beachten, *ehe man ihn abschließt.*

Nicht nur der Ausbeutung wird durch Verklausulierungen im Lehrvertrage Tür und Tor geöffnet, sondern die „ehrsamen Meister" scheuen sich unter Umständen auch nicht, den Vätern diesen im Gesetz zustehende Rechte durch gewundene Bestimmungen im Lehrvertrag zu rauben.

Mehrere Innungsvorstände, nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten, haben bekanntlich beschlossen, in den Lehrverträgen eine Klausel aufzunehmen, wonach der Lehrling einem Verein, der seine Interessen vertritt, nicht angehören darf.

Der Erfolg dieser Bestimmung der Innungsgrößen wird der sein, daß sich der Lehrlingsmangel, über den vielfach geklagt wird, noch stärker bemerkbar machen wird als bisher, denn welcher Vater, der als Arbeiter denkt und fühlt, wird eine derartige Unternehmerwillkür — als solche charakterisiert sich das Beginnen der Innungsmeister — unterstützen wollen.

Die Arbeiter als Väter sollten den Meistern, die ihnen derartige Lehrverträge zur Annahme vorlegen, die richtige Antwort geben!

Sie mögen zeigen, daß sie nicht gewillt sind, ihre Kinder, die sie mit Mühe und Opfern großgezogen, für die selbst in den Lehrjahren noch gesorgt werden muß, Leuten zu überantworten, die neben manchmal mangelhafter Ausbildung sich als Scharfmacher en miniatur glauben den ersten Preis verdienen zu können.

Es ergeht deshalb an die Arbeiter und Vormünder die Mahnung, Lehrverträge, die mit Klauseln, welche die Bewegungsfreiheit des Lehrlings in unzulässiger Weise lähmen und den Vätern Rechte nehmen, die nur ihnen zukommen, mit den Innungsmeistern nicht abzuschließen.

Die Arbeiter und Vormünder sollten vielmehr bekunden, daß durch die Zuführung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter in die betreffende Organisation — den Vereinen der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge — den reaktionären Bestrebungen der Innungsmeister ein Damm entgegengesetzt wird.

Die Jugendorganisationen machen es sich zur Aufgabe, Lehrlinge vor Ausbeutung und Mißhandlung zu schützen, wie sie auch ihr Augenmerk darauf legen, daß die durch Gesetze erlassenen Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter durchgeführt und innegehalten werden.

Da die freien Jugendorganisationen außerdem für geistige Aufklärung und Geselligkeit sorgen, so seien sie hiermit den Arbeitern, die ihre Söhne in kurzer Zeit ins Leben hinaustreten lassen, aufs beste empfohlen.

## Partei-Angelegenheiten.

**Dritter Wahlkreis.** Heute Dienstag, den 3. April 1906, abends 9 Uhr, findet bei Franke, Sebastianstr. 39, eine Wahlvereins-Versammlung statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Ledebour spricht über: Die Schäden der Kolonialpolitik für unser Volk. Gäste haben Zutritt.

**Achtung, V. Wahlkreis! Heute, Dienstag, abends pünktlich 8½ Uhr,** findet im Alten Schützenhause, Linienstr. 5, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Ebert spricht über das Thema „Aus der Geschichte des Sozialismus". Außerdem stehen wichtige Vereinsangelegenheiten auf der Tagesordnung. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder notwendig. Gäste erwünscht. Der Vorstand.

**6. Wahlkreis.** Am Mittwoch, den 4. April, abends 8 Uhr, findet für den 34. Kommunalwahlbezirk eine Flugblattverbreitung statt. Parteigenossen, die helfen wollen, wollen sich bei Behnfeld, Hochmeisterstr. 18 einfinden. Das Komitee.

**Köpenick.** Mittwoch, den 4. April, abends 8 Uhr, hält der Wahlverein im Lokal des Genossen Seidel, Grünstraße, seine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag des Genossen Kiesel. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

**Schmargendorf.** Am Mittwoch, den 4. April, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Sanssouci", Ruhlaerstr. 20/21, eine öffentliche Gemeindewählerversammlung statt, in welcher Genosse Dr. Bernstein referieren wird. Heute abend 7 Uhr wird eine Flugblattverbreitung vorgenommen. Es ist Pflicht jedes Genossen, sich zur Verfügung zu stellen, wie auch für die Versammlung lebhaft zu agitieren.

Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

### Der Seelsorger im Krankenhause.

Was hat im Krankenhause der Seelsorger zu suchen? Ist nicht die Pflicht, die ein Krankenhaus gegen seine Pfleglinge hat, die Sorge für den Leib?

Man wird uns erwidern, manchen Kranken sei auch die Sorge für ihrer Seelen Heil ein Bedürfnis, auf das jedes Krankenhaus Rücksicht nehmen müsse. Nun gut, so möge man diesen Kranken zu dem geistlichen Zuspruch verhelfen, nach dem sie verlangen. Aber wenn die Krankenhausleitungen sich verpflichtet fühlen, solche Wünsche zu befriedigen, dann sollten sie es auf der anderen Seite ebenso für ihre Pflicht halten, *unkirchliche Kranken vor unerbetener Berührung mit dem Pastor zu bewahren.*

Leider geschieht das nicht. Von den konfessionellen Krankenpflegeanstalten, wie dem Hedwigs-Krankenhause, dem Elisabeth-Krankenhause usw., wollen wir hier gar nicht sprechen. Denn die Betschwestern, Pastoren usw., die dort als Pflegerinnen, Oberinnen und Kuratoriumsvorsitzende tätig sind, werden sich nicht davon überzeugen lassen, daß eine unerbetene Pastorenvisite einem Kranken manchmal sehr lästig werden und geradezu sein körperliches Befinden beeinträchtigen kann. Aber wie kommt die Verwaltung unserer *städtischen Krankenhäuser* dazu, in diesen Anstalten dem Seelsorger gleichfalls so weitgehende Freiheiten einzuräumen, daß er sich durch seinen Uebereifer lästig machen kann?

Wie eifrig manche dieser Seelsorger sind, das lehrt ein Fall, der uns aus dem Krankenhause *Gitschinerstraße* mitgeteilt wird. Dort hat zwölf Wochen hindurch die katholische Frau eines Tischlers B. gelegen, und in dieser Zeit ist sie mehrfach von dem *Kaplan Winkler* aufgesucht worden, obwohl sie bald merken ließ, daß sie von seiner Freundlichkeit wenig erbaut war. Sie ist auch wiederholt von ihm ermahnt worden, das Abendmahl zu nehmen. Als sie das standhaft ablehnte, schrieb der Kaplan an den Ehemann den folgenden Brief: „Sehr geehrter Herr B.! Gestatten Sie, daß ich mich mit einer Bitte an Sie wende. Ich habe bei meinen Besuchen im Krankenhause Gitschinerstraße Ihre Frau angetroffen. Es geht derselben, wie Sie wohl selber wissen, nicht gut. Ich habe Ihr deshalb angeboten, ihr die heiligen Sakramente zu bringen, aber sie lehnte das ab. Könnten Sie nicht Ihren Einfluß geltend machen? Sie wissen ja selbst, wie viel davon abhängt, wenn etwa einmal das Schlimmste eintreten sollte. Ew. Wohlgeboren ergebenster Rich. Winkler, Kaplan."

Man sieht, *ein Kaplan läßt so leicht nicht locker,* wenn er eine Seele retten zu müssen glaubt. Aber in diesem Fall hat Herr Winkler trotz allen Eifers sein Ziel doch nicht erreicht. Frau B. ist schließlich seiner unerbetenen Seelsorge entzogen worden und befindet sich nun in einer unserer städtischen Heimstätten. Aus dem letzteren Umstand ist übrigens zu ersehen, daß ihr Zustand keineswegs so hoffnungslos war, wie es nach den Worten des Kaplans hätte scheinen können. Als wir den Brief zu lesen bekamen, glaubten wir, es handle sich um eine Todeskandidatin. Der Herr Kaplan schreibt dem Ehemann, es gehe der Frau nicht gut, er habe ihr deshalb (!) angeboten, ihr die heiligen Sakramente zu bringen. Und zum Schluß weist er ausdrücklich darauf hin, daß mal das Schlimmste eintreten könnte. Doch die Aufnahme der Frau B. in eine Heimstätte beweist, daß sie sich auf dem Wege der Besserung befindet. Was werden die *Aerzte* des Krankenhauses zu diesem Brief sagen?! Oder sind sie einem Kaplan gegenüber so machtlos, daß sie da überhaupt nichts sagen dürfen?

Wir haben Frau B. mit ihres Mannes und ihrer eigenen Erlaubnis nach ihrem Scheiden aus dem Krankenhause ausführlich über das Wirken des Kaplans befragt. Dabei ist uns die bestimmteste Versicherung gegeben worden, daß Frau B. *sich durch den Eifer des Kaplans belästigt gefühlt* hat. Auch anderen katholischen Patientinnen, die in dem Saal lagen, soll der Herr nicht immer willkommen gewesen sein. Sobald sein Besuch zu erwarten stand, kam eine Pflegerin und fragte umher, wer katholisch sei. Da die Saalinsassen häufig wechseln, so mußte fast vor jedem Besuch von neuem gefragt werden. Die Namen wurden dem Kaplan mitgeteilt, und dann ging er an seine Arbeit. Es soll vorgekommen sein, daß eine katholische Patientin ihre Konfession verschwieg, um dem Kaplan zu entgehen. Manche stellten sich schlafend, wenn er kam. Sie hatten kein Verlangen danach, sich von ihm unterhalten zu lassen. Wo er seine Worte anbringen konnte, da bekam er zuweilen zur Antwort, man habe anderes zu tun, als zur Kirche zu gehen.

*Was hat im Krankenhause der Seelsorger zu suchen?* Was hat er an den Betten von Kranken zu suchen, die *nicht nach ihm verlangen* und ihm das deutlich genug zu verstehen geben? Vielleicht äußern sich hierzu einmal diejenigen, für die die Sache ein berufliches Interesse hat, nämlich die Aerzte.

**Vom Berliner Innungswesen.** Nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats bestanden in Berlin am Ende des Verwaltungsjahres 1904/05 insgesamt 64 Innungen und zwar 46 freie Innungen (darunter 39 Handwerkerinnungen) und 18 Zwangsinnungen. Im Berichtsjahre wurden zwei neue Innungen errichtet: Die Konditorenninnung (freie Innung) und die Innung der „Besorger fremder Rechtsangelegenheiten". Erstere ist mit 30, letztere mit 11 Mitgliedern konstituiert worden. Von den Zwangsinnungen waren die größten (d. h. mit mehr als 1000 Mitgliedern) die Schneider mit 5873 Mitgliedern, die Tischler mit 2363, die Schuhmacher mit 1978, die Tapezierer mit 1430, die Maler mit 1200 Mitgliedern. In den kleinsten Zwangsinnungen (bis zu 100 Mitgliedern) gehörten die Zeugschmiede mit 85, die Kupferschmiede mit 55, die Steinsetzer mit 57 und die Posamentiere und Seidenknopfmacher mit 100 Zwangsmitgliedern. — Von den freien Innungen hatten nur bis zu 50 Mitgliedern: die Schwertfeger 7, die Kammmacher 16, die Strumpfwirker 17, die Seiler 18, die Steinmetze 24, die Feilenhauer 28, die Fischer 30, die Nadler 32, die Brunnenbauer 40, die Vergolder 41, die Böttcher 42, die Chirurgie-Instrumentenmacher 43, die Konditoren 47. Ueber 500 Mitglieder zählten die freien Innungen der Klempner 603, Gastwirte 660, Schlosser 700, Damenmäntelschneider 749, Weber und Wirker 818, Fleischer 948, Bäcker (Concordia) 986, Barbiere, Friseure und Perrückenmacher 1240 und die Bäcker (Germania) 1342. Den freien Innungen gehörten am 31. Dezember 1904 insgesamt 11 928 Mitglieder (davon den 39 Handwerkerinnungen 10 247), den 18 Zwangsinnungen im ganzen 17 379 Mitglieder an. Von letzteren waren 16 492 Zwangsmitglieder und 887 freiwillige Mitglieder.

**Neue Schwierigkeiten beim Teltowkanal.** Der Teltowkanal wird nach dem bereits vorliegenden Baubericht vom März in kurzer Zeit den normalen Wasserspiegel im ganzen Kanal mit Ausnahme von etwa 1 Kilometer in Lichterfelde haben. Es fehlt augenblicklich noch an der Anfüllung der Strecke zwischen dem Steglitzer Hafen und der Dresdener Bahn mit Wasser. Die letzten Arbeiten im Kanal haben in ganz ungewöhnlicher Weise unter dem schlechten Wetter zu leiden. Wie in den letzten 6—7 Monaten ist auch im März fast kein Tag ohne Regen oder Schnee vergangen. An eine wirksame Festigung der Böschungen oder eine Beseitigung der eingetretenen Rutschungen war nicht zu denken. Doch sind im Teltowsee und westlich der Giesendorfer Brücke die auf den Böschungen noch lagernden Erdmassen zum größten Teil beseitigt worden und die Böschungen selbst, soweit der Regen es zuließ, eingeebnet. Der Bagger östlich der Giesendorfer Brücke ist ohne wesentliche Unterbrechung ziemlich gleichmäßig nach der Bekestraße hin vorgeschritten und steht jetzt 120 Meter vor dieser Brücke. Das Profil wurde auf dieser Strecke in einer Tiefe von etwa 1,60 bis 1,80 Meter unter Wasserspiegel ausgehoben. Ein zweiter Bagger steht unter der Giesendorfer Brücke, um die Restarbeiten vorzunehmen. Größere Rutschungen oder Auftreibungen sind hier in dieser Zeit bisher glücklicherweise nicht mehr beobachtet worden. Dagegen beginnt zwischen Beke- und Parkstraßenbrücke der Schlamm infolge der Schüttung des Norddammes sich wiederum zu heben. Sehr beträchtliche Auftreibungen, welche sogar zeitweise eine völlige Unterbrechung der Transportgeleise verursachten, traten in dem Steglitzer Schloßpark östlich der Parkstraßenbrücke ein. An ihrer Beseitigung wird gegenwärtig gearbeitet.

**Reformen bei der Polizei** sollen vorgenommen werden. Diese Reformen sind aber sonderbarer Art, sie beziehen sich auf die — Uniformierung und betreffen die Umhänge für Wachtmeister und Schutzmänner. Die Umhänge sind von blauem, der Farbe des Paletots entsprechendem Stoff. Sie werden jetzt allgemein nach Bedarf angeschafft und in Gebrauch genommen. Auch den Polizeioffizieren bei den königlichen Schutzmannschaften wird das Tragen des erwähnten Umhanges gestattet. Die Verleihung des Titels Wachtmeister an einzelne verdiente Polizeisergeanten der kommunalen Polizeiverwaltungen soll zwar zulässig sein, aber dem Minister des Innern im Interesse einer gleichmäßigen Behandlung vorbehalten bleiben. Die Auszeichnung soll nur ausnahmsweise verliehen werden. — Das sind doch endlich einmal nicht nur Worte, sondern Taten, und was für welche.

**Berlin im Freien.** Der erste schöne Frühlingssonntag in diesem Jahre war der vorgestrige. Das prachtvolle Wetter lockte „alles, was Beine hat", hinaus ins Freie. In der Umgebung Berlins herrschte ein Leben und Treiben wie an schönen Sommertagen. Im Grunewald und in den Müggelbergen, im Tegeler Forst usw. wimmelte es von Ausflüglern. Die Vorortzüge waren überfüllt und die Straßenbahnwagen fuhren schon von den Endhaltestellen vollbesetzt ab. In den Gartenlokalen fanden die ersten Konzerte im Freien statt und zahlreiche Gastwirte, die auf einen solchen gewaltigen Besuch nicht gerechnet hatten, gerieten in die größte Verlegenheit. Abends spielten sich bei der Rückbeförderung der Ausflügler auf den Stationen wieder die üblichen „Kampfesszenen" ab.

**Die ständige Aufwärtsbewegung der Sozialdemokratie in Berlin** erweckt in immer steigendem Maße den Aerger und auch den Neid unserer Gegner. In der „Deutschen Tageszeitung" und „Täglichen Rundschau" wird folgendes Geheul über unsere Erfolge angestimmt:

„Das sozialdemokratische Erpresserium blüht bekanntlich in Berlin ganz besonders. Es vergeht ja kaum eine Woche, in der nicht neue Beschwerden eingehen darüber, daß nichtsozialdemokratische Arbeiter aus der Arbeit gedrängt werden, wenn sie nicht für sozialdemokratische Zwecke zahlen und sich sozialdemokratischen Vereinen anschließen wollen. Bekannt ist auch, auf welche Weise die sozialdemokratischen Blätter zu ihrer hohen Auflage in Berlin kommen — wer sie nicht mithält, wird geschäftlich ausgesperrt. Auf diese Weise wird es auch erklärlich, daß neulich an einem einzigen Abende das sozialdemokratische Frauenblatt „Die Gleichheit" nicht weniger als 60 neue Abonnentinnen erhielt. Eine ganz neue Einrichtung sind jetzt „Extra-Zahlabende" — schon dieser Name ist ausgezeichnet —, wobei die nichtsozialdemokratischen Arbeiter von den Genossen aufgesucht und „eingeladen" werden. Beitrittsaufforderungen werden persönlich von den Nichtorganisierten abgeholt, damit sie (natürlich ausgefüllt) auch richtig in die Hände des Wahlvereinsleiters gelangen! Diese sozialdemokratischen Steuereinnehmer sollen hervorragende Erfolge haben."

Diese Notiz, die bestimmt ist, die Agitation unserer Genossen für die politische Organisation und die Parteipresse zu verunglimpfen, enthält immerhin eine Anerkennung für den Arbeitseifer und den Ernst, mit dem unsere Parteifreunde die Agitation betreiben. Soviel auch Unrichtiges in der wutschnaubenden Notiz enthalten ist, es spricht immerhin die Anerkennung heraus, daß die Agitation Früchte trägt. Unsere Genossen werden sich bemühen, den Neid unserer Gegner noch mehr anzustacheln, indem sie für Organisation und Presse noch intensiver wirken als bisher.

**In der Schöneberger Doppelmordsache** haben die Nachforschungen zu einem sicheren Ergebnisse noch nicht geführt. Von den vielen Verhaftungen hat sich keine aufrechterhalten lassen. Da über die Person des mutmaßlichen Mörders nur unklare Beschreibungen vorliegen, hat die Kriminalpolizei zu folgendem eigenartigen Mittel gegriffen:

Ein junger Mann, auf den die Beschreibung des mutmaßlichen Täters, abgesehen von kleineren Unterschieden in der Figur, paßt, hat sich bereit gefunden, *sich als Doppelmörder photographieren* zu lassen, um so den Verfolgern wenigstens eine gewisse greifbare Vorstellung von dem wirklichen Verbrecher zu vermitteln.

Ein sonderbarer Geschmack gehört schon dazu, sich als Doppelgänger eines Doppelmörders verewigen zu lassen.

Auf dem Grundstück Friedenauerstr. 49, wo am 28. März das Reichardtsche Ehepaar ermordet aufgefunden wurde, ist bei den weiteren Nachforschungen im Laube versteckt ein kleines Handbeil gefunden worden, ein sogenanntes Küchenbeil, wie es sich fast in jedem Haushalt findet. Es ist zweifellos schon seit langen Jahren im Gebrauch gewesen, worauf unter anderem Scharten in der Schneide hindeuten. Auf den Eichenstiel ist eingehauen die Firma: *J. A. Görts, darüber eine O.* Die Länge des hölzernen Stils beträgt 31 Zentimeter, die Länge des Beiles von der Schneide bis zum Helm 13 Zentimeter, die der Schneide 8 Zentimeter. Es ist von wesentlichster Bedeutung für das weitere Ermittelungsverfahren, daß die Personen sich melden, die im Besitze eines solchen Beiles gewesen sind und den Verlust desselben spätestens am 28. März morgens bemerkt haben. Die betreffenden Personen wollen sich bei der Polizeidirektion Schöneberg, Hauptstr. 96, Ecke Maxstraße, Zimmer 10, möglichst sofort einfinden.

**Hennig** macht den „wilden" Mann. Seit drei Tagen stellt er sich so, als ob er nicht mehr hören noch sprechen könnte. Speise und Trank verschmäht er hartnäckig. Wenn man gar zu sehr in ihn dringt, so wird er tobsüchtig. Dann wirft er sich auf die Erde, schlägt, stößt und beißt um sich und ist kaum zu bändigen.

**Von Rotscheu** scheinen die Angestellten des Kirchhofes der Auferstehungsgemeinde (Weißenseer Weg) befallen zu sein; anders ist ihr Benehmen anläßlich der am Sonntag erfolgten Beerdigung des Genossen Freitel nicht zu erklären. Schon am Eingang zum Friedhofe verbot ein Angestellter unseren Genossen das Betreten desselben mit der roten Schleife, die am Kranz befestigt war. Auf die Frage, auf Grund welcher Verordnung dies geschehe, erklärte der Diensteifrige: „Es ist Befehl, ich erlaube das nicht." Als nun trotz dieser nichtssagenden Aeußerung unsere Genossen den Friedhof betraten, geriet der Mann in eine unbegreifliche Erregung. Er rannte hin und her, stieß unsere Genossen vor die Brust und war nicht zu beruhigen. Schließlich erschien der Inspektor und forderte die Entfernung der roten Schleife von den Kränzen. Als dieser Aufforderung nicht ohne weiteres entsprochen wurde, holte der Herr polizeilichen Sukkurs und forderte unter polizeilicher Bewachung die Entfernung der Genossen mit den rot verzierten Kränzen. Um sich keines Hausfriedensbruches schuldig zu machen, verließen die Aufgeforderten in Begleitung des Gendarmen den Kirchhof, nicht ohne erst die anstößigen Kränze einem nebenstehenden Genossen übergeben zu haben. Jetzt verwies der eifrige Inspektor auch diesen Genossen vom Friedhofe. Um des lieben Friedens willen wurden jetzt die Schleifen, die es dem Herrn angetan hatten, entfernt. Noch war aber damit das Ende der Störung der Beerdigung nicht erreicht. Als am Grabe ein Genosse bei der Kranzniederlegung einige Widmungsworte sprach, fuhr ihn der Inspektor an, daß hier keine Reden gehalten werden. Allgemeine Entrüstung rief es bei den Anwesenden hervor, als der gekennzeichnete Herr einem andern Genossen beim Sprechen einiger Widmungsworte so heftig vor die Brust stieß, daß er zurücktaumelte. Dieser ganze Vorgang spielte sich vor den Augen eines auf der Treppe der Leichenhalle stehenden Pfarrers ab, ohne daß derselbe auch nur ein Wort des Mißfallens über dies die Beerdigung störende Betragen des Herrn Inspektors hatte.

Das sind nun dieselben Leute, die nicht genug von christlicher Liebe und Barmherzigkeit reden können. Wenn man sie hört, triefen sie förmlich von diesen Eigenschaften, nicht genug können sie besonders die Pietät gegen Verstorbene preisen. Und nun vergleiche man Reden und Taten. Die passen zusammen wie die Faust aufs Auge. Die Wiederholung solcher Vorgänge wie den geschilderten dürfte geeignet sein, manchem die Augen über das Wesen der Kirche

zu öffnen und ihn veranlassen, durch Austritt aus derselben den Frommen dieselbe zu überlassen.

**Aus dem Straßengetriebe.** Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Sonntag am Brandenburger Tor zugetragen. Als der Kaufmann Gustav Schreiber, Wöhlertstr. 20 wohnhaft, den Platz am Brandenburger Tor überschritt, wurde er von einem vorüberfahrenden Automobil umgerissen und so unglücklich zu Boden geschleudert, daß die Räder des schweren Kraftwagens über ihn hinweggingen. Schwerverletzt wurde Sch. nach der Rettungswache in der Mauerstraße gebracht. Er hatte zwei Rippenbrüche, eine Gehirnerschütterung und äußere Verletzungen erlitten und mußte in fast hoffnungslosem Zustande der Charité überwiesen werden. — Von einem Geschäftswagen unter einen Straßenbahnwagen geschleudert. Ein aufregender Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag in der Dresdenerstraße. Der 46jährige Steichholzhändler Julius Wetzel, Hedwigstr. 6 wohnhaft, überschritt an der Kreuzung der Annenstraße den Fahrdamm und wurde dabei von einem Geschäftswagen erfaßt und unter einen vorüberfahrenden Straßenbahnwagen geschleudert. Es gelang zwar dem Führer, den Motorwagen noch rasch zum Stehen zu bringen, doch hatte W. bereits einen schweren Schädelbruch erlitten. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus am Urban eingeliefert. — Von einem Omnibus überfahren und schwer verletzt wurde gestern abend am „roten Schloß" der 10jährige Schneider Trötte aus der Gontardstraße. T. wurde ebenfalls beim Passieren des Fahrdammes umgerissen, überfahren und schwerverletzt davongetragen. Er erhielt die erste Hülfe in der Unfallstation in der Brüderstraße und kam sodann in das Krankenhaus am Friedrichshain. — Ein schwerer Automobilunfall hat sich auch gestern wieder ereignet. Nachmittags fuhr der Kanzlist Willi Buggi, Lützowufer 22 wohnhaft, auf seinem Zweirade heim. An der Kreuzung des Lützowufers und der Landgrafenstraße stieß ein vorübereilendes Automobil mit dem Rade zusammen und B. wurde mit solcher Gewalt auf den Fahrdamm geschleudert, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt und in äußerst bedenklichem Zustande in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert werden mußte.

**Tödlicher Absturz einer Blinden aus dem Fenster.** Einem traurigen Unglücksfall ist gestern abend die 46jährige Almosenempfängerin Luise Kamorosky, Thaerstr. 5, zum Opfer gefallen. Die K. war schon seit Jahren erblindet, und sie vermochte fast nichts mehr zu sehen. Gestern abend stieg sie auf die Fensterbrüstung hinauf, um die Scheiben zu reinigen. Infolge ihrer Blindheit trat sie dabei fehl, verlor das Gleichgewicht und stürzte mit einem Aufschrei aus der dritten Etage herab. Besinnungslos blieb die Bedauernswerte unten liegen. Sie wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht, wo sie bald nach der Einlieferung der schweren Verletzungen erlag.

**Aus der Rutschbahn herausgeschleudert.** Auf dem Vergnügungsplatz an der Behmstraße hat sich Sonntag abend ein schwerer Unglücksfall ereignet. Der 37jährige Schlosser Johann Breitkob, Ramlerstr. 36 wohnhaft, hatte sich mit einem Bekannten auf der Rutschbahn vergnügt und, während diese in voller Schnelligkeit war, wurde B. plötzlich herausgeschleudert. In bewußtlosem Zustande wurde er in das Krankenhaus Moabit eingeliefert. Der Bedauernswerte hatte mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen erlitten.

**Radrennen Steglitz, 1. April.** Die Dauerrennen gestalteten sich zu einem Triumph des beliebten Münchener Fahrers Anton Huber, der seine Gegner, den Berliner Bruno Demke, den Schweizer Fritz Ryser und den Kölner Willi Mauß in zwei Rennen über je 25 und 50 Kilometer in überlegener Weise abfertigte. Demke leistete zwar anfangs noch einigen Widerstand, doch nachdem er einmal überrundet, wurde sein Verlust immer größer; an ein Aufholen desselben war nicht mehr zu denken. Die beiden anderen kamen gar nicht in Betracht. Ryser hatte außerdem in dem 50 Kilometerrennen noch das Mißgeschick, daß er den Anschluß an seinen Motor verlor, so daß er mit bedeutendem Rückstande als Letzter endete. Die „Fliegerrennen" wurden von starken Feldern bestritten; die bekannten Fahrer Scheuermann, Treile und Wegener waren in denselben siegreich. Der Besuch war infolge des überaus kalten Wetters nicht so zahlreich, wie man ihn sonst zu sehen gewohnt ist; doch mochten immerhin gegen 8000 Personen anwesend sein.

**Sportpark Treptow.** Die am vorigen Sonntag vorzeitig abgebrochenen Rennen fanden nun am Sonntag ihre Erledigung und boten in bezug auf die Fliegerrennen sehr interessanten Sport, während das 50 Kilometer-Rennen ohne Mühe und Kampf eine sichere Beute für Peter Günther (Köln) wurde, der dank der vorzüglichen Unterstützung seines Schrittmachers Otto ein schönes Tempo fuhr und den Treptower Rekord nahezu erreichte, umso mehr, als die heutigen Zeiten ohne Windschutz gefahren wurden. Schon vom Start weg nahm Günther die Spitze, gefolgt von Rosenlöcher (Schrittmacher Heßlich) und Stellbrink (J. Käser), denen er schon nach 9 bez. 12 Runden die erste Runde nahm und dann in regelmäßigen Zwischenräumen die beiden überrundete. Für Stellbrink mag wohl sein langes Krankenlager nachwirken, während Rosenlöcher im Training zurück ist. — Reicher Beifall begrüßt den Sieger, der trotz seiner ungleichen Gegner ein schönes Rennen zeitigte. — Interessanter gestalteten sich die Fliegerrennen, in denen sich Jean Stol und M. Hansen auszeichneten; W. Arend war durch anderweitige Verpflichtung verhindert, am Start zu erscheinen. Ein Motorrennen zum Schluß brachte das Publikum in Spannung und bot einen Kampf zwischen den vier Teilnehmern, wie ihn Treptow noch nicht gesehen. Alle vier Fahrer lagen rundenlang zu zweit nebeneinander und erst das Aussetzen des Motor Starke entschied den Kampf zugunsten Käsers. — Das Rennen war gut besucht und verlief ohne Unfälle.

**Orgelkonzert.** Am Mittwoch, den 4. April, abends 7½ Uhr, veranstaltet der kgl. Musikdirektor Bernhard Irrgang in der Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter gütiger Mitwirkung von Fräulein Ruth Harlfinger (Sopran), Frau Hedwig Zimmer (Alt) und Herrn Armin Liebermann (Cello). Zur Aufführung gelangt u. a.: Der 94. Psalm (große Orgelsonate in C-moll) von J. Reulke. Der Eintritt ist frei!

**Feuerwehrbericht.** Die Berliner Feuerwehr hatte am Sonntag ununterbrochen zu tun. Nachmittags wurde sie u. a. nach der Groß-Drogerie von G. A. Hesterberg am Rosenthaler Tor gerufen. Dort war ein sehr gefährlicher Brand in der Elsasserstraße 97, Ecke Rosenthalerstraße, ausgekommen. Als Brandmeister Bliesener mit dem 18. Zuge an der Brandstelle ankam, standen dort Terpentin, Spiritus, verschiedene Lacke u. a. in Flammen. Der Offizier ließ sofort mehrere Schlauchleitungen von Hydranten und Dampfspritzen vornehmen und unausgesetzt kräftig Wasser geben. Erst nach längerer angestrengter Tätigkeit gelang es, die Flammen auf die Drogerie zu beschränken. Die Entstehung des großen Brandes soll auf die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters zurückzuführen sein, der lebensgefährliche Brandwunden erlitt und nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht werden mußte, wo er schwer krank daniederliegt. Abends mußte ein großer Dachstuhlbrand auf dem Gesundbrunnen gelöscht werden. Dort standen um 7 Uhr das Dachgebälk, der Inhalt von Bodenverschlägen usw. im Vorderhause Soldinerstr. 8 in großer Ausdehnung in Flammen. Brandinspektor Leyboldt, der mit vier Zügen zur Stelle war, ließ über die Treppen und eine große mechanische Leiter kräftig Wasser geben, wodurch der Brand auf den Dachstuhl beschränkt wurde. Die oberen Stockwerke haben nur wenig durch Wasser gelitten. Dieses Feuer soll durch Umfallen einer Lampe entstanden sein. Dreimal wurde vorgestern die Feuerwehr in den „April" geschickt und zwar nach der Dunckerstr. 16, Schönhauser Allee 127 und Rüdersdorferstr. 60, wo eine Wohnung ausgeschwefelt wurde. Um Mitternacht mußte ein Wohnungsbrand am Luisen-Ufer 36 gelöscht werden. Abends zwischen 6 und 7 Uhr liefen allein 10 Alarme ein, u. a. wegen eines Küchenbrandes in der Hannoverschenstr. 15, eines Wohnungsbrandes in der Holzmarktstr. 66 usw., sodaß um diese Zeit fast die gesamte Wehr in Bewegung war. In Moabit, Turmstraße 37, hatte der 15. Zug mit einem Zimmerbrand zu tun. Petroleum, Kisten, Verpackungsmaterial usw. brannten Palisadenstr. 2, ein Schornstein usw. Unter den Linden 50, Müll und anderes in der Mohrenstr. 8 und Altonaerstr. 11. In der Krausenstr. 39 ging ein Korb mit Leinen und anderem in Flammen auf. Wegen eines sehr schwer kranken Kindes wurde die Wehr nach der Kulmstr. 5 gerufen. Es war aber nicht mehr zu retten, trotzdem noch Sauerstoff benutzt wurde.

# Vorort-Nachrichten.

## Die Gemeindewahlen

unserer Vororte sind nun zum großen Teil vorüber. Es läßt sich nach oberflächlicher Erwägung bereits feststellen, daß fast überall ein mitunter ungeahnter Stimmenzuwachs zu verzeichnen ist. Aber nicht nur die Stimmenzahl, sondern auch die Zahl unserer Vertreter hat sich vermehrt, und das unter einem Wahlgesetz, welches die Arbeiterklasse in ihrer Zahl und volkswirtschaftlichen Bedeutung geradezu verhöhnt. Auch darf nicht außer acht gelassen werden, daß in den meisten Orten die ungünstige Wahlzeit die Wähler der III. Klasse nur unter nicht geringer Einbuße ihres Arbeitsverdienstes zur Wahlurne zuließ. Wer die verschiedentliche Ansetzung der Wahlzeit in den einzelnen Orten verfolgt hat, der wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, als hat darin die Absicht gelegen, das Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeindeparlamente möglichst zu verhindern. Alle Gesuche unserer Genossen, die Wahlzeit doch mit Rücksicht auf den allzu großen Arbeitsverlust der meisten Wähler möglichst in die Abendstunden zu verlegen, wurden mit den nichtigsten Gründen (wenn überhaupt noch welche angegeben wurden) abgelehnt. Schon darin zeigt sich der elende Bureaukratismus, wie ihn nur ein jeder Gerechtigkeit hohnsprechendes Wahlsystem züchten kann. Aber gerade deshalb haben unsere Genossen selbst die größten Opfer getragen, fehlt ihnen doch sonst jede Möglichkeit, mit den Feinden des Fortschritts abzurechnen. In so manchen Orten ist den nur auf die plumpesten persönlichen Vorteile hinzielenden bürgerlichen Vertretern unauslöschlich zum Bewußtsein gebracht worden, daß sie einer das Allgemeinwohl im Auge haltenden Partei auf die Dauer nicht widerstehen können. Selbst in den kleinsten Orten unserer Nachbarkreise hat das Vordringen unserer Partei auf die Bürgerlichen geradezu vernichtend gewirkt. Wir behalten uns vor, die statistischen Ergebnisse der Gemeindewahlen später zu würdigen und begnügen uns vorläufig damit, festzustellen, daß sich die Zahl der auch von sozialistischen Vertretern besetzten Gemeindeparlamente erfreulich vermehrt hat. Es ist das sicher der beste Beweis, daß die Arbeiterklasse der von den Besitzenden geübten Gemeindepolitik immer mehr den Krieg erklärt und ihnen in immer deutlicherer Weise die sozialistischen Anschauungen entgegenhält. So hat sich allenthalben herausgestellt, daß die Teilnahme der sozialistischen Vertreter an der Gemeindepolitik im Laufe der Zeit zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist, sollen die niederen Volksklassen vor dem egoistischen Treiben einer Privilegiertenkaste nur einigermaßen verschont werden. Noch sind wir weit entfernt, die Gemeindepolitik in unserem Sinne zu verwirklichen — dazu hindert uns noch das bestehende Wahlgesetz, — aber die sozialistische Kritik hat sich bereits auf allen Gebieten eine durchschlagende Bedeutung verschafft und kommt bei der Gestaltung der Dinge wesentlich in Betracht. Auf den wichtigsten Gebieten, so z. B. der Volkshygiene, dem Schulwesen, der Grund- und Bodenspekulation, der Kommunalisierung, unserer Wasser- und Lichtversorgung, wie auch des Verkehrswesens, haben die Forderungen unserer Vertreter den Zweck gehabt, all diese Einrichtungen den Klauen privater Ausbeutung zu entreißen und sie zum Nutzen der Allgemeinheit in eigene Regie zu übernehmen. Handelt es sich um die Lösung solch wichtiger Probleme, so finden wir es begreiflich, daß das Interesse an der Kommunalpolitik in den Schichten der Arbeiterbevölkerung in steter Zunahme begriffen ist. Hoffen wir, daß unsere Genossen in den Vororten die zwei Jahre agitatorisch ausnützen, um bei den nächsten Gemeindewahlen in verstärkter Weise die Stätten des Dreiklassenwahlrechts ins Wanken zu bringen.

### Schöneberg.

**Die Stadtverordnetenversammlung** führte in ihrer zweiten außerordentlichen Tagung am Freitag die Etatsberatungen zu Ende. Die Versammlung war gemäß § 46 der Städteordnung einberufen, brauchte also keine Rücksicht auf die beschlußfähige Anzahl der Mitglieder zu nehmen. Eine mehrstündige Debatte brachten noch die Steuerfragen. Der Etatsausschuß hatte empfohlen, die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung der Umsatzsteuer für unbebaute Grundstücke von 1 auf 2 Proz. abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, die Einführung der Bier- und Brausteuer in Erwägung zu ziehen. Der vom Etatsausschuß abgelehnte Antrag, den Magistrat zu veranlassen, die Einführung der Wertzuwachssteuer in Erwägung zu ziehen, wird von neuem gestellt. Stadtv. Schüler erklärt namens der Hausbesitzer, daß sie jetzt ihren ablehnenden Standpunkt der Erhöhung der Umsatzsteuer für unbebaute Grundstücke gegenüber aufgegeben hätten, jedoch nur unter der Bedingung, für die 2 Proz. stimmen zu wollen, wenn die Grundsteuer um 1/10 pro Tausend herabgesetzt wird. Er stimmt dann ein Klagelied über die Notlage der Hausbesitzer an, die nicht auf Rosen gebettet seien. — Die Frage der Wertzuwachssteuer hält Redner noch lange nicht reif zur Erörterung; dagegen tritt er in lebhafter Weise für eine Bier- und Brausteuer ein, von der er wünscht, daß dieselbe noch im kommenden Etatsjahre eingeführt werde. Stadtv. Küter (Soz.) wendet sich gegen den Vorredner, dessen Ausführungen dahin gingen, die Lasten von den steuerkräftigen Schultern abzuwälzen und den Minderbemittelten aufzubürden. Schöneberg hätte Ursache gehabt, schon ein paar Jahre früher die Umsatzsteuer für unbebaute Grundstücke zu erhöhen. Redner spricht sich dann ganz entschieden gegen Einführung der Bier- und Brausteuer aus. Auch die Stadtvv. Gottschalk und Dr. Marwitz stellen sich auf denselben Standpunkt. Der Oberbürgermeister erklärt, daß der heutige Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, die Wertzuwachssteuer betreffend, für den Magistrat gleichgültig sein könne, denn es gebe keine Behörde, die an dieser wichtigen Frage vorübergehen kann. Der Magistrat wird also auch ohne den Auftrag von der Stadtverordnetenversammlung in Erwägungen über Einführung der Wertzuwachssteuer eintreten. Im übrigen spricht sich der Oberbürgermeister gleichfalls gegen die Bier- und Brausteuer aus. Nach weiteren Auseinandersetzungen wird dann beschlossen, die Grundwertsteuer auf 2,1 pro Tausend und die Umsatzsteuer auf 2 Proz. festzusetzen. In namentlichen Abstimmungen gelangen die Anträge, die Einführung der Biersteuer und Wertzuwachssteuer in Erwägung zu ziehen, mit geringen Majoritäten zur Annahme.

In der dritten Lesung des gesamten Etats versuchten dann die Hausbesitzer einen nicht nach ihrem Wunsche ausgefallenen Antrag von neuem einzubringen, mußten denselben aber zurückziehen, als seitens der Sozialdemokraten angekündigt wurde, sodann auch ihre gesamten abgelehnten Anträge nochmals einzureichen.

Dem am 29. Januar von der Versammlung einstimmig gefaßten Beschluß, die Hochbaudeputation um zwei Mitglieder zu verstärken, damit der sozialdemokratischen Fraktion ein Platz eingeräumt werden könne, ist der Magistrat nicht beigetreten. Stadtv. Wollermann (Soz.) verurteilt den Beschluß des Magistrats und beantragt gegen denselben gemäß der Städteordnung vorzugehen. Die Mehrheit kann sich jedoch dem nicht anschließen und lehnt den Antrag ab. Damit hat also die Mehrheit ihr damals gegebenes Versprechen nicht eingelöst.

### Rixdorf.

**Umsturz eines Turmwagens.** In der Hermannstraße in Rixdorf hat sich gestern ein seltsamer folgenschwerer Unglücksfall zugetragen. Auf einem hohen Turmwagen der Großen Berliner Straßenbahn waren die Schlosser Paul Krüger, Zeughofstr. 8 und Otto Reimann, Wienerstr. 37 wohnhaft, mit dem Ausbessern der Oberleitung beschäftigt. Vor dem Grundstück Hermannstr. 219 erfolgte plötzlich ein Achsenbruch des Turmwagens; das hohe Gefährt stürzte um und die beiden Schlosser wurden in weitem Bogen auf die Straße geschleudert. Die Verunglückten wurden nach der Unfallstation in der Steinmetzstraße gebracht; dort stellte man fest, daß Reimann schwere innere Verletzungen erlitten hatte. Er mußte im Krankenhaus untergebracht werden. Krüger war mit leichteren Verletzungen davon gekommen.

**Die „Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz"** eröffnet am Donnerstag, den 5. April, im Lokale von „Eikaus", Karlsgartenstr. 6—10, eine zweite Schülerabteilung.

Ebendaselbst am Freitag, den 6. April, eine zweite Schülerinnenabteilung. Turnzeiten an genannten Tagen abends von 6 bis 8 Uhr.

**Das 7. populäre Konzert** veranstaltet am Sonntag, den 8. April, im Deutschen Wirtshaus, Bergstr. 136—137, der „Rixdorfer Männerchor". Zu dem Konzert haben unter anderen die Konzert- und Oratoriensängerin Fräulein Anni Brehmer (Sopran) ihre Mitwirkung zugesagt. Der Eintrittspreis beträgt inklusive Programm 50 Pf.

### Weißensee.

**In einer äußerst stark besuchten öffentlichen Versammlung** referierte Genosse Taubmann über den Verlauf der letzten Gemeindewahlen. Am Schlusse seines Vortrages forderte er die Versammelten auf den Gewerbetreibenden, ob ihres Verhaltens bei der Wahl, die richtige Antwort zu geben. Anschließend hieran erläuterte Genosse Breslauer-Rixdorf das moderne Konsumgenossenschaftswesen und forderte die Anwesenden auf, Mitglieder derselben zu werden. In der Diskussion sprachen noch die Genossen Kuhn u. Jeczjorowsky im Sinne des Referenten.

### Friedrichsfelde.

**Bei der vorige Woche** vorgenommenen Ersatzwahl für den amtsmüden Schöffen Bauerngutsbesitzer Westfal beanspruchten die Bürgerlichen Karlshorsts, diese Stelle aus ihrer Mitte zu besetzen. Diesem Verlangen erklärten jedoch die Bürgerlichen von Friedrichsfelde sowohl wie der Gemeindevorsteher nicht stattgeben zu können, da Karlshorst bereits 9 Vertreter besitze. Unsere Genossen beantragten die Anstellung eines juristisch vorgebildeten Schöffen. Man motivierte den Antrag damit, daß Friedrichsfelde gegenüber den Nachbargemeinden, die bereits zwei bis drei juristisch vorgebildete Verwaltungsbeamte haben, sehr im Rückstande wäre. Bei dem Umfange der Gemeindeverwaltung sei es angebracht, daß dem Gemeindevorsteher eine tüchtige verantwortliche Kraft zur Seite gestellt werde. Die ehrenamtlichen Schöffen begannen nun, mit dem Gemeindevorsteher gegen die Wahl eines besoldeten Schöffen zu Felde zu ziehen und stellte namentlich der Gemeindevorsteher der Versammlung anheim, vor Ablauf seiner Amtsperiode (1908) von einem derartigen Beschluß Abstand zu nehmen. Die provisorische Abstimmung ergab, daß die Hälfte der Vertreter für den sozialdemokratischen Antrag war. Hierauf erklärte der Gemeindevorsteher die Besprechung für zwecklos. Interessant ist bei dieser Sache, daß einer der Hauptbefürworter eines besoldeten Schöffen, Herr Ullrich, zwei Tage später sein möglichstes tat, um die Wahl eines Juristen zu Falle zu bringen. Es wurde der Bergwerksbesitzer Reschke aus Karlshorst mit 16 gegen 7 Stimmen als ehrenamtlicher Schöffe gewählt. — Eine größere Blamage konnten sich die bürgerlichen Herren beinahe nicht zufügen.

### Waidmannslust-Lübars.

**In der gestern stattgehabten Stichwahl zur Gemeindevertretung** wurde Genosse Denzer mit 95 Stimmen gewählt. Der gegnerische Kandidat brachte es auf 75 Stimmen.

### Steglitz.

**In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung** wurde vom Gemeindevorstand beantragt, die Wahlen der ersten und zweiten Klasse, sowie in der dritten diejenigen der Herren Häneke und Sebastian für gültig, hingegen die Wahl der Herren Denckewitz und Templiner für ungültig zu erklären. Denckewitz könne nicht als Angesessener gelten und im zweiten Bezirk hätte die Stichwahl zwischen Templiner und Käding und nicht zwischen Templiner und Leimbach stattfinden müssen, weil letzterer ebenfalls Nichtangesessener sei. Der Vorsteher begründet den Antrag des Gemeindevorstandes und bemerkt, daß vor Beschlußfassung noch eine genaue Prüfung wünschenswert sei; deshalb schlägt er vor, nur die Wahl des Herrn Sebastian für gültig zu erklären und im übrigen die Sache einer besonderen Kommission zu überweisen. Von sozialdemokratischer Seite sei ein Protest gegen die Wahlen des ersten Bezirks der dritten Klasse eingegangen. Obwohl der Wahlvorstand den Protest für unbegründet hält, möge er doch der Kommission mit überwiesen werden. Der Vorsteher verlas nunmehr den Protest und die Beschlüsse des Wahlvorstandes hierzu, die er ausführlich begründete. Eine eingehende Würdigung dieser Begründung müssen wir uns aus Raumrücksichten leider versagen, nur an einem Beispiel wollen wir zeigen, auf wie schwachen Füßen dieselbe steht. Der Protest rügte u. a. auch, daß bei der Stichwahl insofern eine unzulässige Beschränkung der Oeffentlichkeit stattgefunden habe, als eine Anzahl Wähler durch Polizeibeamte veranlaßt wurden, sofort nach Stimmabgabe das Wahllokal zu verlassen. Diese Tatsache konnte der Wahlvorstand nicht durch einfachen Beschluß aus der Welt schaffen; er wandte sich deshalb an den Polizeikommissar, dem die Sache spielend gelang. Der Beamte berichtete schriftlich, daß am Abend dergleichen nicht vorgekommen sei. Bürgermeister Buhrow konnte also konstatieren, daß auch diese Beschwerde unbegründet sei. Der Polizeikommissar hat selbstverständlich wahrheitsgemäß berichtet, denn abends durften die Wähler im Wahllokal verweilen, aber — nachmittags wurden sie zum Verlassen gezwungen! Warten wir also die Beschlüsse der Kommission, der auch Genosse Schellhase angehört, ab. Die Debatte über den Punkt „Wahlen", die in der Hauptsache in einer Polemik zwischen den Gemeindevertretern Weinhausen und Bugge bestand und deren Streitgegenstand die nicht vorhandene „Kuh des Mietervereins" resp. seines Bauvereins bildete, wollen wir übergehen. Aber Herrn Mirbach vom Mieterverein, der sich erlaubte, von „Machinationen der Sozialdemokraten bei Aufstellung ihrer Kandidaten" zu reden, möchten wir raten, in Zukunft etwas zurückhaltender zu sein. Der Angehörige einer Partei, die die „Echtheit" ihres Hausbesitzerkandidaten mit solchen Vollmachten beweisen will, wie sie vom Bürgermeister Buhrow gekennzeichnet wurden, hat wahrhaftig keinen Grund, den Mund so voll zu nehmen.

### Zehlendorf.

**Zehlendorf.** Arbeiter, Parteigenossen! Am heutigen Tage findet die Stichwahl im ersten Bezirk statt. Nützt die paar Stunden bis zur Wahl noch durch intensive Agitation aus! Gewählt wird in der Zeit von 5—8 Uhr abends im „Fürstenhof", Hauptstraße. Als Legitimation dient die vom Gemeindevorstand ausgefertigte Karte. Sollte einer oder der andere keine derartige Karte erhalten haben, so bleibe er der Wahl nicht aus diesem Grunde fern! Der letzte Steuerzettel, Mietskontrakt oder ein ähnlicher Ausweis genügt, um das Wahlrecht auszuüben. Die aus dem ersten Bezirk verzogenen Wähler sind ebenfalls wahlberechtigt und werden dringend ersucht, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen. Geht rechtzeitig zur Wahl! Wer bis 8 Uhr im Wahllokal ist, ist noch berechtigt sein Wahlrecht auszuüben. Jeder Arbeiter gebe seine Stimme dem Rohrleger Eduard Scheler!

### Potsdam.

**Ein „schlagfertiger" Polizeiwachtmeister** hatte sich am Sonnabend vor dem Potsdamer Schöffengericht wegen tätlicher Beleidigung zu verantworten und zwar der Wachtmeister August Heide von der Potsdamer Schutzmannschaft. Seiner ganz besonderen Schneidigkeit verdankte er vor einigen Jahren seine Beförderung vom Schutzmann zum Wachtmeister, obgleich er bereits einige Vorstrafen wegen Mißhandlung usw. erlitten hatte. Seitdem wurde Heide sowohl gegen das Publikum wie seine Untergebenen noch schneidiger und zeigte dies auch in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober v. J. Er schlug dem Zahntechniker Seega, den er nach

seinem Namen fragte, weil er aus Ulk Schutzmann gerufen hatte, die Zigarre aus dem Mund, wobei er ihn ins Gesicht traf. Sein Verteidiger wollte dies als Notwehr hinstellen, begangen, um die Ungehörigkeit des Seega zu beseitigen. Der Gerichtshof ließ dies aber nicht gelten und verurteilte Heide zu 25 M. Geldstrafe eventuell fünf Tagen Gefängnis. Beantragt waren 5 M. Geldstrafe.

**„Moderne Gewerkschaftsorganisationen"** lautete das Thema, über welches Genosse Zernicke-Berlin in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung sprach. Besonders eingeladen waren dazu auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die „Christlichen", die ja kürzlich auch Potsdam mit einer Filiale ihrer „Gewerkschaft" beglückten. In dieser öffentlichen Versammlung wollte man ihnen Gelegenheit geben, ihre bisher hinter verschlossenen Türen ausgeübte Missionstätigkeit an den „Verführten" und „Verhetzten" bequemer zum Austrag zu bringen. Leider haben es die „christlich-nationalen" Helden — abgesehen von einigen Detektivs — unterlassen, sich in die Gesellschaft freier Männer zu begeben.

In der sehr lebhaften Diskussion stimmten die meisten Redner den überzeugenden Ausführungen des Referenten zu. Sie richteten lediglich ihre Angriffe gegen die Hirsch-Dunckerschen, deren Rückständigkeit eine Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung am Orte nicht aufkommen lasse.

Von jener Seite bemühte sich denn auch Heyer, die gegen die Gewerkvereine erhobenen Vorwürfe zu entkräften — indes gelang es ihm nicht, so sehr man auch sein ehrliches Auftreten anerkannte. In seiner Entgegnung wies der Referent auf die sich immer stärker bemerkbar machenden Gegentendenzen des Kapitals hin, die die Arbeiterschaft nachgerade zur sozialistischen Denkweise zwingen. — Unter dem Beifall der Versammlung schloß Redner seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß das 20. Jahrhundert der modernen Arbeiterbewegung gehöre. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde die Versammlung geschlossen.

# Gerichts-Zeitung.

Der **„Roman des Hauslehrers"**, der seit Sonnabend vor dem Schwurgericht des Landgerichts I verhandelt wird, wirft wieder recht grelle Streiflichter auf „Eheirrungen" in sogenannten „besten" Kreisen. Der frühere Student der Mathematik Wesemann steht unter der Anklage, eine Frau Knolle, bei der er gewohnt hatte, zur Ableistung eines Meineides angestiftet zu haben. Der Roman begann in Hannover, und zwar in der Familie des dort wohnenden Oberingenieurs P., dessen Kinder im Alter von 6—14 Jahren der damals an der technischen Hochschule studierende Angeklagte Wesemann Nachhilfestunden gab. Die Mutter der Kinder trat mit dem 24 Jahre jüngeren Hauslehrer in intimen Verkehr, verließ ihren Mann, folgte dem Wesemann nach Berlin und als es sich um die Ehescheidungsklage ihres Ehemannes handelte, hat nicht nur W. selbst einen Meineid geleistet, sondern soll auch die Knoll zum Meineide verleitet und versucht haben, noch andere Personen zu einer falschen Aussage zu bestimmen. — Die Beweiserhebung am gestrigen Tage zeigte, wie manchmal hinter den Kulissen gearbeitet wird, um in solchen Ehescheidungsprozessen Entlastungszeugen zu gewinnen. Von Wesemann und der Frau P. wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um durch Ueberredung und Versprechungen aller Art falsche Zeugen zur Stelle zu bringen. So wurde wenigstens von verschiedenen Zeugen behauptet. Durch Briefe, Zusammenkünfte in Restaurants und sonstige Besprechungen sollen die verschiedensten Personen bearbeitet worden sein, auszusagen, daß man nie einen intimen Verkehr zwischen Wesemann und Frau P. bemerkt habe. Auf der anderen Seite hatte ein im Dienste des Herrn Oberingenieurs P. arbeitender Privatdetektiv festgestellt, daß Wesemann bei Frau Knolle die Frau P. als seine „Cousine" eingeführt und mit ihr dasselbe Schlafzimmer geteilt hatte. — Großes Interesse erregte die Aussage des als Zeugen vernommenen Oberingenieurs P., der von seiner Frau inzwischen geschieden ist. Er ist 10 Jahre jünger wie letztere und war mit ihr etwa 15 Jahre verheiratet. Seine Frau war immer etwas exzentrisch und soll schon mit dem Vorgänger des Wesemann intim verkehrt haben. Letzterer ist, trotzdem von einer Seite stark abgeraten worden, in sein Haus als Hauslehrer für seine Kinder gekommen; er verkehrte dort auch gesellschaftlich. Er, der Zeuge, war viel auf Reisen. Er hatte schon früher Veranlassung, die Ehescheidung zu betreiben, hatte sich aber durch die Bitten der Frau bestimmen lassen, ihr zu verzeihen. Wesemann aber mußte zum Hause hinaus. Als sie diesem dann nach Berlin gefolgt war und er die Ehescheidungsklage einleitete, stand seine Sache zunächst schlecht, da die vernommenen Zeugen eidlich einen sträflichen Verkehr zwischen der Frau und W. nicht bezeugen konnten. Da sei ihm der Zufall zu Hülfe gekommen. Seine Frau habe bei einer Wirtin, wo sie gewohnt hatte, einen Koffer zurückgelassen und in diesem fanden sich Briefe, die das ganze sträfliche Verhältnis klarlegten. W. habe auch Unterstützungen von seiner Frau empfangen, denn er (Zeuge) habe dieser während ihres Aufenthalts in Berlin monatlich 125 M. geschickt. Er gibt zu, der Frau einmal, als sie fünf Tage und fünf Nächte nicht zu Hause gewesen war, eine Ohrfeige gegeben zu haben, bestreitet aber sonstige Mißhandlungen. — Während der Verlesung einiger Liebesbriefe des W. an die Frau P., die gewöhnlich mit „Mein bester Hans" beginnen und mit „Dein sehnsüchtig nach Dir schmachtender Schatz" endigen, sinkt W. immer mehr in sich zusammen und erklärt auf Befragen, daß er nicht mehr imstande sei, der Verhandlung zu folgen. — Die Sitzung wird deshalb auf heute 9½ Uhr vertagt.

### Ausdrücklich als Unorganisierter engagiert.

Die Firma Elsner (Verlag der „Arbeitgeber-Zeitung") inserierte, nachdem Differenzen mit ihren Arbeitern ausgebrochen waren, nach unorganisierten Arbeitern. Es erschien der Arbeiter Meierhof und wurde auch engagiert. Am anderen Morgen waren indessen die Differenzen beigelegt und die alten Arbeiter legten dem Faktor nahe, daran zu denken, daß sie nicht gern mit Unorganisierten zusammen arbeiteten. Dem Meierhof wurde von dem Vertreter des Geschäfts anheim gegeben, zum Arbeitsnachweis des Verbandes der Buchdruckereihülfsarbeiter zu gehen und sich einen Ueberweisungsschein zu holen. M. tat das auch, überlegte sich die Sache aber unterwegs, schickte den Ueberweisungsschein an den Nachweis zurück und erhob Anspruch auf 14tägige Kündigung. Da er nicht beschäftigt wurde, so klagte er gegen den Druckereibesitzer Elsner beim Gewerbegericht auf Zahlung einer entsprechenden Lohnentschädigung. Diese wurde ihm von der Kammer 8 am 31. März zugesprochen. Der Gerichtshof ging davon aus, daß Kläger nicht habe verpflichtet werden können, sich einen Ueberweisungsschein vom Hülfsarbeiterverband zu holen, da er ja ausdrücklich unter der Bedingung engagiert sei, keiner Vereinigung anzugehören.

### Gräfliche Behandlung eines Postboten.

Wegen Beleidigung des Postboten Keller hatte sich am Sonnabend vor dem Lindauer Schöffengericht die Gräfin Waldburg-Zeil zu verantworten. Keller hatte auf seinem Bestellgange u. a. auch die Post des Grafen Waldburg-Zeil zu besorgen. Er mußte vor der Tür der gräflichen Villa übermäßig lange warten und hatte sich außerdem eines bissigen Hundes der Gräfin zu erwehren. Er bat in höflicher Form um Abstellung dieser Unannehmlichkeiten. Da kam er aber bei der Gräfin schön an. Sie begab sich mit ihrem Gemahl zum Vorgesetzten Kellers und beschwerte sich dort über das ungehörige Benehmen Kellers. Als dieser darauf das gräfliche Ehepaar zur Rede stellte, wurde ihm von der Gräfin geantwortet: Er sei ein ganz unverschämter und arroganter Kerl und habe das Maul zu halten. Wenn nicht, so haue sie ihm einige runter! Ferner erklärte die Gräfin, sie werde dafür sorgen, daß Keller seine Stellung verliere, denn er sei ja nur ein Postbote. In dieser gräflichen Tonart ging es weiter, wie durch Zeugen vor Gericht festgestellt wurde. Die Zeugen bekundeten gleichzeitig, daß Keller sich durchaus anständig und ruhig benommen und der Gräfin in keiner Weise Veranlassung zu ihren Beschimpfungen gegeben habe. Keller wurde sofort nach der Beschwerde des gräflichen Ehepaares versetzt und das Postamt meldete dem Grafen, daß seiner Beschwerde abgeholfen sei. Die Verhandlung endetete mit einem Vergleich, den der Graf selbst anbot. Er bedauerte im Namen seiner Frau den Vorfall, bat den Postboten Keller um Entschuldigung und erklärte sich zur Tragung sämtlicher Kosten bereit. Der Postbote nahm den Vergleich an. Wie wäre es dem armen nach der Beschimpfung versetzten Postboten ergangen, wenn er die Gräfin in gleich vertraulicher Weise behandelt hätte, und — wie denkt Exzellenz Kräfte über die Versetzung des so arg beleidigten Postboten?

**Eine Fesselung vom 21. Januar** lag am Sonnabend dem Halleschen Schöffengericht zur Nachprüfung vor. Der Arbeiter Friedrich kam am genannten Tage, als die Teilnehmer die Versammlungen verließen, zufällig auf die Straße. Von einer Aufforderung, sich zu „zerstreuen" hatte er nicht das geringste gehört. Ein Polizist fand aber Gefallen an dem Mann und transportierte ihn nach heftigem Widerstreben gefesselt nach der Wache. Der Sistierte sagte zu dem Polizisten: „Na was wollen Sie denn eigentlich von mir?", der Polizist zog ihn aber mit. Das Gericht sprach Friedrich heute dem Antrage des Staatsanwalts gemäß frei.

**Vom Landarbeiterinnenschutz.** Der Gutsverwalter Graul von dem Rittergut Zscherbun bei Halle soll jungen Arbeiterinnen und Mädchen auf dem Felde unsittliche Anträge gestellt und dem einen Mädchen ein paar Lackschuhe und ein blaues Kleid versprochen haben, wenn es ihm zu Willen sei. Die Belästigten beschwerten sich bei dem Inspektor. Hierüber wurde der Verwalter ärgerlich und versetzte dem einen Mädchen mehrere so brutale Schläge ins Gesicht, daß, wie er sich selbst ausdrückte, bei jedem Schlage das Blut „umherquatschte". Als der Aufseher Zachert die Roheit nicht mehr mit ansehen konnte, sprang er dazwischen und versetzte dem Verwalter mit einem Hackenstiel ein paar gut sitzende Schläge über den Rücken. Anstatt gegen den Verwalter, ging der Staatsanwalt gegen den Aufseher vor. Sein Verteidiger erklärte vor dem Schöffengericht, man müsse es Zachert zur Ehre anrechnen, daß er die belästigten und mißhandelten Mädchen geschützt habe. Das Gericht erkannte diese Ehre wohl an, bestrafte aber dennoch Zachert wegen Mißhandlung mit 20 Mark Geldstrafe. Lebhaft zu bedauern ist, daß die Mädchen nicht gegen den liebenswürdigen und brutalen Gutsverwalter Privatklage angestellt haben, wenn der Staatsanwalt eine Anklageerhebung im öffentlichen Interesse unterlassen hat. Die Nichterhebung der Klage kann lediglich als Schutz der Roheit wirken. Der Aufseher legt hoffentlich mit Erfolg Berufung ein.

**Ungültige Stadtverordnetenwahlen.** Die Wählerliste und ihre Bedeutung für die Gültigkeit von Stadtverordnetenwahlen betrifft eine Entscheidung des Oberverwaltungsgrichts über Stadtverordnetenwahlen in Herne (Gebiet der westfälischen Städteordnung), die wegen der Gleichartigkeit der in Betracht kommenden Bestimmungen auch für das Gebiet der Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen gilt. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am 30. März das Urteil des Bezirksausschusses, durch welches die Stadtverordnetenwahlen in Herne, die vom 21. bis zum 25. November 1904 stattgefunden hatten, für ungültig erklärt worden waren. Begründend wurde ausgeführt: Eine ordnungsmäßige Wählerliste sei die Grundlage des Wahlverfahrens, sei die Grundlage der Gültigkeit von Stadtverordnetenwahlen. Die den genannten Wahlen zugrunde gelegte Wählerliste sei aber nicht ordnungsmäßig zustande gekommen. Die Berichtigung der Wählerliste durch den Magistrat finde in Herne in der Zeit vom 1. bis 15. September (gemäß Ortsstatut) statt, und die Offenlegung der Liste erfolge vom 16. bis zum 30. September. Hier habe nun der Magistrat am 24. September 1904, also während der Offenlegung der Liste, selbständig eine Aenderung vorgenommen, weil die Gesellschaft Hibernia ursprünglich mit einem zu niedrigen Steuersatz in der Liste gestanden habe. Der Magistrat habe den ermittelten höheren Steuerbetrag eingetragen, von neuem die sämtlichen Steuerbeträge der Wähler zusammengerechnet und gedrittelt, sowie die sich ergebenden Verschiebungen vorgenommen. Von den 7 Wählern der ersten Abteilung seien 3 in die zweite und aus der zweiten 54 in die dritte Abteilung gekommen. Eine solche Aenderung der Wählerlisten durch den Magistrat während der Offenlegung der Liste sei aber unzulässig. Nachdem die Liste offengelegt sei, könnten Aenderungen nur auf Einspruch von Bürgern durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Weiter sei aber die Liste noch deshalb keine ordnungsmäßige gewesen, weil die richtige Drittelung in der offengelegten Liste selber gefehlt habe. Als Wählerliste habe nämlich bei der Offenlegung die Bürgerliste gedient, wo die Namen der Wähler nicht nach Abteilungen geordnet standen. Die unter den übrigen Wählern verstreut aufgeführten Wähler der ersten und zweiten Abteilung seien als solche nur durch eine römische I und II, mit Grünstift geschrieben, hervorgehoben worden. Es habe allerdings jeder nachsehen können, in welcher Abteilung er wählen solle. Das genüge aber nicht. Die Wähler müßten vielmehr nach Abteilungen gesondert, die erste, zweite und dritte Abteilung hintereinander, in der offengelegten Liste aufgeführt sein. — Daraus, daß den Stadtverordnetenwahlen vom 21. bis 25. November 1904 eine nicht ordnungsmäßig zustande gekommene Wählerliste zugrunde lag, folge die Ungültigkeit dieser Wahlen.

**Der Sparverein für Freidenker,** der eine Herabsetzung der Kosten und Reformen auf dem Gebiete der Feuerbestattung erstrebt, hält seine Versammlung am Mittwoch, den 4. April, Schillingstr. 24, ab. Gäste sind willkommen.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 27. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das hippokratische Gesicht. — Die revolutionären Parteien in Rußland während der Jahre 1898 bis 1903. Von Dr. Ida Arekrod. — Die proletarische Bewegung und die bürgerliche Kunst. Von G. Plechanoff. — Oekonomie, Naturwissenschaft und Mathematik. Von Paul Lafargue. — Der Arbeiterschutz im Gastwirtsgewerbe. Von Hugo Poetzsch. — Das Zentrum und die Arbeiterinnenfrage. Von Lea Heiden-Deutschmann. — Ein Musterbeispiel staatlicher Arbeiterfreundlichkeit. Von Richard Wagner (Bant). — Literarische Rundschau: Rudolf Eucken, Beiträge zur Einführung in die Geschichte der Philosophie. Von Ph.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 7 des 16. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Sozialdemokratischer und bürgerlicher Heimarbeiterschutz. Von Luise Zietz. — Die Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1904. Von Gustav Hoch. — Von der Heimarbeitsausstellung in Berlin: VI. Schlußbericht. Von m. l. — Weibliche Krankenkassenkontrolleure. Von K. — Die Organisation der Nürnberger Dienstboten. Von Helene Grünberg. — Proletarisches Elend in Oberfranken. Von Ottilie Baader. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson von Lichtenstein-Callnberg. — Die Märzfeier. — Genossin Brügmann-Ihehoe †. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Vereinsrecht der Frauen. — Frauenstimmrecht. — Feuilleton: Die Stimme der Freiheit. Von John Henry Mackay. — Rahel. Von Ada Christen. — Adressenverzeichnis der Vertrauenspersonen der deutschen Genossinnen.

Frauen-Beilage: Für ewig. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht.) — Die Ausstellung für Säuglingspflege in Berlin. Von Klara Weyl. — Die Entwickelung des Menschen: Das Ei. Von Dr. Chajes. — Der Arzt. Von H. Heine. (Gedicht.) — Die Bedeutung des Spieles im Leben des Kindes. Von Toni Sutzmann. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Rat einer Alten. Von Eduard Mörike. (Gedicht.)

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Der **„Wahre Jacob"** hat soeben die 7. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Vom politischen Marionettentheater" und „Die Zeiten ändern sich", sowie die Illustrationen „Momentaufnahme aus Algeciras", „Schrecklich!", „Probates Verfahren", „Der Börsenmann und die Politik", „Zoologischer Unterricht", „Berliner Salzsäulen", „Ein Raub und seine Folgen", „Schlangenbeschwörung in Algeciras", „Michel und die Steuerratten" und „Zur Katastrophe von Courrières". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Algeciras und Courrières", „Auferstehung" von Klara Bohm, „Die Zeit der Feste" von Paul Enderling, „April" von Ludwig Lessen, „Fluch dem Zarismus", „Berliner Polizeiepigramme" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Eine Enquete" und „v. Below-Plettenburg an v. Arnim-Schnodderheim".

Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

**Plutus.** Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard). 13. Heft. Abonnements (einschließlich der Plutus-Merktafel) vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag, Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 69.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.**

**Dejewski.** Tragen Sie die Sie betreffende Sachlage vor und knüpfen Sie daran die Frage. — **R. H. 56.** Wenden Sie sich an irgend eine Augenklinik. — **Bock.** Leider steht der Frau nur der Weg der Armenhülfe offen. — **Zwei Streitende 25.** 1. In Essen. 2. Kommerzienrat. — **75 W. K.** Verbraucher. — **Konzert 55.** Die älteren Jahrgänge können Sie selbst in der Expedition nachschlagen. — **J. Elbing.** Sie könnten lediglich gegen die Firma, mit der Sie Vertrag geschlossen haben, auf Schadenersatz klagen, wenn dieser, wie es scheint, ein Verschulden zur Last fällt. — **M. S. 100.** Die Eintragung erfolgt auf dem Amtsgericht auf Grund des notariell oder beglaubigten Gesellschaftsvertrages. Die Eintragung ist erforderlich, wenn eine Handlungsfirma vorliegt. — **A. H. 5.** Nein. — **T. R. 37.** Ihre Mutter kann den Antrag auf Zahlung der Invalidenrente ohne Nachteile stellen. Ohne Einsicht in die Karten ist nicht zu ersehen, ob ihr ein Anspruch auf Rente zusteht. — **Nestlohn 109.** Ihre Forderung ist noch nicht verjährt. Es steht Ihnen aber lediglich gegen den Arbeitgeber nicht gegen dessen Frau ein Anspruch zu. Die Klage gegen die Frau wäre erfolglos. — **P. L. 18.** Die Frau müßte innerhalb sechs Wochen in einer notariell oder juristisch beglaubigten Urkunde die Erbschaft ausschlagen. Der Stadt steht ein Zugriff zu. — **P. D. 22.** Den Offenbarungseid kann jeder Gläubiger, der ein rechtskräftiges Erkenntnis besitzt und nachweisen kann, daß die Pfändung ohne Aussicht auf Erfolg, verlangen. Wird die Eidesleistung verweigert, so kann Haft bis zu sechs Monaten zwecks Erzwingung des Eides angeordnet werden. Nachteile hat der Offenbarungseid in politischer oder sonstiger Beziehung nicht. — **F. S.** Die Angabe der Postverwaltung ist zutreffend. — **E. O. R. W. 5.** Der Restaurateur haftet für den von Ihnen beschriebenen Schaden. — **Mülheim 50.** Soweit ersichtlich, haben die Nachbarn ein Wegerecht erworben, da sie ungehindert weit über 30 Jahre den Weg benutzen durften, ohne daß Einspruch oder Vorbehalt des Besitzers erfolgte. — **Selkhennersdorf.** Diese Ansprüche verjähren sämtlich erst in 30 Jahren. — **Stockholm 35.** 1 und 2. Ja. 3. Lotterie bleibt Lotterie. — **Verein 100.** Ohne Kenntnis der Statuten sind Ihre Fragen nicht zu beantworten. — **W. H.** Ist nichts vereinbart, so ist für die Zeit der Kontrollversammlung Lohn zu zahlen. Näheres in dem in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht" S. 159. — **G. R. 100.** Nach dem Gesetz hat die Mutter diese Pflicht. — **G. 18** Mittags 12 Uhr. — **W. G. 10.** An seine Exzellenz den Eisenbahnminister. Ein Exzellenz! — **M. S.** 1. Nein. 2. Die Versicherungsanstalt sorgt nicht. 3. Nein. 4. Ja. 5. Der Unterstützungswohnsitz wird durch zweijährigen Aufenthalt in einer Gemeinde erworben, wenn innerhalb dieser Zeit Armenunterstützung nicht gezahlt ist. — **F. R. 55.** Bestimmte Firmen, Rechtsanwälte, Aerzte usw. zu empfehlen, lehnen wir grundsätzlich ab. — **Strauß 100.** Dieselbe. — **100 G. K.** Eine moralische Pflicht liegt vor, sprechen Sie mit dem Rektor. — **O. L. 8.** Solche Kasse ist uns nicht bekannt. — **E. D.** Ja, wenden Sie sich an eine Aerztin. — **B. R. 4.** Im Lesezimmer des Café Bauer, Unter den Linden, werden Sie das Gewünschte finden. — **A. S.** Die Adressen finden Sie im Adreßkalender. — **J. S. Charlottenburg.** Wenden Sie sich an einen Aquariumbesitzer. — **O. R.** Leider nein. — **E. T. 1000.** In Gütergemeinschaft leben die Eheleute in der Regel nicht. Welches Güterrecht in dem Ihr Mündel betreffenden Fall in Frage kommt, hängt davon ab, wo die Eltern geheiratet hatten. Ob der Klageanspruch gerechtfertigt ist, ist ohne Einsicht in die Klage nicht zu beantworten. — **Gottschalk.** Im zweiten Band des Adreßkalenders Teil IV, Seite 142, finden Sie die Adressen. — **W. G. 23.** Da die Vereinbarung getroffen ist, so hat der Arbeitgeber keine Verpflichtung zur Zahlung. — **O. K. 99.** Ja. — **E. G. 2.** Wenden Sie sich direkt an den Magistrat mit Ihrer Anfrage. — **Helene und Fritz.** 1. Die sechswöchentliche Kündigungsfrist zum Quartalsersten muß leider, wenn nichts anderes vereinbart ist, eingehalten werden. 2. Sie können auf Einhaltung des Vertrages, wie Sie geschlossen haben, bestehen. Ist über die Mietszeit nichts vereinbart und liegt monatliche Mietszahlung vor, so kann jeder Teil bis am 15. zum 1. kündigen. — **W. E. 35.** Aufrufe sind nicht erforderlich, amtliche Nachricht ebensowenig. — **H. 100.** Sie sind im Irrtum, es steht nicht dort, daß der Mann Anrecht am Vermögen habe, wenn nicht vor der Heirat ein notarieller oder gerichtlicher Vertrag geschlossen würde. Dieser Vertrag erleichtert nur den Nachweis des Eigentums. Wird der Gerichtsvollzieher auf Ihre Beschwerde beim Amtsgericht angewiesen, zu pfänden, so würden Sie die Sachen freigeben müssen und eventuell noch Kosten zuzahlen, wenn die Ehefrau beweist, daß die gepfändeten Sachen ihr gehören. Sie können den Schuldner zum Offenbarungseid laden. — **Julius Enge.** Seite 238 und 239 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers, nicht des „Arbeiterrechtes" selbst finden Sie die Beispiele. — **E. B. 100.** Verjährung liegt nicht vor. Sie können noch jetzt Auseinandersetzung verlangen. — **Unkenntnis.** Eine Auseinandersetzung ist nicht erforderlich, wohl aber die Einreichung des Inventars über das Vermögen Ihrer Frau. Unter Angabe, daß Sie nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch erben. Nicht Ihr Vermögen, sondern lediglich das der Frau ist anzugeben. Das während der Ehe Erworbene gehört nicht zu dem Vermögen der Frau. — **D. R.** Nein.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65—68 pr. 100 Pfund, IIa 56—64, IIIa 50—54, IVa 40—48, engl. Bullen- 00—00, dän. Bullen- 50—55, holl. Bullen- 00—00. Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 80—88, IIa 65—78, IIIa 52—62. Hammelfleisch Ia 62—72, IIa 55—61. Schweinefleisch 70—74. Kaninchen 0,90—1,10. Hühner, alte, Stück 1,70—2,25, alte per Pfd. 0,00, junge, per Stück 1,00—1,30. Tauben, junge 0,55—0,66, alte 0,40—0,45. Enten, junge per Stück 2,50—5,25, per Pfd. 00—00, ruff., gefr. per Stück 00—00. Gänse, junge, per Pfd. 1,25—1,30, ruff. per Pfd. 0,00—0,00. Hechte 00—00. Schleie 00—00. Bleie 00—00, groß 00—00. Aale, groß 00—00, mittel 00—00, klein 00—00, unsortiert 00—00. Plötzen 41—43. Flundern, pomm. I, per Schock 00—00. Kieler, Stiege Ia 4—7, do. mittel, per Kiste 3—4, do. klein, per Kiste 00—00. Bücklinge, schwed. per Wall 00—00, norw. 3,00—3,50, holl. 3,00, Kieler 2—3, engl. 2—3,00. Aale, groß, per Pfd. 1,10—1,20, mittelgroß 0,80—0,90, klein 0,50—0,60. Sprotten, Kieler, 2 Wall 1,00—1,60, Elb-, per Kiste 0,50—0,60. Sardellen, 1902er, per Anker 74,00, 1904er 72,00, 1905er 70,00. Schottische Vollheringe 1905 00—00, large 40—44, full. 36—38, med. 33—35, deutsche 37—41. Heringe, neue Matjes, per ½ Tonnen 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 00—00. Krebse, per Schock, große 00—00, mittelgroße 00—00, kleine 0,00, unsortiert 00—00. Eier, Land-, per Schock 00—00, frische 3,25—3,40. Butter per 100 Pfund, Ia 120, IIa 117—120, IIIa 115—116, abfallende 110—114. Saure Gurken, Schock 3—3,50 M., Pfeffergurken 3—3,50 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,10—2,35, rote Daberische 2,00—2,20, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl per Schock 0,00—00,00. Weißkohl per 100 Pfd. 4,50—5,50, Rotkohl per Schock 00—00, holl. 16—24. Grünkohl, per 100 Pfd. 12—15. Rüben, weiße 12—16, Teltower 16—18. Kohlrüben, per Schock 2,50—4,50.

**Witterungsübersicht vom 2. April 1906, morgens 8 Uhr.**

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemde. | 776 NNW | | 2 | wolkenl | 3 | Haparanda | 761 NW | | 6 | heiter | 6 |
| Hamburg | 778 N | | 3 | wolkenl | 3 | Petersburg | 770 SW | | 1 | wolkenl | —6 |
| Berlin | 772 Still | | 1 | wolkenl | 1 | Scilly | 774 O | | 3 | halb bd. | 8 |
| Frankf. a. M. | 776 NO | | 3 | heiter | 4 | Aberdeen | 778 SSW | | 1 | wolkenl | 1 |
| München | 775 SO | | 2 | wolkenl | 1 | Paris | 774 NO | | 2 | wolkenl | 0 |
| Wien | 773 SW | | 3 | wolkenl | 1 | | | | | | |

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 3. April 1906.**

Trocken und vorwiegend heiter, nachts leichter Frost, am Mittag ziemlich warm bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Möbel-Halle**
**Harry Goldschmidt**
Moritzplatz 59.

Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften welche auch Konfektion führen. 85L*

**Extra-Abteilung**
verliehen gewesener
**Möbel**
wöchentliche oder monatliche
**Teilzahlung gestattet!**
Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur
**Spezial Möbelgeschäft.**



**Das größte Brot für 50 Pf.**
Backware: 6 Stück 10 Pfennig in
**Albrechts Bäckereien:**
Wrangelstr. 135, Krautstraße 19, Falckensteinstr. 28, Lausitzerstr. 2, Markthalle Bäcklerstr., Stand 222/23, Markthalle Andreasstr., Stand 16/18, Zentrale: Boxhagenerstr. 13.


# Ein neues Flugblatt

für den

# Massenaustritt aus der Kirche

beabsichtigt demnächst der

## Agitations-Ausschuß der Freireligiösen Gemeinde Berlin

## in einer Million Auflage

zu verbreiten. **Für Berlin und Umgegend bittet der Ausschuß, daß diejenigen Gesinnungsfreunde** (Männer und Frauen), **welche sich an der** (an einem noch zu bestimmenden Sonntag) **stattfindenden Verbreitung beteiligen wollen, sich schriftlich bei den Unterzeichneten melden.** Da es ein ganz allgemein gehaltenes Flugblatt ist, geben wir dasselbe auch **unentgeltlich** nach auswärts ab, und ersuchen **Gesinnungsfreunde, welche das Arrangement der Verbreitung in anderen Orten übernehmen wollen,** unverzüglich ihre Adressen (deutlich geschrieben) mit Angabe der Anzahl der gewünschten Flugblätter an einen der Unterzeichneten einzusenden:

**A. Hoffmann,** Blumenstr. 14. **G. Bohne,** Kopenhagenerstr. 15. 62/11
**Eisert,** Grüner Weg 58, IV. **Jäntsch,** Weidenweg 71 **H. Peege,** Rüdersdorferstr. 48.

**Auch sind daselbst Austrittsformulare gratis zu haben!**


**Restaurant**
**Schweizergarten**
**Köpenick,** Lindenstr. 4.

Hierdurch mache ich die ergebene Anzeige, daß ich am
**Montag, den 2. April cr.,**
wieder persönlich die Leitung des Restaurants übernommen habe, und bitte ich, mir das früher geschenkte Wohlwollen auch wieder aufs neue bezeigen zu wollen.
Um geneigten Zuspruch bittet
Hochachtungsvoll
**Wilhelm Gärisch.**


**Jedes Wort 10 Pfennig.**
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Gardinen-Versandhaus** Jerusalemerstraße 11/12 Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 1417R*

**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

**Inventur**-Ausverkauf. Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Schals) 140, 185, 225, 285, 350, 485, 575, 665 usw. 1321R*

**Inventur**-Ausverkauf. Vorzieh-Gardinen mit überraschend schöner Stickerei, Fenster 135, 165, 210, 255, 285, 325, 425 usw., goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 usw. 1322R*

**Tüllbettdecken,** weiß, creme, 195, 225, 285, 375, 450—790. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1323R*

**Inventurpreis.** Steppdecken, Simili, Seide, rot, grün, olip, blau, zirka 160 breit, 200 lang, Handarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85.

**Steppdecken,** Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

**Inventur**-Ausverkauf. Tischdecken mit kleinen Stickfehlern in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 usw. 1326R*

**Plüschtischdecken,** Gelegenheitskauf, mit kleinen Stickfehlern, nur so lange Vorrat, 4,85, 5,65, 6,35, 7,50, 8,45, 9,65, 10,85. 1327R*

**Möbelstoffreste** in Wolle und buntem Plüsch, zu Sofabezügen ausreichend, in allen Preislagen. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1328R*

**Inventur**-Ausverkauf. Abfall-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 1329R*

**Teppiche,** imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1330R*

**Inventur**-Preis. Portieren (zwei Schals, ein Lambrequin) Garnitur 3,85, in allen Farben. 1331R*

**Einzelne** Plüsch- und Tuchgarnituren enorm billig. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1332R*

**Deckbett,** Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, zusammen 10,50 nur (Pfandleihe) Andreasstraße achtunddreißig. *

**Rotrosa-gestreiftes Deckbett,** Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße achtunddreißig. *

**Pommersches** Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laken, Stück 1,00. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Eckfische nach überall. *

**Bettenverkauf,** Gardinenverkauf, Aussteuerwäsche. Steppdecken, Bettinlette, Tischdecken, Teppichverkauf, Riesenauswahl Uhrensorten, Festgeschenke, Damengarderoben, Herrenkleidung, Möbelstücke, sensationelle Spottpreise. Brautleuten empfehlenswert. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †40*

**Teppiche!** (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 262/3

**Gaskronen,** Petroleumkronen, Fabrikpreise. Woche 1 Mark. Nur Große Frankfurterstraße 92. 1399R*

**Gaskronen,** dreiflammig 4,50, Salonkronen 8,00, Zugampeln 9,00, Wandarme 0,60. Fabriklager Große Frankfurterstraße 92. 1398R*

**Teppiche** mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

**Fahrräder,** Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1418R*

**Möbelfabrik,** Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen drei Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Satteltaschensofa 35, Paneelsofa 55, Garnitur 50, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 18, Ausziehtisch 16. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags geöffnet. 1163K*

**Herren**-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauft beim Handwerker, lasset den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109. *

**Federbetten** Stand 10,50, große 16,00, Brautbetten, Aussteuerwäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Uhren, Goldsachen, spottbillig. Pfandleihhaus Küstriner Platz 7. 1345R*

**Brautleute** kaufen geschmackvolle Einrichtungen außergewöhnlich billig. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Salons, Garnituren, Paneelsofas, großer geschliffener Trumeau mit Stufe 32,—. Bettstellen mit gediegenem Federboden 35,—. Schönste farbige Küchen 40,—. Eichene Flurgarderoben 18,—. Staunend große Auswahl. Eigene Werkstätten. Hirschowitz, Marianennstraße 7a. 1319R*

**Neueste** Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Eckhaus, Schönhauserallee. 1361R*

**Möbelverkauf.** In meiner Möbelfabrik Greifenaustraße 15, am Halleschen Tor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 200, 300, 400 Mark, hochelegante 500 bis 10 000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 22, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertiko 34, Säulentrumeau 36, Plüschgarnitur 105, Muschelbettstelle mit Matratze 38, geschnitztes Büfett 115, Paneelsofa 80, Schreibtisch 28, englische Schlafzimmer, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Gekaufte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet. 1363R*

**Gaskronen,** Petroleumkronen, Speisekronen, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Böttcher selbst. — Erstens: Boxhagenerstraße 32 (Stadtbahn, Hochbahn: Warschauerstraße). — Zweitens: Ravenostraße 6 (Bahnhof Wedding). 1127R*

**Kostüme,** Kostümröcke, Blusen zu Fabrikpreisen, Blumenstraße 9 II.

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

**Gelegenheitskäufe!** Steppdecken in Seidenkot statt 8 Mark durchweg 3,75. Posten Damenjacketts, Paletots, Kostüme (Reisenmuster) teils auf Seide, durchweg 9 Mark verkauft Julius Neumann, Belleallancestraße 105. *

**Gaskocherhaus!** Zweilochgaskocher 3,00. Geschlossene Sparsysteme 5,00. Gasbratöfen 6,00. Gasbügelapparat, Gasplätteisen 2½, Bronzegaskronen 6,00. Große Auswahl Gaslyren 1½. Bohlauer, Galtnertheaterstraße 32 (Beleuchtungshaus).

**Möbel** auf Teilzahlung. Teichmann, Prinzenstraße 62. 107/18*

**Entzückende** Blusen, Kostümröcke, Kostüme, selbstgefertigt, verkauft auffallend billig Littauer, Brunnenstraße 4, I. Keine Ladenmiete. 972b*

**Pianinos** bester Konstruktion, billige Preise, eventuell Teilzahlung Schirm, Pücklerstraße 33. †18*

**Restauration** billig zu verkaufen Drontheimerstraße 18. 928b

**Gute** Milch, Liter 15, gibts nur Stand 157 Weddinghalle. 942b

**Zigarrengeschäft** verkauft sofort Eberswalderstraße 22. †59*

**Fahrrad**-Artikel billig Michel, Friedenstraße 63, Hof. †46*

**Milchgeschäft,** kann Frau versehen. Billig verkäuflich. Hussitenstraße 36. †94*

**Zigarren,** Zigaretten, gut, billig, Königsbergerstraße 22, gegenüber Gubenerstraße. †47*

**Möbelangebot.** Im Möbelverkaufsspeicher (Anhalter Bahnhof), Möckernstraße 25, Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Zimmer Nußbaummöbel zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bücherschränke, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Salonbilder, Schreibtische 28,00, funkelnagelneu, Ruhebetten mit wunderschöner Diwandecke 22,50, hocheleganter Säulentrumeau 30,00, prachtvolle Zimmerteppiche 8,00, Salonteppiche schon 14,00 bis zu den allergrößten Saalteppichen, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Standuhren, Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Ankauf ganzer Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, kostenlose Aufbewahrung und Transport gekaufter Möbel. Otto Lidekes Transport- und Lagerhaus (Anhalter Bahnhof), Möckernstraße 25. 1306R*

**Leihhaus** Prinzenstraße 28, 1 Treppe, Ecke Ritterstraße. Verfallene Pfänder, Gelegenheitskäufe, Goldsachen jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig. *

**Hochelegante** Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1415R*

**Möbel,** Spiegel, Polsterwaren, großartige Auswahl vollständiger Wohnungseinrichtungen. Preise staunend billig. Saalfelds Möbelspeicher, Krautstr. 50. 875b

**Möbelverkauf** Wallstraße 80/81. Am Lager befinden sich viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28 Mark, Ausziehtisch 17, Bettstelle mit Federmatratze und Kreuzkissen 29, Muschelspiegel 12, Kommode 18, Ruhebett 26, Muschelbettstelle, komplett 39, Rohrstühle 3, Taschensofa 54, Paneelsofa 75, Schlafsofa 38, Waschtoilette 26, Säulentrumeau, geschliffen 36, Herrenschreibtisch 50, Bücherspind, Büfetts, Säulenmöbel, englische Schlafzimmer, moderne Küchenmöbel. Auch Teilzahlung, Transport in Berlin und Vororten frei. 110/17

**Rosenthalerstraße** 57, 1. Etage. Gelegenheitskäufe. Neu eingetroffen: Große Posten abgepaßter Gardinen, Fenster 1,35, Stores, weiß und creme, Stück 1,45, Tülldettdecken, Stück 1,65. Ferner Gardinenreste zu 1 bis 4 Fenstern, Bonnes femmes, Rouleaus, Teppiche, Läuferstoffe, Portieren, Steppdecken bedeutend unter Preis. Gardinen-Zweig. Kein Laden. 290/9

**Monatsanzüge** und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Reste Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Natz, Mulackstraße 14. 989b*

**„Damenuhr"** Gratiszugabe oder bis 12,00 Vergütung, Nähmaschinen ohne Anzahlung Woche 1,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †89*

**Gelegenheitskäufe:** Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131

**Reisegläser,** Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Betten, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 977b*

**Kinderwagen,** Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 888b*

**Fahrräder,** verfallene, am billigsten Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. (Achtung Hausnummer.) Größtes Fahrräderlager Berlins, Riesenauswahl sämtlicher Fahrradmarken zu Preisen, welche keine Konkurrenz bieten kann. Tatsächlich günstige Gelegenheiten feinster Qualitätsmarken. Nagelneue Fahrräder, hochschneidige Straßenrenner 45,00. Gebrauchte Fahrräder „kleinste Preislagen". Man achte genau auf Firma und Straßennummer. Leihhaus Lohmann, Neue Schönhauserstraße 11. 262/18

**Herrenanzüge,** Sommerüberzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Fürstenzelt. Vom 3. April nur Rosenthalerstraße 10. (Kein Laden!) 262/19*

**Brennaborräder.** Teilzahlungen ohne Anzahlung. Heyde, Danzigerstraße 95.

**Herrenrad** Neue Schönhauserstraße 1a, II. 262/17

**Pianino,** brannes, 130,— Turmstraße 8, parterre. 110/15

**Dame** verkauft sämtliche Möbel einer großen Wohnung, auch 10 Standbetten, Bilder, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Portieren. Dresdenerstraße 38, vorn II links. 110/13*

**Nähmaschinen.** Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †47*

**Kinderwagen,** elegant, Gondelform, Gummiräder, verkauft Garbe, Hermannstraße 64. †120

**Kinderwagen,** Matratze, 12,00, verkauft Mystk, Wrangelstraße 11.

**Hühnerfutter,** Zentner fünf Mark, Elisabethstraße 28, Getreidespeicher.

**Destillation,** 18 Jahre in einer Hand, Todesfall des Mannes halber billig zu verkaufen. Passend für Parteigenossen. Nähere Auskunft Gastwirt Schügner, Waldemarstraße 54. †19

**Lokal** mit Saal (200 Personen fassend), Nähe Schönhauser Allee, für Parteigenossen passend, anderer Unternehmungen halber billig zu verkaufen. „Lokal", Postamt 58.

**Land-** und Waldparzellen, nahe Bahnhof Fredersdorf, Quadratrute 5 Mark an, verkauft Otto Brelecke, Restaurateur in Petershagen. 976b

**Nähmaschinen,** alle Fabrikate, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Ackerstraße 113. 986b

## Verschiedenes.

**Patentanwalt** Wessel, Gitschinerstraße 94a. 973b*

**Kunststopferei** von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

**Pfandleihe,** Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 96/2*

**Maßanfertigung** tadellos sitzender Damengarderobe, sowie Schneiderkostümen Blumenstraße 9 II. *

**Vier** Vereinszimmer frei Seydelstraße 30. 291b*

**Pfandleihe** Markusstraße 27. *

**Pfandleihe** Erdmann Müller, Zossenerstraße 35. 845b*

**Vereine.** Saal zu Sitzungen, Versammlungen einige Tage, auch Sonntags zu vergeben Invalidenstraße 146. †113*

**Zur** Görlitzer Hütte, Görlitzerstraße 52. Empfehle den geehrten Gewerkschaften und Vereinen mein bis 80 Personen fassendes Vereinszimmer zur gefälligen Benutzung. Hochachtungsvoll E. Werner. †19*

**Kaufe** jeden Posten Kanarienweibchen. Bierkant, Kastanienallee 23.

**Kanarienhähne** 5,00, Weibchen 0,80 kauft Vogelhandlung Flottwellstraße 6. 975b

**Möbel** kauft Verwalter, Palisadenstraße 95. 110/14*

**Achtung!** Handwaschanstalt! Garantie chlorfrei, Freien trocknend, Abholung, Lieferung, Wunsch. Siegmund, Köpenick, Marienstraße vom April. 993b

## Vermietungen.

### Schlafstellen.

**Teilnehmer** zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoben, Kolbergerstraße 26, III. 788b

**Besser** möblierte Schlafstelle (Herrn), Dresdenerstraße 58 III rechts.

**Saubere** Schlafstelle für Herrn Boxhagenerstraße 31, vorn IV, bei Thiel. 988b*

**Schlafstelle** für zwei Herren oder zwei Mädchen Wallstraße 36, vorn III.

**Freundliche** Schlafstelle bei Fröhlich, Puttkamerstraße 10, Hof links III. 978b

**Schlafstelle,** allein, 8,—, Palisadenstraße 57, Schuhgeschäft. †47

## Arbeitsmarkt.

### Stellengesuche.

**Blinder** Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glöter, Mulackstraße 27. 1468b

### Stellenangebote.

**Steinmetz,** Schrifthauer und Zeichner, mit Berliner Verhältnissen vertraut, Meister vertreten, sucht Rey, Steinmetzmeister, Nordend. 1428R*

**Werkzeugmacher** und Dreher verlangt für Nähmaschinen Herrmann u. Co., Grünerweg 117.

**Hausreinigung** gegen Stube und Küche an saubere Leute sofort Frankfurter Chaussee 144, I. †132

**Versilberer,** Versilberin verlangt Rixdorf, Steinmetzstraße 23. †126

**Friseurlehrling,** eventuell Kleidung frei, verlangt Banke, Waldemarstraße 22. †18*

**Graveurlehrling** gegen Vergütung wird verlangt Waldemarstraße 44. 987b

**Laufbursche** mit guten Zeugnissen, ungefähr 16 Jahre alt, findet dauernde Beschäftigung Schützenstraße 23/24. *

**Zigarrenmacher**-Lehrling verlangt Lynarstraße 2. 949b

**Dirigent** zum Donnerstag sucht Gesangverein bei Wardin, Schöneberg, Gutzkowstraße 4. 985b

**Leistenpacker** verlangt Karl Raschig, Engel-Ufer 1c. 984b

**Schlosserlehrling** verlangt Voß, Manteuffelstraße 118.

**100** Kostümrock-Arbeiterinnen. Krasnowski, Edelingstraße 8, II. *

**Lehrmädchen** gegen monatliche Vergütung sucht Blumenfabrik Schola, Lindenstraße 69. 981b

**Lehrfräulein** sucht Richard Gottschalk, Reinickendorferstraße 17 A.

**Junge** Mädchen finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Kartonfabrik, Grüner Weg 104. 992b

**Geübte** Barock-Vergolderinnen verlangt Werkmeister, Brunnenstraße 194. 990b

**Lehrmädchen** für meine Straußfederfabrikation verlangt sofort oder später. Ruhemann, Ritterstraße 53. Vorstellung mit Abgangszeugnis und Eltern, auch Sonntag vormittag.

**Zeitungsfrauen** finden lohnende und dauernde Beschäftigung Prinzenstraße 41 (Moritzplatz). 108/19*

**Zeitungsfrauen** finden sofort lohnende Beschäftigung Alt-Moabit 138.

**Zeitungsfrauen** finden sofort lohnende Beschäftigung (Tour Friedrichstraße an der Leipzigerstraße). Meldungen Schützenstraße 22. *

**Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.**

**Tüchtige Arbeiterinnen**
bei hohem Lohn und Vergütung des Fahrgeldes gesucht. 684R*
**Chemische Werke Florian & Co.,**
Britz-Berlin, Chausseestr. 68

**Gewerkschaftshaus Wald**
G. m. b. H.
**zu Wald-Rhld.**
Wir suchen zum 15. Mai d. J. einen durchaus erfahrenen tüchtigen **Oekonom.** Die Frau muß die bürgerliche Küche beherrschen. Anfangsgehalt 1200 M. bei freier Station. Kautionsfähige Bewerber wollen ihre Offerten unter Angabe ihrer Verhältnisse mit der Aufschrift „Oekonom" bis zum 10. April an **Gewerkschaftshaus Wald G. m. b. H. zu Wald-Rhld.,** richten. 291/2

**Achtung, Wagenfabriken!**
In den Wagenfabriken von **Kühlstein,** Charlottenburg, **L. Rühe** Inh. **Lauschner,** Enckepl. 6, **Klient,** Neue Königstraße, **Gebr. Wienicke,** Pankow, **Franke,** Inselstraße, befinden sich die sämtlichen Arbeiter im Streik.
**Wir ersuchen die Kollegen aller Branchen nach den obigen Betrieben keine Arbeit anzunehmen.** 176/9
**Die Agitationskommission.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**
Wegen Streik und Differenzen ist
**Zuzug fernzuhalten**
von **Treppengeländer-Arbeitern (Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer)** von der Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Gubenerstraße 33;
von **Bodenlegern** von den Bauten in Buch (Firma Danke, Frankfurt a. O.);
von **Stellmachern** von sämtlichen Stellmachereien, Wagenfabriken und Drehrollenfabrik Plötz, Waßmannstraße;
von **Korbmachern** von Beckert, Langestraße 35;
von **Korbmachern und Hilfsarbeitern** von Thomas u. Krasser, Dresdenerstraße 55.
**Die Ortsverwaltung.**


Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.